

Ergebnisse und Materialien

Heft Nr. 6, Jahrestagung vom 23./24. März 2013 in Frankfurt am Main

Inhalt:

Samstag, 23.3., Themenschwerpunkt: **Elemente einer neuen Regional- und Strukturpolitik:** Das Linke-Strukturentwicklungsprogramm einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklungsperspektive der Regionen.

Eine soziale Regional- und Strukturpolitik – Herausforderung und Angebot der LINKEN. Von Dr. THOMAS FALKNER 1

Region Rhein-Neckar: in der Schnittlinie von drei Bundesländern, im zunehmenden Verbund zu einem Großraum Rhein-Main-Neckar, Verbindungsglied zwischen den Metropolregionen Rhein-Main und Stuttgart – Von CHRISTOPH CORNIDES 9

Mannheim: „Gutes und bezahlbares Wohnen für alle!“
Von THOMAS TRÜPER 12

Regionalparlament Stuttgart – Lösungsversuch für interkommunale Planungen. Von ALFRED KÜSTLER 13

Nordrhein-Westfalen: Regionalisierte Strukturpolitik.
Von THORSTEN JANNOFF 14

Köln: Leitbilddiskussion muss neu entwickelt werden. Von JÖRG DETJEN . . 15

Bayern/München: Die Wachstumslokomotive zieht nicht mehr.
Von BRIGITTE WOLF 16

Warum Wirtschaftsgeografie? Warum mit Systemtheorie?
Von MARTIN FOCHLER 17

Sonntag; 24.3. Veranstaltung mit der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“. Thema: **Der kurdische Konflikt und die aktuelle europäische Nahost-Politik (Syrien/Türkei)**

Der türkisch-kurdische Konflikt. Von RUDOLF BÜRCEL 28

Dok: Türkei/Nordkurdistan: Abzug der Guerillakräfte beginnt am 8. Mai 30

Aufhebung des PKK-Verbotes steht auf der Tagesordnung – Noch wenig Bewegung in Parteien- und Regierungspolitik. Aus Parteiverlautbarungen und Presse. Von CHRISTOPH CORNIDES 34

Dokument: Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013 37

Vereinsangelegenheiten:

Haushaltsplan 2013 39

Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2012. 40

Jahrestagung 2013 am 23. und 24. März in FfM – Protokoll: 40

Eine soziale Regional- und Strukturpolitik – Herausforderung und Angebot der LINKEN

Dr. Thomas Falkner, Vortrag beim Verein Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 23. März 2013 in Frankfurt a.M.

... herzlichen Dank für die Einladung und für die Übersendung des Konferenzmaterials. Ich habe daraus eine Menge gelernt – und ich bin sicher, dass ich auch aus unserer Diskussion heute nachmittag eine Menge mitnehmen werde.

Manchmal gibt es einfach glückliche Fügungen. Und die sind manchmal mehr als nur glückliche Zufälle. Unser Zusammentreffen heute ist insofern ein glücklicher Zufall, als eure Vorbereitungen auf die heutige Tagung und unsere Arbeit am ostdeutschen Strategiepapier zu Regional- und Strukturpolitik abliefen, ohne dass wir voneinander wussten. Dass wir aber unabhängig voneinander nach diesem Thema gegriffen haben, könnte schon mal darauf hinweisen, dass da etwas nach Bearbeitung schreit.

In einem eurer Diskussionspapiere für heute ist die Frage aufgeworfen, ob sich das Thema Strukturwandel dafür eignet, eine konsistente, wirksame und überzeugende linke Politik dazu zu entwickeln. Ich möchte diese Frage eindeutig bejahen. Und vielleicht gehen wir heute einen wichtigen Schritt dahin.

Wo kommen wir her?

Natürlich ist niemandem von uns verborgen geblieben, dass wir bei aller Nähe doch von unterschiedlichen Ausgangspunkten zu unserem Thema kommen. Ihr habt beim

Blick auf Regionen mehr die (vor allem in Westdeutschland gelegenen) Leistungszentren und Ballungsräume, deren Wandel und deren Perspektive im Blick – wir schauen auf die Differenz zwischen stärkeren und schwächeren Regionen (wie es sie bislang vor allem Ostdeutschland, aber eben nicht mehr nur dort, gibt) und suchen nach Möglichkeiten, dass die gefährdeten Regionen nicht den Anschluss verlieren. Das ist aber kein Gegensatz, sondern ein Zueinanderkommen aus unterschiedlichen Richtungen, das bereichert.

Ich möchte zunächst beim gedanklichen Hintergrund unseres, des ostdeutschen Papiers bleiben.

Für uns taugt der Ansatz der „Europäischen Metropolregion“ nicht – wir haben zwar auch in Ostdeutschland nominell zwei davon (Berlin/Brandenburg und Mitteldeutschland), aber schon ein Blick in eure Papiere zeigt, wie groß die Unterschiede immer noch sind. Die Probleme, mit denen wir uns im Osten herum schlagen, sind durch Konzentration auf diese Metropolregionen nicht zu lösen. Entsprechende Versuche – so im letzten Jahrzehnt in Berlin/Brandenburg – haben sich als nicht tragfähig erwiesen. Umgekehrt sind die zunehmenden Herausforderungen in den Ballungsräumen auch im Osten in unserem Papier unterbelichtet. Da muss sich noch etwas ändern.

Der Zugang zu Regionen und Regionalpolitik bei der ▶

► ostdeutschen Linken, zunächst bei der PDS, ist historisch bedingt über die zurückliegenden zwei Jahrzehnte ein anderer.

Wir hatten es zunächst vor allem mit Großräumen zu tun, die vom Zweiten Weltkrieg geprägt, die im Kalten Krieg konstituiert worden waren und deren gewandelte kulturelle, soziale, geografische Identität und deren Wertschöpfungspotenziale (deren „Geschäftsmodell“) nach Wende und staatlicher Vereinigung obsolet geworden war.

Die bestimmende Erfahrung der Menschen war die des (mehrfachen) Zusammenbruchs – eines Zusammenbruchs, der scheinbar politisch, weniger ökonomisch, zu verantworten war: Die Probleme Ostdeutschlands insgesamt wurden wahlweise der gescheiterten Kommandowirtschaft, der verfehlten Vereinigungs- und vor allem Treuhänder-Politik oder allem zusammen angelastet. Die tatsächliche und vor allem die gefühlte Diskriminierung Ostdeutscher im beruflichen und sozialen Alltag überlagerte dies, teilweise verband es sich damit.

Was politisch zu verantworten war, schien aber auch politisch behebbar. Hier kommen kulturelle und mentale Prägungen ins Spiel. Einerseits die starke etatistische Traditionslinie. Im Zweifel war es in dieser Sicht immer „der Staat“, der richten muss, was schief gelaufen ist – wo immer und durch wen auch immer. Wirtschaft und Gesellschaft sind nachrangig. Andererseits wurden die immerhin erheblichen Ost-West-Transfers durchaus auch als eine „angemessene Wiedergutmachung“ des Westens für Kohls falsche Versprechungen verstanden. Und auch dafür, dass Ostdeutschland in den 90er Jahren ja tatsächlich das Testfeld für neoliberale Deregulierung mit all ihren schlimmen sozialen und ökonomischen Folgen war.

Soweit kurz und unvollständig das, was sich bis Mitte der

Neunzigerjahre in Ostdeutschland quasi im Wildwuchs entwickelte.

Die PDS war sowohl Teil dieser Entwicklung als auch von ihr getrieben. Alternative politische Ansätze spielten zunächst vor allem im theoretischen Raum, in der Programmdebatte, eine Rolle („moderne Sozialisten“, Programmkommentar von 1997).

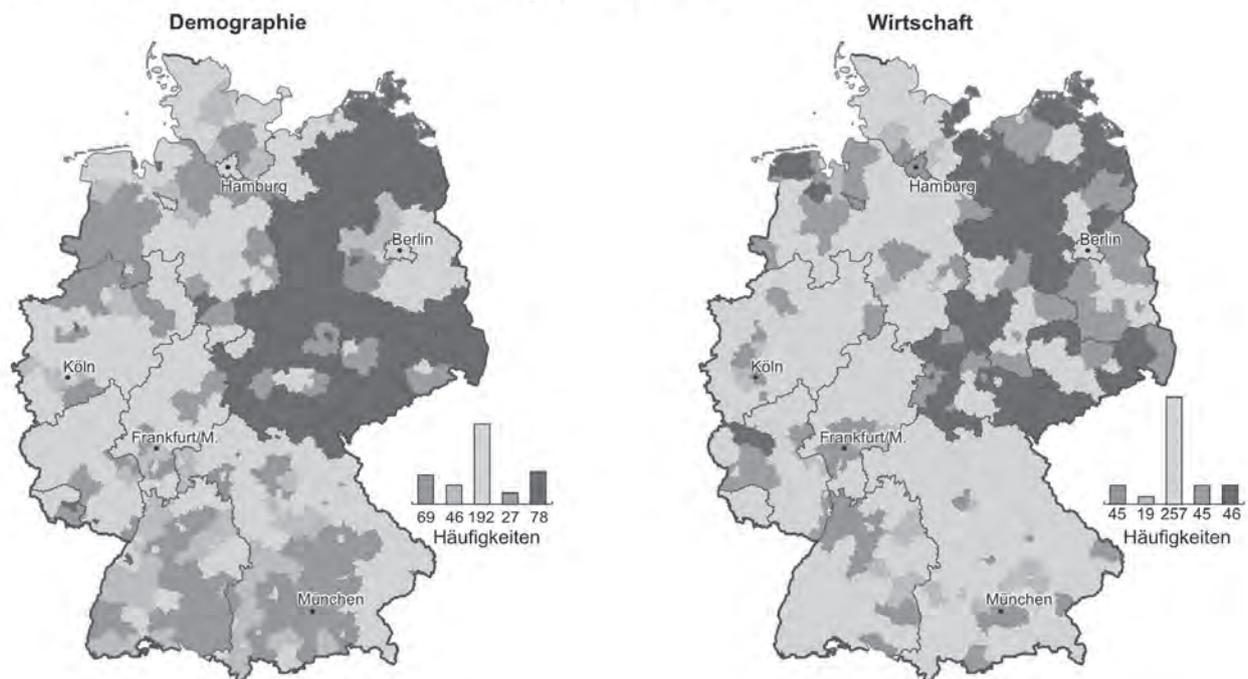
1998 schließlich gab es mit dem „Rostocker Manifest“ eine erste strategische Antwort, die Regionalpolitik positiv als Gestaltungschance und Gestaltungsaufgabe definierte und den „Osten“ als Akteur, nicht mehr nur als Opfer von Zusammenbrüchen und bloßen Empfänger unzureichender staatlicher Transfers definierte. Die PDS schlug mit diesem Manifest, das von der großen Mehrzahl der Delegierten unterschrieben, nicht aber vom Parteitag direkt beschlossen worden war, ein „Pilotprojekt Ost – Gerechtigkeit und Entwicklung“ vor. Die PDS akzeptierte die Tatsache vom Testfeld Ost, wollte diesen Test aber einen anderen Inhalt vor allem eine andere Richtung geben. Es sollte nicht mehr nur Ungerechtigkeiten behoben und soziale Nöte ausgeglichen, sondern vor allem endogene Potenziale des Ostens aktiviert werden. Man setzte auf Subsidiarität, auf einen Impuls für Demokratieentwicklung, auf Eigentumspluralismus. Angestrebt wurde eine Pfadwechsel der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung – im Osten sollte er beginnen.

Dieser Gedanke, der in der Fachwelt wie in der politischen Öffentlichkeit einige Beachtung fand, prägte über ein paar Jahre die Politik der PDS zu ostdeutschen Fragen mit. Freilich: Ihm lag auch ein gewisser ostdeutscher Avantgardismus zugrunde, was die Begrenzung der PDS auf eine Rolle als Partei vor allem für Ostdeutschland eher verstärkte.

Abbildungen: Angleichung und Differenz zwischen Ost- und West-Deutschland (Beispiele)

Quelle: Raumordnungsbericht 2011. Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bonn 2012

Dimensionen regionaler Lebensverhältnisse: Demographie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand



Datenbasis Demographie: Laufende Raumbewertung des BBSR, INKAR 2009, Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes des Bundes und der Länder

Datenbasis Wirtschaft: Laufende Raumbewertung des BBSR, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Datenbasis Arbeitsmarkt: Laufende Raumbewertung des BBSR, Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Pendlerverflechtungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der Bundesagentur für Arbeit 2008, Bundesinstitut für Berufsbildung

Datenbasis Wohlstand: Laufende Raumbewertung des BBSR, Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, creditreform, Bundesagentur für Arbeit

In den internen Strategiediskussionen hingegen wurde recht früh mit zunehmender Sensibilität und Besorgnis die reale Entwicklung beobachtet. Als bald wurde zumindest die Frage diskutiert, ob die weiter voranschreitende Deindustrialisierung Ostdeutschlands, die zunehmende Abwanderung vor allem jüngerer Menschen und die mentale Zermürbung vieler Ostdeutscher nicht zu einer mittlerweile „unterkritischen Masse“ führen würde oder schon geführt hatte, aus der heraus eine selbsttragende Entwicklung nicht mehr würde initiiert werden können. Man suchte nach neuen Chancen und Haltelinien jenseits der West-Transfers und fand sie in der Osterweiterung der EU. Der wenige Jahre nach dem „Rostocker Manifest“ ebenfalls in Rostock angenommene Leitantrag beschrieb Ostdeutschland als eine Region in zentraler Lage inmitten der größer gewordenen Europäischen Union und setzte vor allem darauf, den Osten in vielfacher Hinsicht zu einer Drehscheibe des materiellen und immateriellen Verkehrs und Austausches innerhalb der EU sowie Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn zu machen. Entwicklungsachsen zwischen Leistungszentren und Ballungsräumen im Osten einerseits und in Westdeutschland, aber auch in osteuropäischen Nachbarländern gerieten ins Blickfeld. Das korrespondierte mit strategischen Überlegungen im politischen und geistigen Leben Berlins zum Ende der Diepgen-Ära, denen gegenüber auch die dann in den Senat einrückende Berliner PDS aufgeschlossen war. Leider aber kamen diese Ansätze angesichts der gewaltigen Herausforderungen durch die Erblast eben der Diepgen-Ära nicht zum Tragen.

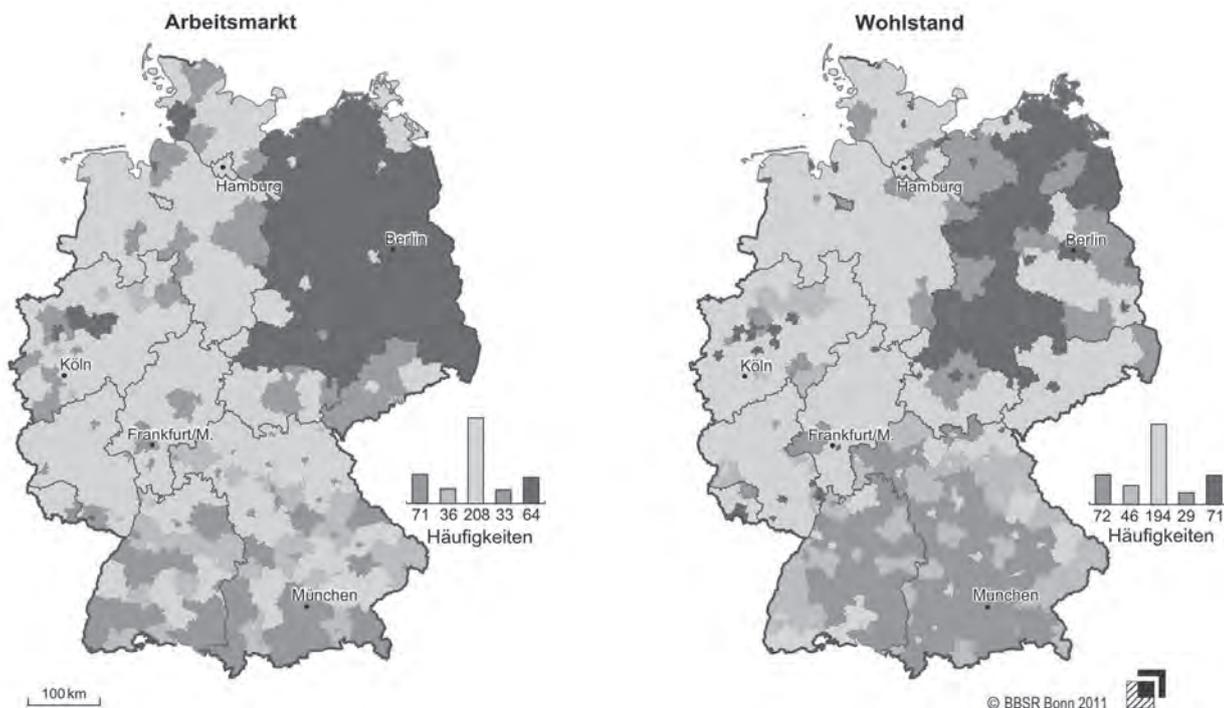
Der Sorge um die „unterkritische Masse“ stand die Beobachtung gegenüber, dass sich Ostdeutschland zugleich ausdifferenzierte. Und dass Ähnliches auch zwischen stär-

keren und schwächeren Regionen im Westen einsetzte. Auf dem Weg zur Bildung der neuen Partei DIE LINKE hatte der Parteivorstand der Linkspartei.PDS eine Arbeitsgruppe zu diesem Problemfeld eingesetzt. Sie legte ein Papier vor, das in vielem dem jetzigen struktur- und regionalpolitischen Konzept vorgeht, aber damals keinerlei Wirkung entfaltete. Ostdeutschland galt in der Euphorie der gesamtdeutschen Parteieubildung nicht mehr als relevanter Faktor, manchem sogar als Ballast, der des bundesweiten Erfolges willen auch abgeworfen werden könne oder müsse.

Regional- und Strukturpolitik wurden Ländersache. Die ostdeutschen Landesverbände entwickelten alternative Landesentwicklungskonzepte bzw. Leitbilder für ihre Länder, die die Stärke der Partei im Osten realpolitisch und programmatisch untersetzten. In Brandenburg eröffnete die Leitbild-Debatte in der zweiten Hälfte des zurückliegenden Jahrzehnts inhaltlich und in ihrer kommunikativen Wirkung mit den Weg der LINKEN in die Koalition. Auf Initiative der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz wurde zudem eine Leitbild Ostdeutschland erarbeitet, das sich auf die Ergebnisse in den Ländern stützte und Möglichkeiten eines sozial-ökologischen Umbaus einer Gesellschaft am Beispiel Ostdeutschlands als Ganzes beschrieb.

Das regional- und strukturpolitische Strategiepapier vom Februar 2013 (siehe Dokument Seite 18 bis 28)

Dies alles konnte nicht verhindern, dass DIE LINKE als Ganzes aufgrund der dominierenden innerparteilichen politischen Verwerfungen, Blockaden und Fehlentwicklungen auch in Ostdeutschland ab 2009/2010 zunehmend an Boden verlor. Nachdem die Partei vor und während des ▶



Index

- stark überdurchschnittlich
- überdurchschnittlich
- durchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- stark unterdurchschnittlich

Der **Teilindex Demographie** setzt sich zusammen aus den Indikatoren Bevölkerungsentwicklung, Lebenserwartung der Männer, unter 15-Jährige, über 75-Jährige.

Der **Teilindex Arbeitsmarkt** setzt sich zusammen aus den Indikatoren Arbeitslosenquote, Pendeldistanzen, Erwerbstätigenbesatz, Ausbildungsplatzquote.

Der **Teilindex Wirtschaft** setzt sich zusammen aus den Indikatoren BIP, Beschäftigte in wissensintensiven Dienstleistungen, FuE-Personal.

Der **Teilindex Wohlstand** setzt sich zusammen aus den Indikatoren Schuldenquote von Privatpersonen, unter 15-Jährige, die in Bedarfsgemeinschaften leben, verfügbares Pro-Kopf-Einkommen.

► Göttinger Bundesparteitages im Sommer 2013 in den Schlund der Hölle geschaut und des eigenen Untergangs gewärtig geworden war, setzten mit den in Göttingen getroffenen Personalentscheidungen eine gewisse Konsolidierung und eine Rückbesinnung auf das Politische ein. Der Gewichtsverlust im Osten wurde von verschiedenen Seiten als Problem erkannt; es setzten Versuche ein, hier wieder Boden gut zu machen.

Das allerdings erwies sich als durchaus anspruchsvolle Aufgabe, deren Lösung sich schnellen Antworten und vertrauten Parolen entzog.

Über zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung ist Politik in, aus und für Ostdeutschland nicht mehr in erster Linie ein politischer Sonderfall.

- In den letzten 20 Jahren war nicht alles schlecht – das ist die eine Seite. Es gibt tatsächlich eine Angleichung der Lebensverhältnisse in wichtigen Bereichen (oftmals allerdings auf abgesenktem West-Niveau), es gibt abgemilderte Unterschiede, es gibt absehbare neue Differenzen.

- Neue Herausforderungen und Konfliktlinien überwälben oder begleiten, transformieren oder verhärten den Ost-West-Konflikt in Deutschland. (Die Globalisierung und die Herausbildung des Typs des Globalisierungsverlie-

rens,¹ regionale Differenzierungen zwischen Leistungszentren und prekären Regionen, die Schröder-Müntefering-Reformen ab der Agenda 2010 und ihre sozialpolitischen wie sozialpsychologischen Folgen, neue Basistechnologien etc.)

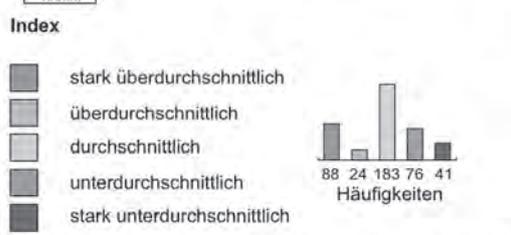
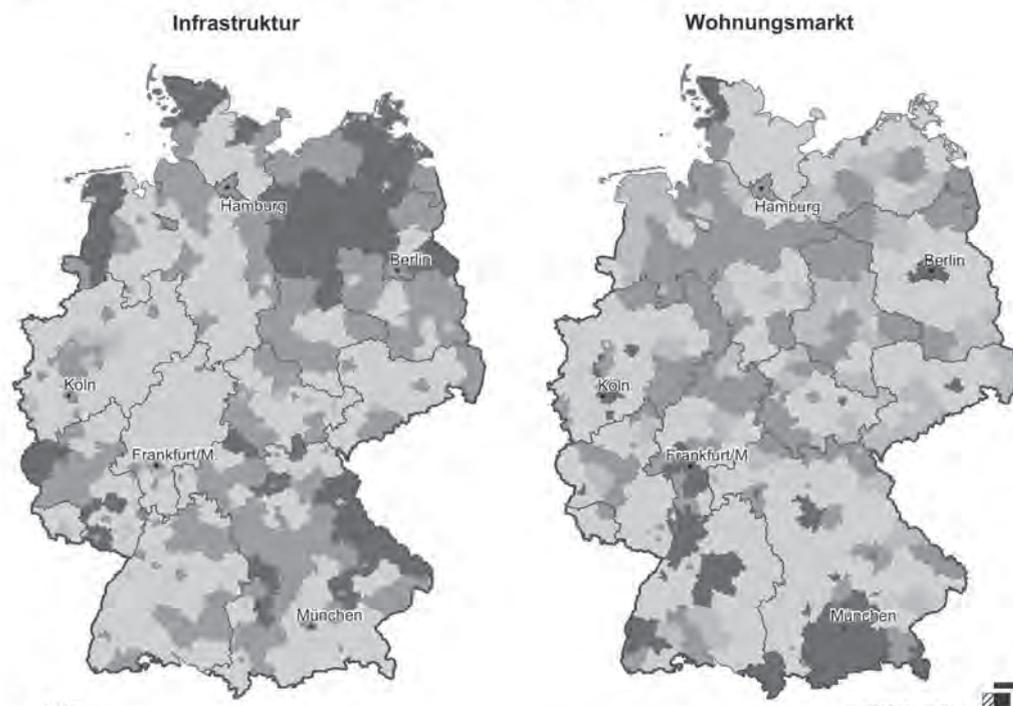
- Drittens schließlich gibt es Verschiebungen in der spezifischen Betroffenheit der Generationen von Vereinigungs- und DDR-Abwicklungsgeschehen und den anschließenden sozial-ökonomischen Umbrüchen. (Dritte Generation Ost)

Im Ergebnis ist Ostdeutschland ist nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion Deutschlands – wohl aber die größte Zusammenballung von Krisenregionen – um vergleichsweise (noch) schwache Leistungszentren herum. Vergleichbare Krisenregionen gibt es mittlerweile in zunehmendem Maße auch im Westen. (Vgl. dazu die unten mitlaufenden grafischen Darstellungen aus dem Raumordnungsbericht 2011.)

Diese Entwicklungen werden durch die herrschende – im engeren Sinne wirtschaftsstandort- und wettbewerbsorientierte – Politik im Bund und in den meisten Ländern verstärkt und in ihren Auswirkungen zugleich ignoriert. Da man sie im Wahlkampf aber nicht ignorieren kann, wer-

1 Vgl. dazu: *Falkner, Thomas*: Am Bedarf vorbei? Gesellschaftliche Umbrüche und das Beispiel der Linkspartei. In: Berliner Republik, 4/2009. <http://www.b-republik.de/archiv/am-bedarf-vorbei?aut=347>

Dimensionen regionaler Lebensverhältnisse: Infrastruktur, Wohnungsmarkt



Der **Teilindex Infrastruktur** setzt sich zusammen aus den Indikatoren Einwohnerdichte, Pkw-Reisezeit zu Ober- und Mittelzentren, Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesstätten, Ärzte-Einwohner-Relation, Betten für stationäre Pflege, Grundschulnetzdicke, Erreichbarkeit von Autobahnen, IC-/ICE-Anschlüsse, Flughäfen, Breitbandversorgung.

Datenbasis Infrastruktur: Laufende Raumbewertung des BBSR, Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes des Bundes und der Länder, Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Bundes und der Länder, Erreichbarkeitsmodell des BBSR, Kassenärztliche Bundesvereinigung, Pflegestatistik des Bundes und der Länder, Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen des Bundes und der Länder, Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder, Plan online GmbH im Auftrag des BMWI

Datenbasis Wohnungsmarkt: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem, DN Immodaten GmbH, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder



Der Indikator **Wohnungsmarkt** setzt die durchschnittlichen Hauspreise für Einfamilien-Standardhäuser in Relation zum regional verfügbaren Haushaltsjahres-Einkommen.

Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2008

den Vorstöße auf der Symbolebene vorbereitet, die auf eher traditionelle Wiedererkennungseffekte setzen. (Machnigs Milliardenforderungen, Steinbrücks Berlin-Umzug, mglw. Wiederbelebung der Rentenangleichungsforderung)

Damit tritt das Kernproblem der Entwicklung Deutschlands (wie anderer westlicher Länder) immer klarer hervor: die zunehmende Ungleichheit – als Entwicklungsbremse. Und zwar mit Blick sowohl auf die soziale Polarisierung von Oben und Unten als auch auf unterschiedliche regionale Entwicklungsdynamiken unterhalb der durch den Kalten Krieg und deutsche Teilung geschaffenen Räume.

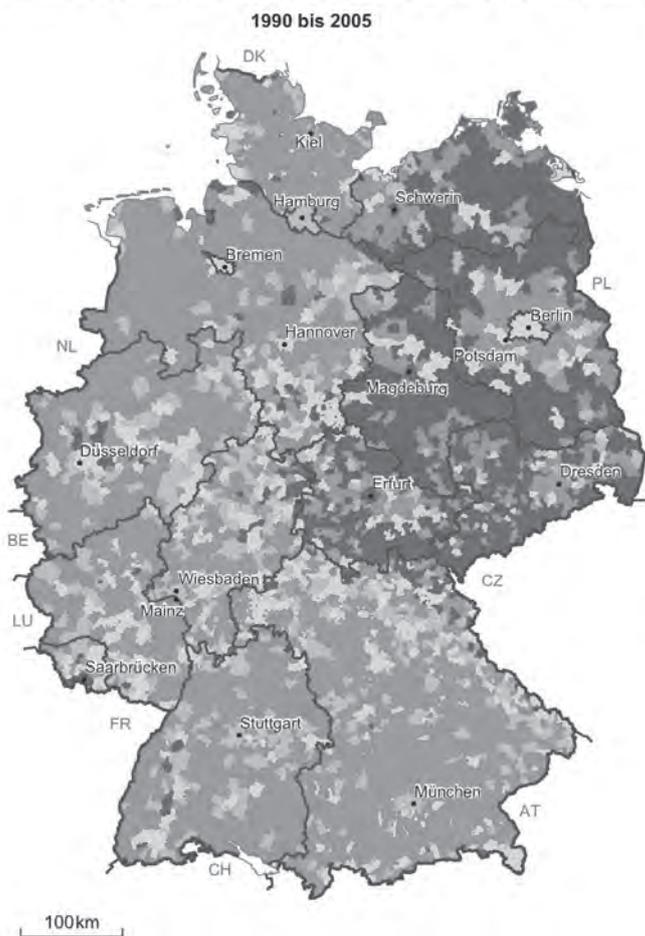
Zukunftsfähig aber sind eher egalitäre Gesellschaften. (Vgl. Tony Judt u.a.) Das Wissen um diese zentrale Konfliktlinie hat DIE LINKE nicht exklusiv – was sie aber exklusiv hat, sind die notwendige politisch-konzeptionellen Zugänge zur Bearbeitung/Lösung dieses Konflikts. Sie ist bundesweit die Partei der sozialen Frage – insbesondere durch ihre Neuformierung in der Auseinandersetzung mit den Schröder-Münchener-Reformen und ihre (wenn auch schwere) Arbeit an der „neuen sozialen Idee“ (Vgl. Wahlstrategie)

Sie ist die Partei der regionalen Frage – durch ihre spezifische Rolle und ihre praktischen, auch politisch erprobten

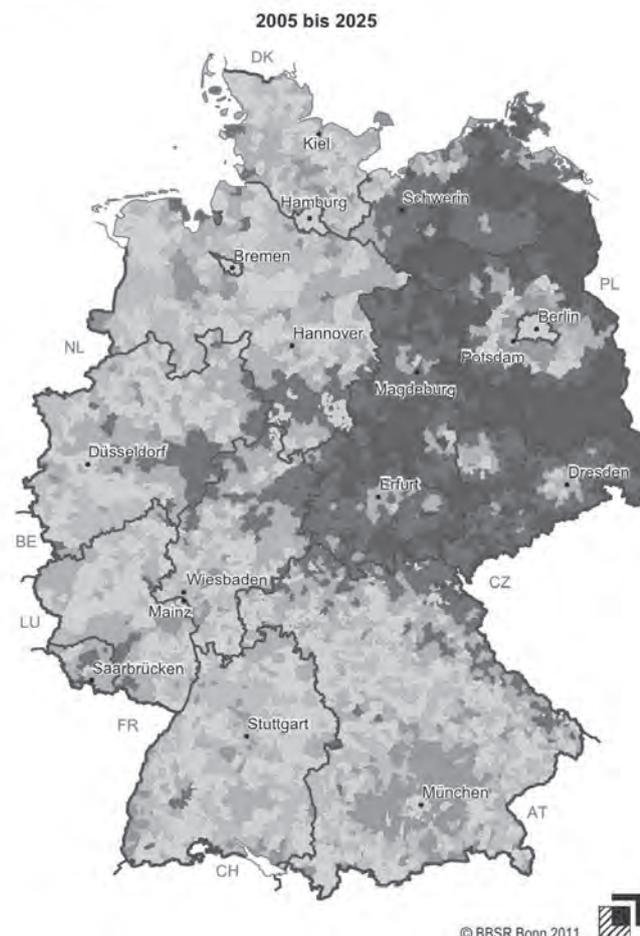
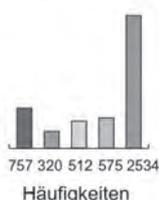
Erfahrungen in Ostdeutschland bietet sie Antworten und Ansätze für der Problem der regionalen Aufspaltungen/ Ungleichheiten insgesamt. Das betrifft einerseits differenzierte Vorstellungen für Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik etc. auf Landes- wie Bundesebene. Und es bezieht andererseits die Erfahrung ein, dass die Probleme prekärer Regionen gerade nicht durch Sonderrecht, durch sanktionierte Benachteiligung, durch die Schaffung von Sündenböcken u.ä. zu lösen sind. So etwas darf es für Regionen, die jetzt Gefahr laufen, prekär zu werden, nicht geben – und für Ostdeutschland müssen diese Regelungen aufgehoben bzw. weitestmöglich zurück gefahren werden. Mitnehmen – nicht ausgrenzen bzw. nur alimentieren!

Unser Herangehen an die Probleme prekärer Regionen zielt auf Sicherheit in einem Zeitalter der Unsicherheiten. Niemand soll dazu verurteilt sein, das Leben auf der Ebene niedrigster sozialer Alimentierung zu verbringen. Niemand soll dazu verurteilt sein, wegen seines Geburts- oder Lebensorts von Teilhabe, Wohlstand und Selbstverwirklichung ausgeschlossen zu sein. Weder Menschen noch Regionen dürfen dauerhaft abgehängt und aufgegeben werden. Dazu braucht es Ressourcen, dazu braucht es Geld. Doch insbesondere die Erfahrungen Ostdeutschlands zeigen: Auch viel Geld allein reicht nicht. Nötig ist vor allem ▶

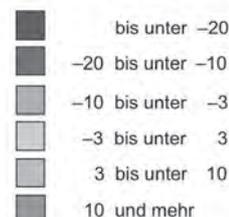
Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung in Vergangenheit und Zukunft



Veränderung der Bevölkerungszahl 1990 bis 2005 in %



Veränderung der Bevölkerungszahl 2005 bis 2025 in %



© BBSR Bonn 2011



- ▶ eine tatkräftige Politik, die Chancen eröffnet und Perspektiven schafft.

„Archimedische Punkte“

Wir wollen auf eine nachhaltige, sozial und ökologisch geprägte Entwicklung einschwenken. Diese Perspektive braucht eine andere ökonomische Basis als die Dominanz der Finanzwirtschaft. Gravierende Veränderungen in Technologie und Arbeitswelt sind aufzuarbeiten. Es werden Korrekturen vorzunehmen sein, Blockaden sind zu lösen und neue Entwicklungen einzuleiten. Wir schlagen für die folgenden Jahre daher Schritte vor, die einen anderen Entwicklungspfad prekärer oder von Prekarität bedrohter Regionen ermöglichen können. Diese Schritte betreffen unterschiedliche politische Handlungsfelder, greifen aber ineinander:

- Sozial-ökologische Innovation fördern, nachhaltige Wirtschaftspolitik gestalten
- Sozial gerechte Energiewende
- Dezentralität schafft Potenziale für die Regionalentwicklung
- Öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglichen, Ausgrenzung durch Armut beenden
- Gesundheitliche Versorgung sichern
- Bildung ist Zukunft
- Die alte Männergesellschaft wird die Herausforderungen nicht bewältigen

- Die Finanzierungsströme in der Gesellschaft neu organisieren.

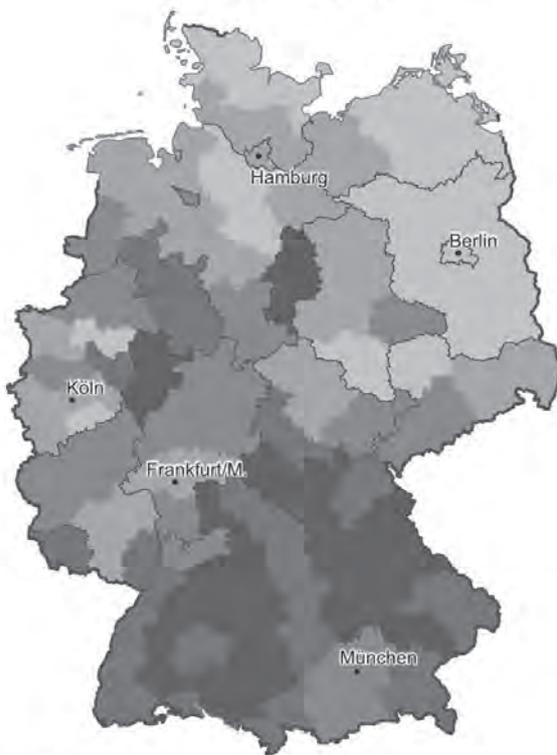
Innerhalb dieser Handlungsfelder zeichnen sich einige Schlüsselfragen ab, deren Bearbeitung an „archimedische Punkte“ führen kann und führen muss, von denen aus grundsätzlichere, weiter- und tiefergehende gesellschaftliche Veränderungen möglich werden. Im einzelnen:

→ **Ressourceneinsparung und Energieeffizienz statt Förderung verlängerter Werkbänke** als wirtschaftspolitischer Schlüssel. Es geht hier nicht allein um vordergründige Effekte und kurzfristige betriebswirtschaftliche Einsparungen. Ressourcen- und Energieeffizienz ermöglichen Stabilisierung bestehender Unternehmen bei gleichzeitiger Eröffnung von Perspektiven. Sie sichern Wertschöpfung – und stoßen zugleich den Umbau bestehender und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten an. Sie erfordern ein anderes Finanzierungssystem. Struktur- und Förderprogramme sowie Beteiligungsgeschäfte müssen konzentriert und von spekulativen und Anlagegeschäften befreit werden. Struktur- und Förderbanken verstehen wir als geeignete Instrumente, mit denen strukturpolitische Ansätze über Förderung und über bewusst konditionierte Kredite umgesetzt werden können – an der Stelle der bisherigen Landesbanken.

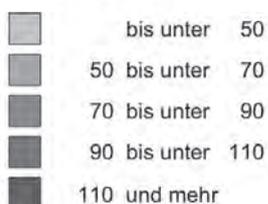
→ **Vernetzung** – von der Schaffung und Erhaltung funktionsfähiger Verkehrsinfrastruktur bis zum schnellen Internet. Von Prekarisierung bedrohte oder schon be-

Beschäftigung in Industrie und wissensintensiven, unternehmensorientierten Bereichen

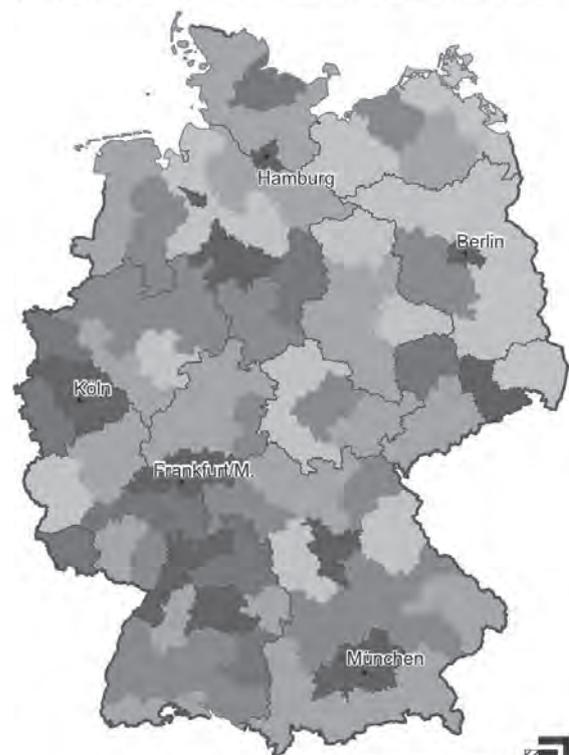
Industriebeschäftigung



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe 2009 je 1 000 Einwohner



Wissensintensive, unternehmensorientierte Bereiche



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in wissensintensiven, unternehmensorientierten Dienstleistungen 2010 je 1 000 Einwohner



© BBSR Bonn 2011

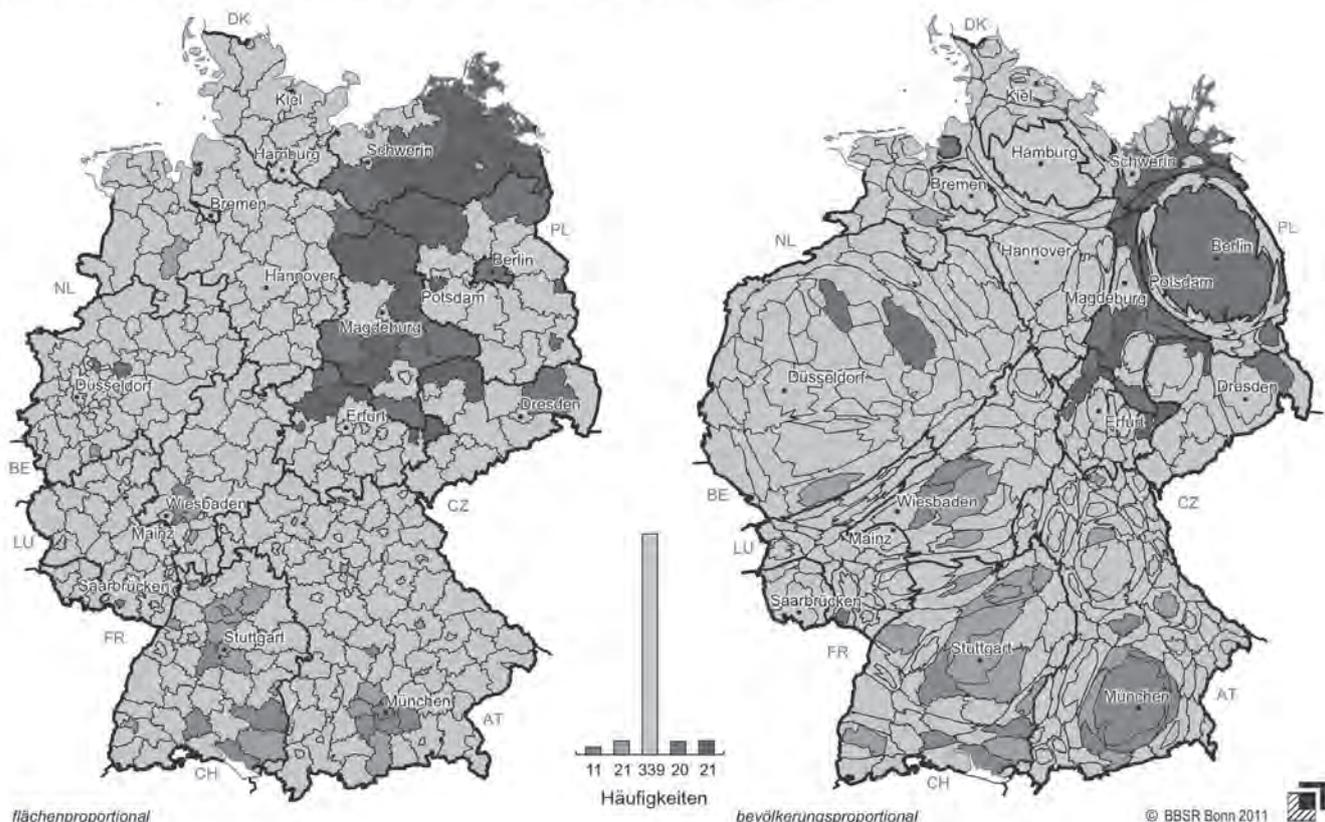
troffene Regionen können nicht isoliert gedacht und behandelt werden. Keine Region in Mitteleuropa ist wirklich „Peripherie“ – diese Erkenntnis greift bereits Raum, in den Metropolen wie in den anliegenden Regionen. Räumliche Entwicklungsachsen müssen erkannt und bewusst als Chance genutzt werden. Das stellt neue, hohe Anforderung an die regionale und interkommunale Kooperation, an die Zusammenarbeit der betroffenen Bundesländer und an die Gestaltung der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn. Ohne eine physische und virtuelle Vernetzung in der Breite gibt es keine Chance, der „Prekarisierung von Regionen“ entgegenzuwirken. Die Entwicklung solcherart abgehängter Landstriche gleicht einer Abwärts-spirale: Menschen und Investitionskapital „flüchten“, zurück bleibt die Kumulation von Entwicklungshindernissen strukturschwacher Regionen, die wiederum den Abstieg beschleunigt und die Probleme weiter verschärft. Es geht nicht allein darum, schwächere Regionen an Leistungszentren anzubinden, sondern sie so in ein funktionfähiges Netz einzubinden, dass auch soziales Leben, Kultur und Wertschöpfung vor Ort möglich bleiben.

→ Es geht um eine **akteursorientierte Gesamtpolitik**. Politik kann dafür sorgen, dass Räume für Innovationen vorgehalten werden – alle Akteur*innen gemeinsam müssen dafür sorgen, dass daraus auch tatsächlich innovative Räume werden. Komplexe Investitionsstrategien in Kombination harter und weicher Faktoren, in Kombination

von öffentlichen Mitteln, privatwirtschaftlichem und bürgerschaftlichem/genossenschaftlichem Engagement, werden künftig unausweichlich werden. Klassische Förderung – die quantitativ nicht ausreichen wird – muss ergänzt werden durch eine Strategie, die über rein monetäre Lockmittel und Steuerungsinstrumente hinausgeht. Es geht um einen stimmigen Mix von Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaft und soziokulturellen Faktoren, der Regionen sowohl für wirtschaftliche Vorhaben als auch für die Menschen als Standort und Lebensort attraktiv macht und Potenziale vor Ort freisetzt. Mit der bloßen Alimentierung von Menschen ist es nicht getan – schon gar nicht auf Hartz-IV-Niveau. Gegen Armut ist nicht allein eine angemessene finanzielle Ausstattung zu setzen – gleichermaßen geht es darum, Teilhabe zu ermöglichen, einen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu finden oder zurück zu gewinnen. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist dazu ein Schlüsselinstrument.

Es heißt aus guten Gründen: die Zukunft. Überall ist in dieser Hinsicht viel aufzuholen. Immer wieder ist der Anteil junger Frauen an den Abwandernden sowie bei Berufspendler*innen überdurchschnittlich hoch. In Regierungsverantwortung sind wir darangegangen, gemeinsam mit frauenpolitischen Interessenvertretungen Schritte zu gehen mit dem Ziel, die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Be-

Über- und unterdurchschnittliche Ausprägungen regionaler Lebensverhältnisse



Teilräume mit über- bzw. unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen

- sehr stark überdurchschnittlich (mind. 4 Indices stark überdurchschnittlich)
- stark überdurchschnittlich (3 Indices stark überdurchschnittlich + max. 2 Indices stark unterdurchschnittlich)
- ausgeglichene Lebensverhältnisse
- stark unterdurchschnittlich (3 Indices stark unterdurchschnittlich + max. 2 Indices stark überdurchschnittlich)
- sehr stark unterdurchschnittlich (mind. 4 Indices stark unterdurchschnittlich)

Die Größe der Gebiete im Kartogramm (rechts) verhält sich proportional zu ihrer Einwohnerzahl.

Die Typisierung setzt sich zusammen aus den einzelnen Teilindizes:

- Wirtschaft
- Arbeitsmarkt
- Demographie
- Wohlstand
- Infrastruktur
- Wohnungsmarkt

Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2009

► nachteiligungen abzubauen. Nicht alle Missstände können sofort oder nur landes- bzw. regionalspezifisch kompensiert werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Gebot des Anstands, eine gute Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur eine Notwendigkeit für die gesamte Gesellschaft – nicht ein besonderes Geschenk an die Frauen. Eine Frauenquote für wirtschaftliche Führungspositionen ist überfällig. Es bleibt die Aufgabe, ein soziokulturelles Umfeld zu schaffen, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

→ Eine akteursorientierte Gesamtpolitik verlangt, dass gezielt **Interessen mobilisiert und organisiert** werden. Der notwendige **Wertewandel** muss bewusst betrieben werden – allerdings ohne die Menschen zu überfordern. Veränderungen brauchen **Akzeptanz und Beteiligung**. Die Bildung von Genossenschaften z.B. bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien, die Bewegung der Bioenergie-Dörfer, die Rekommunalisierung von Netzen, die Bildung von regionalen und lokalen Beiräten bei Investitions- und Erschließungsvorhaben, können geeignete Schritte sein – ebenso wie eine Reform des Planungsrechtes angesichts der Erfahrungen mit „Stuttgart 21“ oder dem Flughafen Berlin-Brandenburg International.

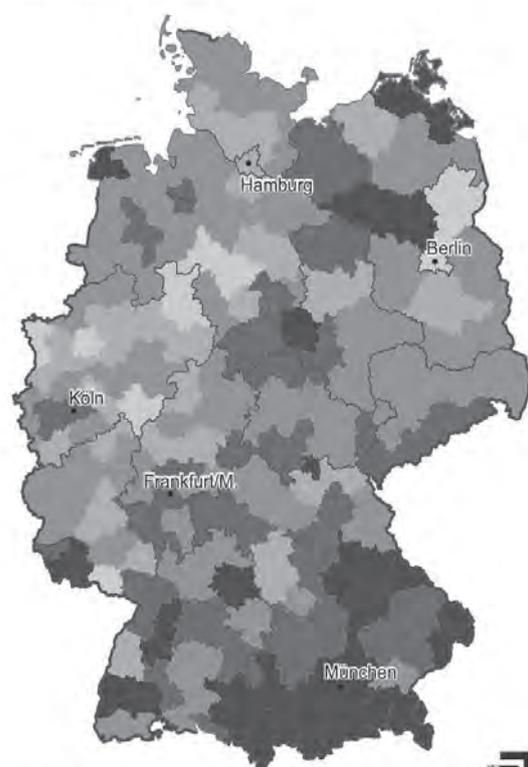
→ **Verwaltungsstrukturen müssen den Problemlösungen angemessen sein** – sie dürfen sie nicht behindern oder gar blockieren. In immer dünner besiedelten Räumen wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse künftig nur noch dann gewährleistet werden können, wenn für die Verwaltung, Versorgung und soziale Dienstleistungen neue Strukturen und Verfahren gefunden werden. Mobile

Dienste und digitale Kommunikation sind dafür wichtige Instrumente, verbunden mit der Schaffung von sozialen Ankerpunkten im ländlichen Raum. Sie sollen nicht nur Anlaufpunkte für mobile, soziale und digitale Dienstleistungen sein, sondern auch kommunikative Zentren werden. Zugleich müssen Kooperationsmöglichkeiten über bestehende kommunale, Landes- und Staatsgrenzen hinweg erschlossen und entschlossen genutzt werden.

→ Alle alle Erfahrungen deutlich, dass Strukturwandelprozesse nur dann gelingen, wenn sie mit einer **leistungsfähigen, durchlässigen Bildungs- und Forschungsinfrastruktur** verbunden werden. Das deutsche Bildungssystem grenzt sozial aus und ist den Herausforderungen einer modernen Gesellschaftsentwicklung immer weniger gewachsen. Die Abiturquote liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt, gesellschaftliche Problemlösungskompetenzen bleiben unterentwickelt. Auf der anderen Seite droht der Mangel an Fachkräften und ausreichend qualifiziertem Nachwuchs. Die Stärkung und der Erhalt einer vielschichtigen Forschung und Lehre, die Sicherung einer attraktiven Hochschullandschaft, sorgen für „Magneten“, die der Abwanderung junger Menschen entgegenwirken, neue Potenziale in die Region holen und damit den regionalen Zusammenhalt stärken können. Mit dem Ausbau von Kitas, Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und einem Netzwerk von Hochschulen fördern wir endogene Entwicklungspotenziale und schaffen soziale Perspektiven für viele Menschen, indem wir der Ausgrenzung im Bildungssystem einen inklusiven Ansatz entgegenstellen. Hochschulen sind außerdem eine wichtige Säule im Rahmen eines innovativen sozioökonomischen Strukturentwicklungsprozesses für die Regionen.

→ Nichts wird funktionieren, wenn man allein auf ein Sammelsurium technokratischer Maßnahmen, auf einen noch so gut ausgestatteten Handwerkskasten setzt. Regionen brauchen **Leitbilder**, die aus einer kulturellen und historischen Identität erwachsen, die Platz und Perspektive der Region gegenüber anderen beschreiben, Leistungspotenziale entdecken und spezifische Instrumente erschließen, von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Akteurinnen und Akteuren akzeptiert und weitergetragen werden – und die die betreffende Region nicht zuletzt nach außen hin attraktiv machen, Aufmerksamkeit wecken, Engagement und Kooperation anregen.

Ausbildungsplätze



Eine neue gesamtstaatliche Anstrengung

Innerhalb des derart beschriebenen Ansatzes lassen sich die Probleme in den von Prekarisierung betroffenen bzw. bedrohten Regionen wirksam anpacken. Dieser Ansatz ist möglich mit den begrenzten Ressourcen der Landespolitik. Er ist aber zugleich bundespolitisch sinnvoll – und er ist auch auf die Strukturförderpolitik der EU erweiterbar.

Wir regen daher eine Verständigung zwischen den politischen Parteien und in der Öffentlichkeit darüber ein, ob zur Bewältigung der Probleme solcher Regionen eine neue gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung, ein „Solidarpakt III für Krisenregionen in Ost und West“ oder die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ im Grundgesetz möglich und durchsetzbar sind. Die inhaltlichen Konturen einer solchen Herausforderung, den sozial-ökologischen Umbau, haben wir hier beschrieben. Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Strukturentwicklung, die nicht mit dem Ziel verfolgt wird, dauerhafte Transferabhängigkeit und Alimentierung „abgehängter Regionen“ zu vertiefen, sondern soziale und ökologische Modernisierung mit demokratischer Modernisierung und ökonomisch selbst tragender Entwicklung zu verbinden. Davon profitiert letztlich das ganze Land. □

Region Rhein-Neckar: in der Schnittlinie von drei Bundesländern, im zunehmenden Verbund zu einem Großraum Rhein-Main-Neckar, Verbindungsglied zwischen den Metropolregionen Rhein-Main und Stuttgart – Einige Aspekte und Stichpunkte für die Diskussion. Von Christoph Cornides

1.

Bereits im Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung von 1997 wurden „Europäische Metropolregionen“ in Deutschland als Bezugspunkte der Raumordnungs- und regionalen Entwicklungspolitik benannt. Als solche wurden zunächst 7, inzwischen 11 regionale Verdichtungs- räume definiert, bestehend aus größeren Städten und Großstädten, industriellen Ballungsräumen und auf diese industriellen Verdichtungsräume bezogenes „Umland“.

Die Region Rhein-Neckar oder Metropolregion Rhein-Neckar (früher auch Rhein-Neckar-Dreieck, aber mit anderer Abgrenzung) ist ein Verdichtungsraum und zugleich eine Planungsregion. Mit den größeren Städten Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg und den von der Pfalz bis in den Odenwald reichenden westlichen und östlichen ländlichen Gebieten, mit Universitäten und Fachschulen und dem Sitz verschiedener Konzerne (etwa BASF, SAP, Bilfinger) liegt sie in der Schnittlinie von drei Bundesländern: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Der baden-württembergische Teil der Region ist gleichzeitig Teil des Regierungsbezirks Nordbaden. (Baden-Württemberg untergliedert sich verwaltungstechnisch in vier Regierungsbezirke.) Der mit 2,4 Mio. Einwohnern siebtgrößte Wirtschaftsraum Deutschlands zählt seit 2005 zu den sog. „europäischen Metropolregionen“. Die 5.637 km² Gesamtfläche der Region Rhein-Neckar bestehen zu 41,7% aus landwirtschaftlicher Fläche, 37,9% Waldfläche, 17,8 Siedlungs- und Verkehrsfläche und zu 1,9% aus Wasserfläche. Als einzige der elf „Metropolregionen“ verfügt die Region über keinen eigenen Flughafen. Das ergibt sich daraus, dass der Flughafen Rhein-Main nur ca. 65 km von Mannheim/ Ludwigshafen/ Heidelberg entfernt ist. Das immer stärkere, u.a. durch neue Verkehrsführungen, weitere Zusammenwachsen der Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar wird also de facto zu einer immer stärkeren Verschmelzung der beiden Regionen mit den Verkehrsknotenpunkten Frankfurt Rhein-Main und Mannheim (in der Trassenführung nach Frankreich („POS“), Rheinschiene/ Baden/ Südbaden und Stuttgart/ München, zweitgrößter Rangierbahnhof, zweitgrößter Binnenhafen) führen.

Schon war die Notwendigkeit regionale Vernetzung, Planung und Entwicklung über die drei Bundesländer in der Region Rhein-Neckar ein ständiges Problem (z.B. für den Regionalverkehr, der nicht nach Bundesländern geplant werden kann). Unverkennbar wurden hier inzwischen organisatorische und verwaltungstechnische Fortschritte erzielt (z.B. weitgehende Neuorganisation des Nahverkehrs). Es muss ausdrücklich betont werden, dass das Thema sog. „Metropolregionen“ nur ein Teilaspekt und Ausschnitt der Regionalpolitik auf Landes- und Bundesebene ist.

2.

Eine solche regionale Raumordnungs-, Entwicklungspolitik und Planung unter regionalen Besonderheiten bewegt sich aber stets im Kontext der folgenden Planungshierarchien, und die wichtige Frage bleibt immer, wie dabei Demokratie und die Interessen der gesamten Bevölkerung in der Region Berücksichtigung finden, ja überhaupt formuliert werden und werden können.

Europäische Raumplanung

„Die Zusammenarbeit der europäischen Staaten und ihrer Städte und Regionen auch auf dem Gebiet der Raumplanung und -entwicklung gewinnt an Bedeutung. ... 1999 haben aus diesen Gründen die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) verabschiedet. Das EUREK stellt mit seinen gemeinsamen Ziel- und Leitvorstellungen einen europäischen Bezugsrahmen für raumbedeutsame Maßnahmen öffentlicher und privater Entscheidungsträger auf allen Ebenen dar. Die seither veränderten Rahmenbedingungen, vor allem die EU-Erweiterungen 2004 und 2007, die Ausrichtung der EU-Politiken auf die Ziele von Lissabon und Göteborg sowie der Strategie ‚Europa 2020‘ und die Aufnahme des Ziels der territorialen Kohäsion in dem Vertrag von Lissabon erfordern eine Fortentwicklung der Politik für die räumliche Integration Europas.

Leitlinien für eine nachhaltige räumliche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent und für europaweite Kooperationsaktivitäten werden dazu von der Europäischen Raumordnungsministerkonferenz (CEMAT) erarbeitet und zur Umsetzung vorgeschlagen.“ (Verband Region Rhein-Neckar).

Bundesraumordnung

„Unter Bundesraumordnung ist die zusammenfassende, überörtliche und übergeordnete Planungsordnung und Entwicklung des Raumes auf Bundesebene zu verstehen.

Im Zuge der Föderalismusreform I wurde zum September 2006 das Grundgesetz dahingehend geändert, dass die Raumordnung von der Rahmengesetzgebung in die konkurrierende Gesetzgebung mit Abweichungsrecht für die Länder überführt wurde. Nach Artikel 72 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG haben die Länder im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat. Durch die Novellierung des Raumordnungsgesetz (ROG), das in seiner neuen Fassung vollständig am 30.06.2009 in Kraft getreten ist, hat der Bund diese Gesetzgebungskompetenz ausgefüllt und das bisherige ROG an die geänderte Verfassungsrechtslage angepasst.“ (Verband Region Rhein-Neckar)

Landesplanung

„Entsprechend ihrem Auftrag der raumbezogenen, überörtlichen und überfachlichen Koordination untergliedert sich das Instrumentarium der Landesplanung in zwei Bereiche:

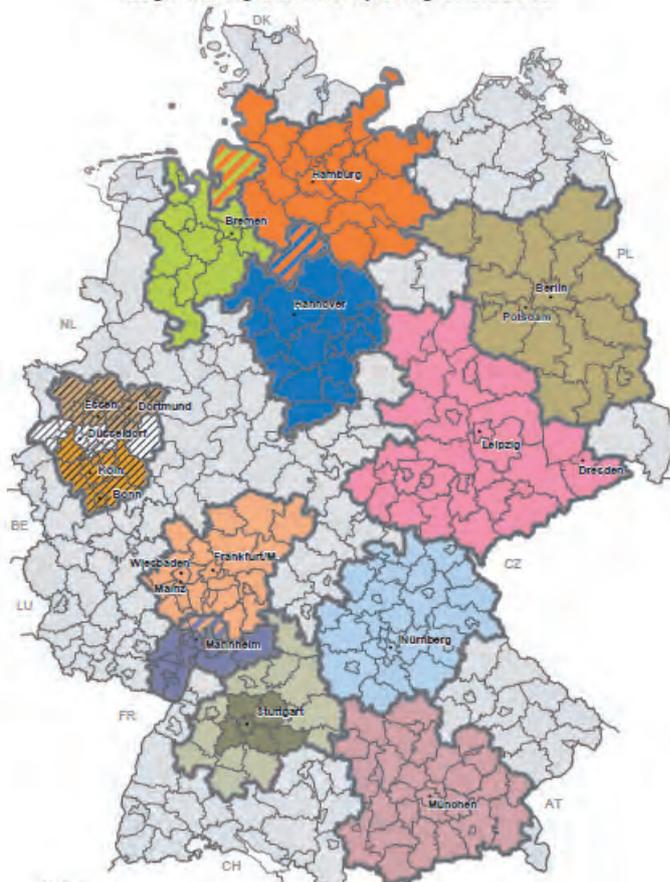
Bei der Erarbeitung konzeptioneller Pläne und Programme werden die Planungen und Vorhaben sämtlicher relevanter Fachressorts aufeinander abgestimmt und vernetzt. Die Festlegungen der landesplanerischen Konzepte sind als „raumordnerische Ziele“ bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen von öffentlichen Stellen zu beachten. Auf der Ebene der Bauleitplanung besteht sogar ein „Anpassungsgebot“ an die Ziele der Raumordnung.

Durch die landesplanerische Entscheidungskompetenz ▶

► nimmt die Landesplanung Einfluss auf den konkreten, raumbedeutsamen Einzelfall. Das effizienteste Instrument der Landesplanung ist das Raumordnungsverfahren. Dabei werden raumbedeutsame Einzelvorhaben hinsichtlich ihrer Raumverträglichkeit, d.h. Vereinbarkeit mit den Zielvorgaben der Raumordnung und Landesplanung, geprüft und das Ergebnis in einem raumordnerischen Entscheid festgestellt.“ (Verband Region Rhein-Neckar)



Abgrenzung der Metropolregionen 2012



Regionen und Gemeinden

„Die Bauleitplanung ist das wichtigste Planungswerkzeug zur Lenkung und Ordnung der städtebaulichen Entwicklung einer Kommune in Deutschland. Sie ist zweistufig aufgebaut. Übergeordnetes Instrument ist der Flächennutzungsplan, welcher für das gesamte Gemeindegebiet die räumliche Entwicklung für einen Planungszeitraum von etwa zehn Jahren darstellt. Im Gegensatz dazu werden Bebauungspläne für räumliche Teilbereiche des Gemeindegebiets aufgestellt, in vielen Fällen um die Bebauung einer neuen Wohn- oder Gewerbefläche planerisch zu steuern oder um ein bestehendes, bebautes Gebiet neu zu ordnen.“

Insbesondere Inhalte und Aufstellungsverfahren der Bauleitpläne sind im Baugesetzbuch (BauGB) umfassend geregelt. Für die Aufstellung der Bauleitpläne sind die Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zuständig, Sie unterliegen dabei der Rechtsaufsicht höherer Verwaltungsbehörden und der Normenkontrolle der Justiz.“ (Verband Region Rhein-Neckar)

3.

In der Region und Planregion Rhein-Neckar wurde im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte folgendes Organisationsgeflecht aus staatlichen, öffentlichen und regionalen Verbundeinheiten etabliert:

Per Staatsvertrag zwischen den betroffenen drei Bundesländern wurde eine Satzung für den Verband Rhein-Neckar (Verbund der kommunalen und regionalen Körperschaften auf dem Gebiet Rhein-Neckar) sowie ein Entwurf „Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar“ definiert. Dieser Regionalplan befindet sich seit März 2012 in der öffentlichen Diskussion. Er soll nach Berücksichtigung der Einwendungen in einen regional fortzuschreibenden Regionalplan münden.

Die Organisationsträger der „gemeinschaftlichen Regionalplanung Rhein-Neckar“ beschreibt der Verband etwas vollmundig wie folgt: „Mit der Neustrukturierung der an der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung beteiligten Organisationen im Jahr 2006 wurde ein deutschlandweit einmaliges Public-Private-Partnershipmodell geschaffen.“

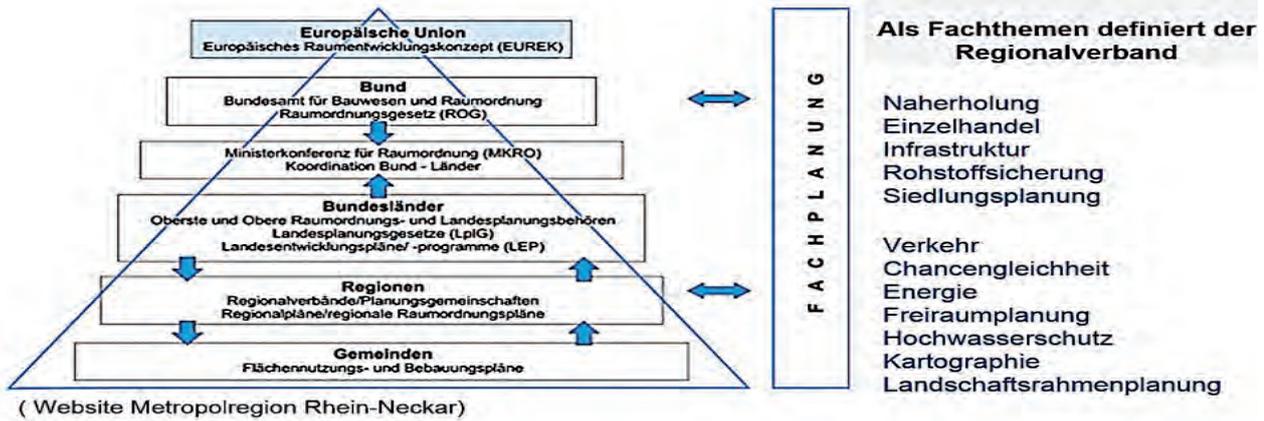
Seitdem stehen Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, Verband Region Rhein-Neckar und Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. für Regionalentwicklungsarbeit aus einem Guss.

Die Vorgehensweise ist einfach und wirkungsvoll: Verband Region Rhein-Neckar und Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. stimmen im engen Schulterschluss mit den regionalen Industrie- und Handelskammern die strategischen Ziele der Regionalentwicklungsarbeit ab. Gemeinsam mit der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH sorgen sie danach für die operative Umsetzung.

Gemeinsames Ziel: Die Metropolregion Rhein-Neckar ist bis 2025 als eine der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen Europas bekannt und anerkannt.“

Daneben gibt es noch eine Stiftung.

Während im Verein „Zukunft Metropolregion“ und in der mehr marketingmäßig ausgerichteten „Rhein-Neckar GmbH“ alle wichti-



(Website Metropolregion Rhein-Neckar)

gen Konzerne und Forschungseinrichtungen der Region vertreten sind, fehlen die Gewerkschaften oder auch die Sozialverbände hier komplett. Warum eigentlich?

4.

Eine zentrale Aufgabe und Regionen und „Metropolregionen“ strukturierende Ressourcenorganisation ist der Verkehr.

Dazu gehört einmal die Neustrukturierung eines bun-



3	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen	
3.1	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Juli 2011 den Bebauungsplan "Bahnhof Mörlenbach" betreffend	17-0157
	Beschluss: erledigt	
3.1	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Juli 2011 zur Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur, den Bebauungsplan "Bahnhof Mörlenbach" betreffend; hier: Beantwortung der Anfrage	17-0157/1
	Beschluss: zur Kenntnis genommen	
3.2	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2011 zur Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur, die Güterstrecke Weinheim - Viernheim betreffend	17-0159
	Beschluss: erledigt	
3.2	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2011 zur Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur, die Güterstrecke Weinheim - Viernheim betreffend; hier: Beantwortung der Anfrage	17-0159/1
	Beschluss: zur Kenntnis genommen	
3.3	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2011 das Betriebskonzept für die Riedbahn betreffend	17-0160
	Beschluss: erledigt	
3.3	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2011 zur Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur, das Betriebskonzept für die Riedbahn betreffend; hier: Beantwortung der Anfrage	17-0160/1
	Beschluss: zur Kenntnis genommen	
3.4	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2011 den Ausbau der Bahnhöfe an Main-Neckar-Bahn bzw. Riedbahn betreffend	17-0161
	Beschluss: erledigt	
3.4	Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2011 zur Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur, den Ausbau der Bahnhöfe an Main-Neckar-Bahn bzw. Riedbahn betreffend; hier: Beantwortung der Anfrage	17-0161/1
	Beschluss: zur Kenntnis genommen	

desländerübergreifenden Nahverkehrsnetzes mit der Gründung (2004) der RNV (Rhein-Neckar-Verkehr GmbH) als Tochterunternehmen der bisher in der Region bestehenden fünf Verkehrsbetriebe. Dann gehört dazu die Organisation des Güterverkehrs (in der Region Rhein-Neckar liegt der fünftgrößte logistische Umschlagplatz, u.a. auch Bahn/Binnenschifffahrt).

Zum anderen waren und sind zwei weitere wichtige Verkehrsprojekte für die Anbindung der Region von Bedeutung:

die Anbindung Paris-Ostfrankreich-Südwesten Deutschland („POS“) mit den Trassen POS Nord und Süd und die neue ICE-Schnellstrecke Frankfurt/Mannheim.

In beiden Projekten sind Deutsche Bahn AG und der Bund als Projektträger beteiligt. Aber die Projekte sind von weitreichender Bedeutung nicht nur, aber eben auch für die betroffenen Regionen. Nur so erklärt sich auch die jahrelange Auseinandersetzung zwischen Regional- und Kommunalvertretungen, Bund und Bahn AG über die Streckenführung der ICE-Strecke Frankfurt/Mannheim und über den von der DB zunächst vorgesehenen Bypass um Mannheim. Offensichtlich wurde erst mit einer Entscheidung des Regierungspräsidiums Karlsruhe die direkte Anbindung von Mannheim/Stadt als Verkehrsknotenpunkt festgeschrieben.

5.

Das Thema Regionalplanung, regionale Entwicklungsplanung und -politik enthält also – zumindest in Baden-Württemberg noch weitgehend unbearbeiteten – sachlichen Arbeitsstoff für die politische Auseinandersetzung in jeder Hinsicht. Direkt sind die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN in den Kreistagen mit Aufgaben regionaler Politik konfrontiert. Hier (nebenstehend) ein Auszug an Themen aus dem Regiolausschuss des Kreistages Bergstraße.

Welche Art von programmatischer Orientierungsdiskussion und programmatischen, operativ konkretisierenden Zielsetzungen und Beurteilungskriterien für regionale Politik bzw. für die Politik in regionalen Wirtschaftsräumen braucht die LINKE? Dazu versprechen wir uns von der Tagung am 23.3.2013 weiterführende Hinweise aus der Diskussion zwischen verschiedenen unterschiedlichen Wissens- und Erfahrungshintergründe in der Linken. □

Mannheim: „Gutes und bezahlbares Wohnen für alle!“

DIE LINKE im Mannheimer Gemeinderat hatte am Freitag, den 1. März, im Stadthaus N1 zu einem Hearing über „Gutes und bezahlbares Wohnen für alle!“ eingeladen. Hier die Einführung in das Hearing. Von

Thomas Trüper

Zu Beginn 4 „Spotlights“ aus der jüngeren Zeit:

Spotlight 1: Zieht jemand aus seiner 2-Zi-Eigentumswohnung im Lindenhof, Nähe Hauptfeuerwache und vermietet sie zum mittleren Mietspiegelpreis für die Qualität und Lage. Er erhält innerhalb eines Tages 30 Anfragen via Immobilien Scout24. Eine Krankenschwester ist auch dabei, sie kann die Miete nicht zahlen; den Zuschlag bekommt ein Auspendler nach Frankfurt/Main, der vom hinteren Lindenhof in Bahnhofsnähe ziehen möchte.

Spotlight 2: Wohnt jemand in Alt-Neckarau privat in 3 ZiKüBad. Die Ehe geht in die Brüche, die Frau zieht aus. Die Wohnung ist nun zu groß und zu teuer für sein unterhaltsgeschwächtes Einkommen. Er sucht eine kleinere Wohnung – und gibt's bald auf. Die kleineren Wohnungen selbst in Rheinau sind so teuer wie seine bisherige. Happy end: Er findet eine neue Partnerin mit eigenem Einkommen, sie zieht ein, er bleibt.

Spotlight 3 (Drama): Wohnt jemand in der Neckarstadt Ost in einem Mehrfamilienhaus der Jahrhundertwende. Kommt ein Investor, kauft das Haus und saniert es. Er kündigt Mieterhöhungen um mehr als 300% an und lässt schon mal die Handwerker anrücken. Die Person (eine von vielen Betroffenen) sucht heute noch nach einer bezahlbaren Wohnung, kann sich allerdings eine vierstellige Abfindung vor Gericht erstreiten.

Spotlight 4: ein Sonderangebot der städtischen GBG: Suchst Du eine Neubauwohnung oder gar Haus unter 8,50 EUR/m², wirst Du Pech haben. Außer hier: 7,85 EUR/m² Kaltmiete, Erstbezug in einem ca. 100-m²-Reihenhäuschen. Das Haus steht auf der Schönau, dort, wo Wohnblöcke vorherrschen und weiter keine Infrastruktur ist.

Was wollen uns die „Spotlights“ sagen? Wohnen in begehrten Wohnlagen, in lebendigen Stadtteilen wird selbst für Normalverdiener/innen immer schwieriger, insbesondere bei anstehendem Wohnungswechsel. Es besteht die Gefahr der Verdrängung von weniger wohlhabenden Mietern in die Peripherie, letztlich Gentrifizierung, weitere Segregation der Stadtgesellschaft. Das Angebot der GBG zeugt vom zaghaften Willen zum stadtplanerischen Einwirken in die „Wohn-Stadt“, in diesem Beispiel von der gut gemeinten Aufwertung der Schönau. Dorthin sind in den letzten Jahren auch einige Millionen aus dem Programm „Soziale Stadt“ für städtebauliche Verbesserungsmaßnahmen geflossen. Der Stadtteil hat dadurch seinen Charakter jedoch nicht wesentlich verändert.

Der Markt für bezahlbare Wohnungen wird enger, insbesondere in „normalen“ Stadtteilen.

Diese bundesweite Tendenz holt Mannheim ein, wenn gleich auch die Stadt nicht an der Spitze liegt:

Die durchschnittliche Quadratmetermiete lt. Mietspiegel liegt in Mannheim 2012 bei 6,26 EUR, lt. Miet-Check Ende Februar bei 8,41 EUR. In der Bundesrepublik liegt der Mietspiegel-Durchschnitt bei 6,36 EUR, in Frankfurt/Main bei 11,96 EUR, in München bei 13,15 EUR.

Mannheim ist auch keine wachsende Stadt; Bevölkerungsbewegung im Jahr 2012 schloss mit einem negativen Saldo von 535. Lediglich der Außenwanderungssaldo ist mit 3.351 positiv. Die amtliche Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2030 geht von 293.361 Menschen mit Hauptwohnsitz aus, das würde gegenüber 2010 einen Schwund um 2,78 % bedeuten.

Passen die Haushalte und die Wohnungen zusammen? Auf 174.920 Privathaushalte kommen 166.847

Wohnungen. Das ist rechnerisch eine Unterdeckung, die allerdings eher aus der Definition von „Haushalten“ zusammenhängt.

Ein Nichtzusammenpassen ist jedoch schon bei Betrachtung der Haushaltsgrößen feststellbar: 1 Person-Haushalte machen 52% aller Haushalte aus (91.584), jedoch gibt es lediglich 8.350 1-Raum- und 15.172 2-Raum-Wohnungen. Viele Alleinstehende bewohnen somit größere Wohnungen, z.B. indem ältere Menschen nach Auszug der Kinder und Tod des Partners in der Familienwohnung bleiben. 3-4-Zimmerwohnungen machen das Gros der vorhandenen Wohnungen aus. Den 5.518 Haushalten mit 5 und mehr Personen stehen 39.397 Wohnungen mit fünf und mehr Räumen gegenüber. (Irgendwo müssen ja „anspruchsvolle“ Kleinfamilien auf Villen und große Wohnungen zugreifen können).

Mit dieser rein rechnerischen Betrachtung ist noch nichts über Qualität, Preis, Lage, Umfeld, Ausstattung der Wohnungen (z.B. auch für besondere Lebenslagen) gesagt, nichts über die Wohnform und nichts über die Eigentümerschaft. In Mannheim leben nur 25% der Haushalte im Eigentum, 75% zur Miete.

In unserem Fokus stehen die Menschen, die sich gutes Wohnen nicht einfach durch ihr überdurchschnittliches Einkommen verschaffen können: Normal- und Geringverdienende, TransferleistungsempfängerInnen. Ihre Probleme werden durch den fast vollständig freien Wohnungsmarkt verschärft statt gelöst.

Segregation: Wir beobachten ein zunehmendes Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft. Preisgünstiges Wohnen gibt es bald nur noch in „einschlägigen“ Stadtbezirken. Das führt zur Ballung von gesellschaftlichen Problemlagen.

Bestätigung findet dieser Eindruck durch eine Studie des difu-Instituts: „Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009“. An dieser Untersuchung nahmen 19 deutschen Städte teil, darunter auch Mannheim.

Das Institut geht der Frage nach: Wie sehr weichen Stadtteile z.B. hinsichtlich Kinderarmut und Migrationsanteil vom gesamtstädtischen Durchschnitt ab? Hier muss man im Vergleich feststellen: Mannheim ist eine Stadt der Superlative.

Kinderarmut: „In sechs Städten, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Köln, Mannheim und Nürnberg ist die bereits recht ‚schmale Mitte‘ nochmals um 5 Prozent geringer ausgeprägt, wobei der niedrigste Wert in Mannheim mit 37,5% (...) vorzufinden ist.“ (S.28)

„Die Zahl der besser positionierten Stadtteile, welche sich zunehmend vom städtischen Durchschnitt entfernen, nimmt in diesen Städten zu. In Düsseldorf und Mannheim steigt gleichzeitig der Anteil der Stadtteile mit einer großen Distanz ‚oberhalb‘, also einer hohen ‚Kinderarmut‘.“ (S. 34)

„Das geringste städtische Distanzmaß ist im Jahr 2009 in Karlsruhe mit 3,0 Prozent zu beobachten, das Größte hingegen in Mannheim mit 12,4 Prozent“ (S. 35)

Migration: „Bezogen auf das Jahr 2009 sind es nur sehr wenige Städte, in denen der Anteil an Stadtteilen mit einer großen Distanz (‚oberhalb‘ oder ‚unterhalb‘) niedrig ist. Dazu gehören vor allem Karlsruhe und Leipzig mit Werten von 2,9 Prozent bzw. 10,3 Prozent. Im Gegensatz dazu sind es Berlin, Köln, Mannheim, Nürnberg und Stuttgart jeweils 60 Prozent der Stadtteile, die eine große Distanz zum städtischen Mittelwert aufweisen. In Mannheim ist

dieser Anteil mit 70 Prozent besonders hoch.“ (S. 36)

Das difu zieht aus der festgestellten Polarisierung die Konsequenz:

„Soziale, demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sind gesamtstädtisch im Sinne einer solidarischen Politik für die Gesamtstadt zu steuern.“

Soll die immer noch zunehmenden Polarisierung wirksam gebremst werden, muss bezahlbares Wohnen gezielt über die ganze Stadt hinweg ermöglicht werden, z.B. gerade auch auf den Konversionsflächen. Es müssen Konzepte entwickelt werden, wie besondere Bedürfnisse z.B. einer alternden Stadtgesellschaft (61 000 Personen über 65 Jahre) besser befriedigt werden können, Bedürfnisse einer Gesellschaft mit 40% migrationsbeeinflusster Bevölkerung, darunter z.B. die viel diskutierte südosteuropäischen Migranten (angeblich 6 000, wahrscheinlich eher 2 000), darunter auch die über 400 BewohnerInnen des „Asylwerberheims“, von denen schon jetzt die Hälfte Anspruch

auf Unterbringung in normalen Wohnungen hat. Auch die 26 000 TransferleistungsbezieherInnen, darunter 11 000 Kinder und Jugendliche, müssen die Chance haben, in der gesamten Stadt Wohnungen zu finden.

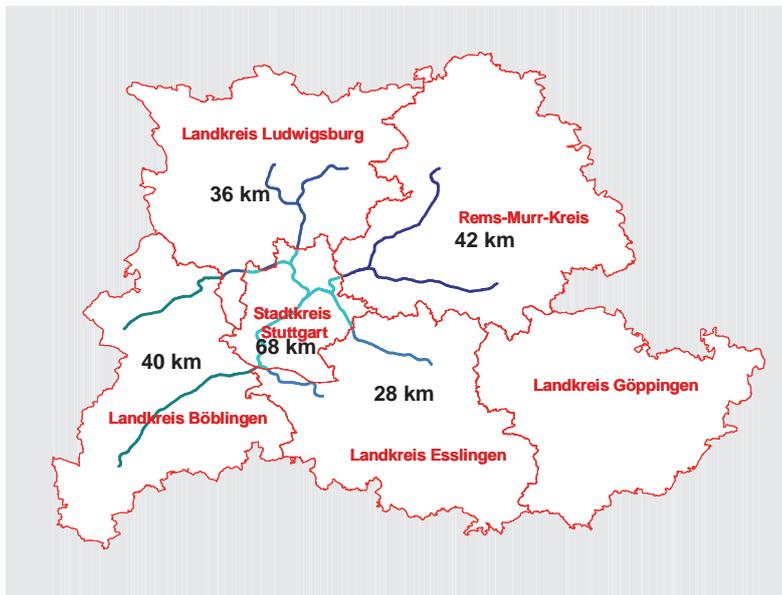
Es geht hier auch um die Entwicklung und Umsetzung „neuer Wohnformen“, z.B. bewusst generationsübergreifender und solidarischer Wohnformen. Hier steht Mannheim ganz am Anfang mit seinen vier aktiven „Wohngruppen“: MaJunA, 13 Hektar Freiheit, Umbau e.V. und SWK, die auf Turley sanieren bzw. neu bauen wollen.

Mannheim befindet sich seit dem Bau des Glücksteinkwartiers in einer ungebrochenen Hochphase des innerstädtischen Gewerbe- und Wohnungsbaus. Hier sind schon einige Züge abgefahren, um im oben genannten Sinne planerisch einzugreifen. Wir wollen das Hearing nutzen, um Eingriffsmöglichkeiten und -notwendigkeiten zu erörtern. □

Regionalparlament Stuttgart – Lösungsversuch für interkommunale Planungen

Von Alfred Küstler

In den großen Ballungsräumen tritt das Problem auf, dass die traditionelle Gliederung der politischen Entscheidungsinstanzen nicht mit den tatsächlichen Zusammenhängen übereinstimmt. Diese Zusammenhänge (Verkehrsverbindungen, Arbeitskräftereservoir, kulturelle Institutionen usw.) umfassen das Gebiet mehrerer Kommunen, es kommt zu Konflikten, die mit Notwendigkeiten gegen Kirchturmdenken umschrieben werden. Das Problem ist nicht neu, es gibt es bundesweit, da aber die gefundenen Lösungsansätze sehr länder- und regionsspezifisch sind, soll im Folgenden die Betrachtung auf Baden-Württemberg und dort auf die Region Stuttgart beschränkt werden. Ein Blick auf die Region und das S-Bahn-Netz:



Die Einwohnerzahl beträgt knapp 2,7 Millionen, davon knapp 580 Tausend in der Stadt Stuttgart, die damit nicht einfach aufgrund ihrer Größe den Ton angeben kann.

Exkurs: Region Mittlerer Neckar – Industrie-raum im Wandel

Die Region Mittlerer Neckar mit der Landeshauptstadt Stuttgart versucht das Kunststück, der üblichen Entwicklung eines industriellen Ballungsraumes zu entgehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Region einen be-

deutenden Aufschwung erlebt. Die Arbeitskräfte für die industrielle Massenproduktion mit hohem Ausbildungsgrad waren vorhanden, frühere Ballungsräume des Deutschen Reiches waren abhanden gekommen oder eingeschränkt (Berlin) oder von Arbeitskräftemangel und relativ höheren Löhnen (Ruhrgebiet) gekennzeichnet. Damit konnte sich dieses Gebiet auch durch Flucht von Betrieben aus dem sozialistischen Bereich zum Zentrum des Fahrzeugbaus mit zugehörigen Zulieferfirmen entwickeln. Unter Zulieferern darf man sich nicht Kleinlieferanten vorstellen, es sind zum Beispiel Weltkonzerne wie die Bosch GmbH, führend bei Autoelektrik und Einspritzverfahren. Diese Ballung hat dazu geführt, dass auch der Maschinenbau mit zahlreichen Spezialisten im Um-

feld des Autos einen bedeutenden Aufschwung erlebte. Der klassische Weg eines solchen auf eines oder wenige Produkte ausgerichteten Wirtschaftsraumes: Aufschwung bei Einführung einer Basisinnovation (mit Extraprofiten), sinkende Erträge in der Phase der Sättigung und schließlich Schrumpfen, wenn diese Basisinnovation von anderen kostengünstiger erbracht werden kann. Auch die Region Mittlerer Neckar schien diesem Schicksal nicht zu entgehen: in den 1990er Jahre verloren viele Beschäftigte in der Industrie ihre Arbeit; ein Umstieg auf Dienstleistungen gelang nur teilweise. Die Rettung brachte das Ende des Realsozialismus: Zahlreiche neue Märkte wurden zugänglich und die Konzentration beim Fahrzeugbau auf „Premiumfahrzeuge“ (drei dieser Hersteller sind der Region ansässig, Daimler, Porsche und Audi) schuf ein Alleinstellungsmerkmal. Gleichzeitig wurde mit einigem Geschick in diesem Umfeld der Sektor industrie-

nahe Dienstleistungen entwickelt. Das sind vor allem Firmen, die Produktionsabläufe hinsichtlich Qualität und Kosten optimieren, oder auch Firmen, die bei der Internationalisierung vermitteln und Zugänge ermöglichen. Damit setzte dann etwa Ende der 1990er Jahre ein erneuter Aufschwung ein, der bis heute anhält. Die Region Stuttgart erwirtschaftet mit 24,8 Prozent der Bevölkerung und 27,8 Prozent der Beschäftigten 29,5 Prozent der Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs. Basis ist allerdings nach wie vor die industrielle Produktion, ohne diese gäbe es die „industrienahen Dienstleistungen“ nicht. Die „personenorientierten Dienstleistungen“ sind wie auch in ▶

▶ allen anderen Regionen Deutschlands im Raum Stuttgart schlecht entlohnt und oft nur in Teilzeit angeboten. Für gering Qualifizierte und Zugewanderte, die früher in den Industriebereichen Beschäftigung und (relativ hohe) Einkommen fanden, ist ein Abdrängen in diese Bereiche hart, weil insbesondere die Wohnungskosten sich an den ansonsten hohen Einkommen orientieren.

Die Struktur Regionalversammlung

Bereits 1974 wurde ein Regionalverband Mittlerer Neckar von der Landesregierung eingerichtet, er soll die Planungsorganisation in Stuttgart und den umliegenden Landkreisen vereinheitlichen. Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg zwölf solcher Planungsregionen. Praktische Ergebnisse der Tätigkeit des Regionalverbands Stuttgart waren Fusionen bei Sparkassen, die später zur Gründung der Landesbank führten. Ein weiteres großes Vorhaben, das zu einer deutlichen Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs führte, war der Aufbau eines S-Bahnnetzes. Hier traten allerdings auch Schwachpunkte zu Tage: Für näher bei Stuttgart liegende Landkreise und mittlere Städte lohnte sich das S-Bahn-Netz. Zwar mussten sie sich an den Kosten der Infrastruktur beteiligen, aber umgekehrt siedelten sich viele Firmen der Automobilzuliefererindustrie im Umland an; ein Standort in S-Bahn-Nähe erlaubte die Rekrutierung von Arbeitskräften. Diese Firmen waren dann Gewerbesteuerzahler.

Für die weiter entfernten Landkreise sah die Sache anders aus. Sie scheuten die hohen Investitionskosten für den Ausbau des S-Bahn-Netzes, sahen eher das Risiko, dass die ansässige Industrie (hauptsächlich Maschinenbau und Metallindustrie im Bereich Konsumgüter) bei der Konkurrenz um Facharbeitskräfte den Kürzeren zieht. So ist bis heute der nach Osten hin am weitesten von Stuttgart entfernt liegende Landkreis Göppingen nicht am S-Bahn-Netz beteiligt. Nachträglich gesehen war das wahrscheinlich eine Fehlentscheidung: Dieser Landkreis hat am meisten unter den Änderungen der Industriestruktur zu leiden (Firma Märklin zum Beispiel). Im Zusammenhang mit dem Bau von Stuttgart 21 ist jetzt eine Korrektur vorgesehen. Der Landkreis will sich jetzt an dem Verkehrsverbund der restlichen Region beteiligen. Dringend nötig, denn die bisherige Eisenbahnstrecke von Stuttgart durch den Landkreis Göppingen und weiter nach Ulm und München wird stark an Bedeutung verlieren, wenn die Neubaustrecke im Tunnel unterm Landkreis durch ohne Halt verläuft.

1994 wurde aus dem Planungszirkel aus Bürgermeistern und Landräten der Regionalverband Stuttgart mit einem direkt gewählten Parlament (die einzige Region in Baden-Württemberg, in der alle fünf Jahre zusammen mit der jeweiligen Kommunalwahl ein Vertretungsorgan für die Regionalplanung gewählt wird; die jetzige Landesregierung will das auf die Rhein-Neckar-Region ausdehnen). Damals regierte eine Koalition aus CDU (Erwin Teufel

und SPD (Dieter Spöri); die Hoffnung war neben der demokratischen Legitimation eine Überwindung der „Kirchturmpolitik“ – des Phänomens, dass sich die Bürgermeister und Landräte im Regionalverband eher am Nutzen für ihre jeweilige Gemeinde orientierten als an „übergreifenden“ Interessen. Während die SPD dem Regionalparlament und der Regionalversammlung weitreichende Befugnisse bei der Bauplanung verschaffen wollte, sorgte die CDU dafür, dass die Kompetenzen auf Nahverkehr (das war ja erfolgreich erprobt) und Landschaftsplanung sowie Wirtschafts- und Tourismusförderung beschränkt blieben. Das Parlament umfasst mindestens 80 Mitglieder, mit Ausgleichsmandaten maximal 96 (das jetzige 91 Mitglieder); es tagt etwa monatlich. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl war mit 53,5% ähnlich wie bei den Kommunalwahlen.

In den seither fast zwanzig Jahren mit einem direkt gewählten Regionalparlament sind die Ergebnisse gemischt: Auf jeden Fall positiv ist der weitere Ausbau der S-Bahn und des Verkehrsverbundes; vermutlich wäre das ohne die einzelnen Kommunen übergreifende Diskussionen schwerer realisiert worden. Ebenfalls kommt der Region eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für das Eisenbahnprojekt Stuttgart 21 zu, die Region beteiligt sich auch an der Finanzierung des Projekts; Ideen wie die Flughafenanbindung an das Schnellbahnnetz stammen aus der Regionalversammlung. Ebenfalls positiv sind landkreisübergreifende Planungen unter dem Titel „Landschaftspark“; darunter fallen Projekte wie Teilnutzung des Neckars als Naherholungs- und Tourismusgebiete (Verbergen des weitgehend industriellen Charakters als Schifffahrtsstraße). Die Regionalversammlung schreibt sich auch die Durchsetzung der Landesmesse zu. Die alte Messe war eine „Messe Stuttgart“ (Gemarkung und Eigentümer), die neue Messe liegt jetzt außerhalb der städtischen Gemarkung, neben dem Flughafen und der Autobahn; das Land wurde Miteigentümer. Auch wenn die Region das Projekt befördert hat, fielen die entscheidenden Beschlüsse im Landtag.

Weniger gelungen sind Versuche, in die kommunale (Landkreis-) Hoheit der Flächennutzung einzugreifen. Zahlreiche Gerichtsprozesse zwischen Region und Kommunen um Fragen, ob Verkaufsflächen für größere Anbieter, Gewerbeflächen oder jüngst Biogasnutzung zugelassen werden, zeugen davon. Es gibt zwar einen Regionalplan, dessen Verbindlichkeit ist aber oft strittig; die Rechtslage ist unklar. Eine Änderung dieser Rechtslage ist nicht absehbar: Im Koalitionsvertrag von 2011 zwischen Grünen und SPD heißt es nur lapidar: „Die Regionalverbände bleiben Träger der Planung.“

Stuttgart, 19. März 2013, überarbeitet 9. April 2013

Quellenhinweis: eine gute wirtschaftsgeographische Übersicht über Baden-Württemberg ist das bei der Landeszentrale für politische Bildung 2008 erschienene Buch „Geographie Baden-Württembergs, Raum, Entwicklung, Regionen“ hrsg. von Hans Gebhardt, 6,50 Euro, www.lpb-bw.de

Nordrhein-Westfalen: Regionalisierte Strukturpolitik Von Thorsten Jannoff

Nordrhein-Westfalens Wirtschaft war seit Beginn der Industrialisierung rund 100 Jahre weitgehend geprägt durch das Ruhrgebiet. Diese Dominanz ist seit den 50/60er Jahren des letzten Jahrhunderts Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung hat in NRW einen mehr dezentralen, polyzentrischen Verlauf genommen. Im alten Landesentwicklungsplan (LEP) NRW von 1995 wird deshalb ausdrücklich anerkannt, dass NRW aus komplementären, sich ergänzenden Eignungsräumen besteht, auf die Strukturpolitik abgestimmt werden muss. Aktuell wird an der Aufstellung des neuen LEP 2025 gearbeitet.

Ruhrgebiet im zweiten Strukturwandel Der Strukturwandel im Ruhrgebiet von der montanindustriellen geprägten Monokultur zu einem gemischtwirtschaftlichen, differenzierten Wirtschaftsraum ist weitgehend abgeschlossen. Für die *wirtschaftsförderung metropol Ruhr*, einer Gesellschaft des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR), befindet sich die Region bereits in einem zweiten Strukturwandel. Die engen Verflechtungen innerhalb des montanindustriellen Sektors hätten sich aufgelöst und die Unternehmen in neue Wertschöpfungsnetze eingebunden. Der industrielle Kern samt der industriellen Dienstleistungen bleiben der

dynamische Kern bei der Neuausrichtung des Ruhrgebietes. Die Wirtschaftsförderung unterstützt den Aufbau von Cluster- und Branchennetzwerken und integrierten Konzepten und definiert branchenübergreifende Leitmärkte. „Wir brauchen eine neue Kultur der offenen Kooperation, um kreative Lösungen für die Region erzielen zu können“, stellt der Wirtschaftsbericht Ruhr 2011 fest. Dazu gehört die Festigung als Standort, verkehrstechnisch günstig mitten in Europa gelegen, für materialintensive Produktion sowie die Verknüpfung dieser Produktion mit technisch-wissenschaftlichen Dienstleistungen und der Ausbau der Logistikwirtschaft.

Die Definition von Leitmärkten durch die Wirtschaftsförderung soll eine Orientierung geben und Innovationen anstoßen. Berücksichtigt werden gesellschaftliche Entwicklungen und Probleme, wie der demografische Wandel, die Energiewende, etc. Das kommt z.B. in den Leitmärkten Gesundheit und Ressourceneffizienz zum Ausdruck. Wirtschaftsförderung versucht „Leitmärkte und prägende Trends der kommenden Jahre in den Blick zu nehmen. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge werden von den zukünftigen Märkten her betrachtet und von einer Nachfrage, die geprägt ist durch sich verändernde menschliche Bedürfnisse und immer drängendere gesellschaftliche Herausforderungen“ (Wirtschaftsbericht Ruhr 2012).

Zu diesen Herausforderungen gehören die einer schrumpfenden Region und die ungleichzeitige Entwicklung. Rückbau und Entwicklung stehen im Ruhrgebiet nebeneinander und ergeben Gegensätze von boomenden, normal laufenden und niedergehenden Wirtschaftszweigen, Industriebranchen hier und Gewerbegebietemangel dort, gepflegte und „normale“ Straßenzüge und Viertel hier und Sanierungsbedürftige dort, hoch qualifizierten Arbeitsplätzen und Fachkräftemangel einerseits und (Langzeit-) Arbeitslosigkeit und verfestigter Armut andererseits. Neben diesen Herausforderungen wäre es interessant darüber nachzudenken, wie die

„sich verändernden menschlichen Bedürfnisse“ aus dem Blickwinkel der Solidarität definiert werden könnten. Bedürfnisse etwa, für die Umverteilung und „Mehr Geld für ...“ nicht die einzige Lösung sind, sondern die auch etwas mit Selbstorganisation zu tun haben. So gibt es in Gelsenkirchen mittlerweile in 36 von 40 Stadtvierteln Seniorenvertreter und Nachbarschaftsstifter, sowie ein ergänzendes Netzwerk von selbst organisierten Gruppen älterer Menschen, die sich im Alltag unterstützen.

Schließlich können viele Probleme und Mißstände nicht durch „den Markt“ gelöst werden, ob mit oder ohne Wirtschaftsförderung. Der Rückbau der Städte und die Verhinderung von Segregation ist nicht nur eine stadtplanerische Herausforderung. Armut und Langzeitarbeitslosigkeit müssen auch durch den Einsatz öffentlicher Mittel bekämpft werden. In Gelsenkirchen steht mittlerweile das von einem breiten Bündnis getragene Konzept für einen öffentlichen Beschäftigungssektor für 230 Langzeitarbeitslose (s. PB 7/12), der allerdings noch eine Finanzierungslücke von jährlich 2,3 Mio. Euro hat. Hier muss der Bund in die Pflicht genommen werden.

Nötig ist auch eine verbesserte Regionalplanung. Die Verbandsversammlung des RVR hat sich am 15. März dafür ausgesprochen den RVR zu stärken. Dieser soll Aufgaben als kommunaler Zweckverband für die Kommunen übernehmen, wie die Verkehrs- und Infrastrukturplanung und auch wenn es um Wirtschaft, EU-Förderung, Energie und Forschung geht. Zudem soll das Ruhrparlament bereits ab 2014 direkt gewählt werden, vorausgesetzt der Landtag unterstützt das.

Die Linksfraktion im RVR kritisiert, dass nicht auch die/der Regionaldirektor/in direkt gewählt werden soll. Der RVR-Beschluss stellt in Tradition der Komplementarität auch fest, dass „die Vernetzung der Städte und Kreise innerhalb der Metropole Ruhr ebenso von Bedeutung (ist) wie funktionierende Beziehungen in das angrenzende Umland.“ □

Köln: Leitbilddiskussion muss neu entwickelt werden. Von Jörg Detjen

Nach der katastrophalen Wahlniederlage der SPD 1999 bei der Kommunalwahl startete der neue CDU-Oberbürgermeister eine Initiative für ein Kölner Leitbild 2020. Das löste eine große Diskussion in der Stadtgesellschaft im Jahre 2002 aus. 350 Kölnerinnen und Kölner beteiligten sich an dem Prozess, auch die damalige PDS-Gruppe. Ein Jahr später wurde das Leitbild dann verabschiedet. Die neu geführte CDU-Stadtverwaltung versuchte, mit dem Leitbild eine Art politischen Neuanfang zu implementieren. Die Strukturprobleme spielten zu diesem Zeitpunkt eine geringe Rolle in der öffentlichen Diskussion.

Dieses Leitbild spielt inzwischen keine Rolle mehr, weil es auf die Fragen der wachsenden Stadt zu wenige Antworten gibt, wie die Probleme angefasst werden können. Der 2009 gewählte neue Oberbürgermeister Roters, SPD, hat im Sommer 2011 in einem Interview mit einer großen Kölner Tageszeitung „eine Ziele-Diskussion, losgelöst vom Leitbild-Prozess“ angekündigt. Die Diskussion über ein Leitbild „ist vielen zu abstrakt“, behauptet der Oberbürgermeister und stellt somit ein Mittel der Bürgerbeteiligung in Frage.

Die strukturellen Probleme der Metropolregion Bonn-Köln-Düsseldorf sind mit örtlichen Bürgerbeteiligungen nicht zu lösen. Das Rheinland ist eine wachsende Metropole, anders als das Ruhrgebiet. Nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung, dem Landschaftsverband Rheinland und den rheinischen Kommunen können die sozialen und wirtschaftlichen Probleme gelöst werden.

Folgende Probleme müssen angefasst und langfristig gelöst werden:

Verkehrspolitik: Der Ausbau der Binnenhäfen ist unumgänglich, damit die steigenden Verkehre überhaupt bewältigt

werden können. Der Ausbau des Godorfer Hafens ist bis heute in Köln umstritten. Die Kommunen im Umland befürworten einen Ausbau. Derzeit wird ein Logistikgutachten erstellt. Die Hafengesellschaften Köln und Düsseldorf sind inzwischen in einem Fusionsprozess.

Der Kölner Flughafen ist der einzige bundesdeute Flughafen, der kein Nachtflugverbot für Frachtflugzeuge hat. Das führt zu ständigen Auseinandersetzungen – ob mit einer CDU- oder SPD geführten Landesregierung. Die Bedeutung Flughafens ist groß, eine Zusammenarbeit der Flughäfen Düsseldorf und Köln ist vor Jahren gescheitert, eine Kooperation nicht absehbar.

Die Sanierung der Autobahnbrücke in Leverkusen hat in den letzten Wochen zu einem Verkehrschaos im Kölner Raum geführt. Inzwischen wird immer deutlicher, dass ein gewaltiges Sanierungsprogramm für die (Rhein-)Brücken ansteht. Seit Jahren ist dieses Problem eigentlich bekannt. Der Schwerlastverkehr nimmt ständig zu, die LKWs werden immer größer und schwerer.

Chemiegürtel: In der Region Köln gibt es zahlreiche Chemiebetriebe, teilweise auf Kölner Grund oder auch im Umland angesiedelt. Seit einigen Monaten ist bekannt, dass bei der Shell-Raffinerie zwischen Köln und Bonn ein riesiger unterirdischer Kerosin-See entstanden ist, der das als Trinkwasser genutzte Grundwasser bedroht. Die Kölner Feuerwehr berichtet, dass die größten Gefahren von den Chemiebetrieben im Kölner Raum ausgehen. Faktisch sind der Feuerwehr die Hände gebunden.

Wohnraum: Köln wächst und hat zu wenig Wohnraum. Im letzten Jahr sind nur 210 geförderte Wohnungen gebaut worden. Die Mieten steigen. Es gibt Untersuchungen zu zwei

► Kölner Stadtteilen, die zu dem Ergebnis kommen, dass faktisch Gentrifizierung stattfindet, aber die Leute aus den Stadtteilen nicht wegziehen, weil es auch woanders keine preisgünstigeren Wohnungen gibt.

Köln hat ein ernsthaftes Flächenproblem. Faktisch fehlen ca. 100 ha Flächen, um Wohnungen zu bauen. Nachverdichtung und höhere Geschossigkeit werden die Probleme nicht lösen. Faktisch würde ein regionales Flächenmanagement benötigt, um die Wohnungsprobleme im Rheinland in den Griff zu bekommen. Die Umlandkommunen weigern sich, Wohnungen in großen Umfang zu bauen, weil sie die hohen Kosten für die Infrastruktur nicht ausgeben wollen.

Der Vorschlag der NRW-Gesundheitsministerin, Räumlichkeiten für Alten-Wohngemeinschaften zur Verfügung zu stellen, wäre eine Möglichkeit, vom Landschaftsverband Rheinland aktiv zu werden und solchen Wohnraum zu bauen.

Kultur: Knappe kommunale Haushalte führen zu Überlegungen, im Bereich Kultur zu fusionieren. Es gibt z.B. seit vielen Jahren eine Kooperation der Opern Düsseldorf und Duisburg. Diese Diskussion zu beginnen, ist aber kompliziert. Eine Fusion der Opern Köln und Bonn ist gerade zerredet worden. Faktisch bräuchte man eine regionale- bzw.

landesweite Kulturförderpolitik. Köln hat als Metropole zahlreiche Kultureinrichtungen, die die Stadt gar nicht finanzieren kann, zumal Köln auch nicht die Landeshauptstadt ist. Der Landschaftsverband Rheinland will die Archäologische Zone in Köln betreiben. Das wäre ein erster Schritt in eine richtige Finanzierung, an denen sich dadurch faktisch auch die Umlandkommunen beteiligen.

Sparkasse und Stadtwerke: In nächster Zeit laufen zahlreiche Konzessionsverträge im Energiebereich aus. Starke Stadtwerke und Sparkassen sind für die Region von großen Vorteil. Oft interessiert sich die Gemeinde aber nur für kurzfristige Vorteile und nicht für eine langfristige Zusammenarbeit. Der Kölner Stadtwerke-Konzern geht dieses Thema an, ohne großen Lärm, und sucht die Kooperation.

Die Strukturprobleme sind vielfältig und beeinflussen das Leben der Menschen im Rheinland erheblich. Eigentlich wäre eine Regionalstruktur etwa auf Regierungsbezirksebene notwendig. Die Region des Landschaftsverbandes Rheinland (Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln) ist zu groß, sie hat mit einer Bevölkerung von mehr als 12,5 Millionen Einwohnern mehr als z.B. Hessen. Selbst der Regierungsbezirk Köln hat mit 4,4 Millionen Einwohnern noch mehr als das Bundesland Rheinland-Pfalz. □

Bayern/München: Die Wachstumslokomotive zieht nicht mehr. Von Brigitte Wolf

Die Marktkräfte lösen den Gegensatz von Boom-Regionen und schrumpfenden Räumen nicht. Politische Bewegungen/ Institutionen können Kooperation und Kommunikation zum Tragen bringen. Die alte Idee der „Münchner Mischung“, ein moderiertes Nebeneinander von Gewerbe-, Kultur- und Lebenswelt bietet einen interessanten Anhaltspunkt.

Im der Region München geht eine langdauernde Phase der Siedlungsentwicklung, die durch die Herausbildung der Stadt als Zentrum von Industrie, Kultur und Verwaltungsmacht gekennzeichnet war, über in die Entstehung von Metropolregionen, die sich in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft aufeinander beziehen.

Dieser Strukturwandel kollidiert mit den Verwaltungsgrenzen. Einerseits ist München bereits zu groß für die unmittelbare Beteiligung der Bürgerschaft. Es gibt zwar nachgeordnete Stadtbezirke, aber diese können nicht eigenständig planen. Andererseits funktioniert die Abgrenzung zum „Umland“ nicht mehr. Insbesondere der Arbeits- und Wohnungsmarkt und Anforderungen an die Mobilität stellen Raumzusammenhänge her, die gar keiner politischen Struktur zuzuordnen sind. Die „Planungsregionen“ passen teilweise nicht und sind im Bewusstsein der Öffentlichkeit nicht präsent.

Für die wirtschaftliche Entwicklung sind auch technische Schnittstellen zur Welt bedeutsam, sie werden vom Freistaat bereit gestellt. Die Planung derartiger Netzwerke – Mobilität, Kommunikation, internationaler Austausch durch Kunst, Kultur und Sport – benötigt eine Zukunftsvorstellung. In Bayern wirksam ist die Idee der Zentralität, d.h. der Ballung all dieser Einrichtungen in einem Zentrum, in dem große Fühlungsvorteile erreicht werden, und das die Beziehungen zur „übrigen Welt“ vermittelt.

Die Ballung als Lokomotive funktioniert jedoch nicht mehr. Sie führt im Zentrum zu einer Entwicklung der Bodenpreise, die durch Rückwirkung auf die Mieten den Zusammenhang von Arbeit und Leben zerstört. In München können sich nicht einmal mehr Haushalte mit mittlerem Einkommen halten. Die Produktivkraft der Ballung, die sich daraus ergibt, dass alle Faktoren nebeneinander vorliegen und sich neu kombinieren können, schwindet. Ein

Zeichen dafür ist der Schrei nach Quartieren für „Kreative“, wirksam wird aber auch der Kulturverlust, den die Abwanderung gewerblicher Wirtschaft und entsprechender Arbeitskräfte bedeutet. Letzten Endes verliert der Metropolkern seinen Vorbildcharakter, er liefert nicht mehr die „Muster“ wirtschaftlicher Entwicklung. Bayern kann nicht München werden.

Ansätze linker Politik:

1) Die Internationalisierung des Arbeitsmarktes erfordert eine kulturelle Antwort. Unterschiede im Lebensstil brauchen nicht nur Duldung, sondern öffentliche Anerkennung und Aufmerksamkeit. Interkulturelle Solidarität und Garantien für Menschenrechte werden zur Überlebensfrage gesellschaftlicher Entwicklung.

2) Linke Politik kann an den Planungskonzepten auf Landes- und Bundesebene nicht vorbeigehen, sie benötigt ein eigenes Leitbild: Bayern muss sich im Weltmaßstab als mittlere Wirtschaftsregion verstehen und begreifen, dass alles auf die Pflege nachbarschaftlicher Beziehungen ankommt. Es ergeben sich Möglichkeiten der Kooperation besonders aus der Kombination von Technik / Wissenschaft / Wirtschaft, die Bayern mit seinen nahen Nachbarn arbeitsteilig angehen kann.

3) Siedlungsformen, die sich im Zentrum der Ballung entwickeln, können nicht einfach über das Land gestülpt werden. Unterschiede müssen bestehen bleiben und sogar herausgearbeitet werden. Zum Beispiel ist die Kombination von Haus-Hof-Garten, umgeben von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen, nicht einfach veraltet. Leben im ländlichen Raum bedeutet auch Leben in Nachbarschaftsbeziehungen, die Entwicklung modernster Formen der politischen Teilhabe zulässt (Beispiel Weyarn, Bürgerbeteiligung). Die Siedlung im ländlichen Raum ist modernisierungsfähig, vor allem gestützt auf leistungsfähige Kommunikationseinrichtungen.

4) Für die demokratische Strukturierung in den Stadtquartieren sind gelingende Modelle von Teilhabe im ländlichen Raum instruktiv.

Die Position der Bezirksausschüsse zur Stadtverwaltung und der Bürgerschaft zu Angelegenheiten des Stadtbezirks kann eine Neujustierung vertragen. □

Warum Wirtschaftsgeografie? Warum mit Systemtheorie? Von Martin Fochler

Die sozialen Gegensätze, die kulturellen Differenzen, der Kampf um die Bestimmung der Politik schaffen eigene Felder der Auseinandersetzung. Beim Studium dieser Felder kommt die Tatsache der Platzierung relevanter Faktoren im geografischen Raum nicht leicht ins Blickfeld. Ob von Natur gegeben oder durch menschliche Intervention bereitgestellt, einmal vorhanden schaffen diese Gegebenheiten (beispielsweise Straßen, Brücken, Häfen, Flughäfen, Wissenschaftsstandorte) höchste wirksame Einflussfelder, die Reformpolitik ausleuchten muss.

In antiken Werken der Staatskunst⁽¹⁾ wird die Situierung einer Siedlung in Landschaftsraum und Spannungsfeld politischer Herrschaftsräume oft ausgiebig erörtert, eigentlich stets unter dem Aspekt von Gründung einer Stadt oder Neugründung einer Kolonie. In der Moderne rückt diese Art der Betrachtung in den Hintergrund; schon weil geografischer Raum politisch zugeordnet ist und die Städte gegründet sind. Während es in der Antike, im alten Griechenland wie später in Rom, immer um die Stadt, um ihre Lage und ihre Ansprüche im Erdkreis geht, fällt heute der Blick auf die Lage und die Vorhaben von Wirtschaftsobjekten, die arbeitsteilig miteinander verbunden sind, aber individuell bilanzieren. Ob Unternehmen, Staatshaushalte oder Private, sie alle ziehen bei der Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Situation einen Strich zwischen drinnen und draußen, zwischen der Firma und der übrigen Welt, von der Forderungen einzuziehen und an die Schulden zu begleichen sind. Diese klare Trennung führt zu klaren Zuständigkeiten, zur Kommunikation per Zahlung und Vertrag.

Die Grenzen dieser Betrachtungsweise zeigen sich den Unternehmen, wenn es um die Platzierung einer Neugründung geht und die Frage nach dem Standort der Unternehmung auftaucht. Sie zeigt sich der öffentlichen Hand, wenn es um die Bereitstellung von Infrastruktur geht, die das physische Ineinandergreifen der Produktionsabteilungen und -faktoren betrifft.

Die Methoden zur Bestimmung des „Standorts der Unternehmung“ bilden einen eigenen Zweig der Volkswirtschaftslehre. Im deutschen Sprachraum beginnt die Diskussion mit Johann Heinrich v. Thünen (1783 bis 1850)⁽²⁾ und endet nicht mit Herbert Giersch (1921 bis 2010). Überlegungen zur Wahl des Standorts interessieren sich für die vorgefundene Welt vor allem als Bedingung ihres eigenen Wirtschaftens. Der eigene Betrieb ist ihr Operationsfeld, (wenn auch in der Praxis lebhaft versucht wird, die „übrige Welt“ zur Bereitstellung von Vorteilen zu veranlassen).

Die Bereitstellung von Strukturen, die der Privatwirtschaft arbeitsteiliges Arbeiten erst ermöglichen, ist klassische Aufgabe des Staatswesens, bei der sich die Gewährleistung von rechtlicher Sicherheit mit der Bereitstellung technischer Einrichtungen verbinden, in diesem doppelten Sinne muss eine Straße oder Brücke „sicher“ sein.

Das entstehende Netzwerk der Kommunikations- und Verkehrswege stellt sich als eine Dimension des Wirtschaftsraums dar. In dieser Dimension sind die Wirtschaftsobjekte nicht nur durch das Netzwerk der Zahlungsverprechen miteinander verbunden, ihre physische Platzierung wird bedeutsam.

Aus der Perspektive der öffentlichen Hand ließe sich der Wirtschaftsraum auf eine Liste von Steuerpflichtigen reduzieren, aber bereits hier treffen sich das Rechtliche und das Physische. Der Standort der Unternehmung und der Wohnsitz einer Privatperson lassen sich auf der Landkarte markieren. Sie haften nicht nur an der Person, sondern auch am geografischen bestimmten Ort.

Im modernen Territorialstaat entspricht dem geografisch-physischen Raum der politische Raum, das Hoheitsgebiet. In der arbeitsteiligen Privatwirtschaft fällt dem Staat die Aufgabe zu, diesen Raum zu strukturieren. Der Staatsebenen lassen sich dabei von Wohlfahrts- und Entwicklungsvorstellungen leiten, für die letztlich die Wirkung der Maßnahme auf das Steueraufkommen eine interne Orientierung gibt, während die Legitimation der Staatspolitik auf dem Wege von Wahlen einen Steuerungsimpuls aus der Außenwelt liefert.

In der Praxis kommt es darauf an, dass die vorgeleistete Infrastruktur „angenommen“ wird, funktioniert, wirtschaftliche Effekte und erwünschte Wohlfahrtseffekte auslöst. Damit es klappt, müssen die Strukturierungsentscheidungen der öffentlichen Hand dazu passende Entscheide der Standortwahl auslösen. In diesem Ineinandergreifen liegen viele Möglichkeiten des Misslingens. Große Fehlentscheidungen („autogerechte Stadt“, „Trabantenstädte“, krasse Funktionsteilung Leben / Arbeit) sind bekannt, breit diskutiert wird der Umweltverbrauch. Das gelingende Ineinandergreifen begünstigt die Entstehung neuer Kombinationen (im Sinne Schumpeters). Struktur und Standortwahl entwickeln eine Dynamik, die weder vom Standpunkt des privaten Wirtschaftsobjekts aus erschlossen werden kann noch vom Standpunkt der planenden, Infrastruktur bereitstellenden Verwaltung.

Die vor allem analysierende und beschreibende Methodik der Wirtschaftsgeografie bietet eine Chance, diese dynamischen Prozesse zu begreifen, der Systembegriff der hier zur Anwendung gebracht werden kann, umschließt die Faktoren freie Wahl Privater, legitimierte staatliches Planen und natürlich-physische Gegebenheiten.

Ein Blick in die Arbeitsunterlagen der Kreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke, Bundesländer, der BRD und Europas macht uns deutlich, welch ungeheure Masse an Struktur hier betreut und planend fortentwickelt wird. Deutlich wird, dass die Einwirkung der Öffentlichkeit auf diese Prozesse auf dem Wege der Übertragung von Kompetenz durch Wahlen nicht ausreicht. Die Planung benötigt eine Umgebung aufgeklärter Öffentlichkeit, der Risiken und Nebenwirkungen der Regional- und Landesentwicklung nicht entgehen und die für Entwicklungschancen nicht blind ist.

Im Sommer wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Kurs Wirtschaft der ArGe und dem Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. versuchen, dem Thema in Auseinandersetzung mit der Einbettung der Metropolregion München in der – ironisch – „übrigen Welt“ näherzukommen.

Zum Einstieg in die Materie eignet sich: Dr. Wiegand Ritter, Allgemeine Wirtschaftsgeografie. Eine systemtheoretisch orientierte Einführung, R. Oldenburg Verlag München Wien, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, 1998. ISBN 3-486-24698-4. Das vergriffene Werk ist im Antiquariatshandel günstig zu haben.

- (1) Marcus Tullius Cicero, Über den Staat, Reclam 7479, Stuttgart 1993, 2. Buch, Ausführungen des Scipio zur Lage Roms mit Verbindung zum aber in sicherer Entfernung vom Meer.
- (2) Johann Heinrich v. Thünen, Stichwort „Thünensche Ringe oder Kreise“, siehe auch http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Heinrich_von_Th%C3%BCnen#Die_Th.C3.BCnenschen_Ringe
- (3) Herbert Giersch, namentlich in Allgemeine Wirtschaftspolitik II. Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft, Gabler 1983, ISBN 3409602321. Sie auch Wiki Eintrag http://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Giersch.



»Wenn die Linke wieder ernst genommen werden will, muss sie ihre Stimme finden. Grund für Empörung gibt es genug – wachsende Einkommensdisparitäten, mangelnde Bildungschancen, soziale Benachteiligung, wirtschaftliche Ausbeutung im In- und Ausland, Korruption und Geld und Privilegien verstopfen die Arterien der Demokratie. Aber es reicht nicht mehr, die Mängel des ‚Systems‘ anzuprangern und dann die Hände in den Schoß zu legen. (...)

Wir sind in ein Zeitalter der Unsicherheit eingetreten – wirtschaftliche Unsicherheit, physische Unsicherheit, politische Unsicherheit. (...) Die Menschen werden auf die Ressourcen des Staates zurückgeworfen sein. Schutzsuchend werden sie sich an die Politik wenden. (...) Die Alternative lautet dann nicht mehr Staat oder Marktwirtschaft, sondern dieser oder jener Staat. Wir müssen daher die Rolle des Staates neu definieren.«

Tony Judt

I. DIE LINKE, ihre soziale Kompetenz und die Probleme der gefährdeten Regionen

Die Entwicklung einer parteipolitisch eigenständig organisierten demokratischen, sozialistischen Linken in der Bundesrepublik reicht mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert zurück. Sie hat ihre Stärke stets daraus bezogen, dass sie sich uneingeschränkt den brennenden sozialen Fragen gestellt, Partei für die Benachteiligten ergriffen, entsprechende politische Vorschläge unterbreitet und – wo immer möglich – in Ländern und Kommunen auch wirksam in praktische politische Gestaltung eingebracht hat.

Seit sich im Zuge der deutschen Vereinigung zunächst in Ostdeutschland die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) herausgebildet hatte, spielten in den 1990er Jahren regional besonders ausgeprägte soziale Fragen und Härten eine zentrale Rolle: die Folgen des Zusammenbruchs der DDR, des Kollapses der ostdeutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Vereinigungspolitik der Regierung Kohl und der falsch ausgerichteten Treuhandpolitik, der verbreiteten Massenerwerbslosigkeit und der fehlenden Chancen für alle Generationen, des für den Osten eingeführten Sonderrechts und des Missbrauchs des Ostens als neoliberalen Experimentierfeld, das Ausbleiben einer selbsttragenden Entwicklung in den ostdeutschen Ländern. Die PDS war zugleich die Partei, die ein spezifisches gesellschaftliches Wertegefüge aufgriff und zur Geltung brachte – ein egalitär geprägtes Wertegefüge, in dem soziale Gerechtigkeit eine bestimmende Rolle spielte und spielt.

Mehr und mehr Menschen wandten sich im Osten der PDS zu. Sie spielte eine zunehmend anerkannte Rolle in der Zivilgesellschaft und als Widerpart gegen die fehlgeleitete Transformationspolitik im Osten. Ihre Landtags- und Kommunalfraktionen erstarkten, und bei der Bundestagswahl 1998 schaffte sie aus eigener Kraft den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.

Die Partei sammelte zunächst Tolerierungs-, dann Regierungserfahrung in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und schließlich Brandenburg. Bereits Mitte der 1990er Jahre waren aus ihren Reihen und ihrem Umfeld rund 6.000 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie 130 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tätig.

Nach der Jahrtausendwende – die Kohlsche Vereinigungspolitik war (auch gemessen an ihren eigenen Versprechen) gescheitert – schufen bis Mitte des ersten Jahrzehnts die Schröder-Münchener-Reformen mit den Hartz-Paketen und der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters eine grundsätzlich veränderte Realität für ganz Deutschland. Der Sozialstaat wurde radikal um- und teilweise abgebaut. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung von Hartz IV, die Renten-Reform und die Rente erst mit 67, die Veränderungen im Gesundheitswesen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes zugunsten von Leiharbeit und Niedrigstlöhnen, die Entfesselung des Finanzkapitalismus auch in Deutschland – all dies brachte für mehr und mehr Menschen ernste Einschnitte und eine tiefe Zäsur in ihrem Verhältnis zu Staat und Gemeinwesen.

In dieser Situation formierte sich die Linke in Deutschland neu. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft, engagierte Bürgerinnen und Bürger fanden sich in der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zusammen und machten sich gemeinsam mit der PDS daran, eine neue demokratische Linkspartei zu bilden. DIE LINKE schlug Wurzeln auch in den westdeutschen Bundesländern, zog in die Kommunalparlamente und in sieben westdeutsche Landtage ein. In Hessen scheiterte eine rot-rot-grüne Alternative zur schwarz-gelben Landesregierung nur knapp an einigen wenigen rechten Sozialdemokraten. Auch im Osten erlebte die Linke einen beträchtlichen Aufschwung. In Schwerin stellte sie erstmals die Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt. 2005 und 2009 zog die neue Formation mit Rekordergebnissen in den Bundestag ein. Der Protest gegen eine Politik, die Hand an den Sozialstaat legte, hatte eine mächtige politische Stimme gewonnen – das Versprechen einer neuen sozialen Idee große Erwartungen geweckt.

Und in der Tat: Eine neue soziale Idee steht auf der Tagesordnung unseres Landes. Das soziale Grundversprechen der alten Bundesrepublik ist aufgekündigt worden. An die Stelle des korporativ organisierten Interessenausgleichs der alten Bundesrepublik trat das neoliberal fundierte Prinzip

der wachsenden Ungleichheit. Die herrschende Politik fand sich mit der Bedrohung der Mittelschichten und der Existenz einer (wachsenden) Unterschicht nicht nur ab, sondern verstetigte und verschärfte diese Situation noch. Der wirtschaftliche Strukturwandel vollzieht sich zunehmend als Wildwuchs. Ökonomischer und technologischer Fortschritt in der großen Industrie geht immer weniger mit sozialem Fortschritt einher. Produktionsstandorte werden an Orte mit sozialen Niedrigstandards verlagert. Sie hinterlassen hierzulande Globalisierungsverlierer, für die die derzeit herrschende Politik keine Perspektive anzubieten vermag – bestenfalls Alimentierung auf niedrigstem Niveau.

Ein zunehmendes Gefälle bildete sich nicht nur zwischen sozialen Schichten, sondern auch zwischen ganzen Regionen überall in Deutschland heraus, und es verstärkt sich weiter. Aufstieg und Wachstum bei den einen gehen damit einher, dass die anderen abgehängt werden. Das gilt für das ganze Land. Auch Ostdeutschland ist mittlerweile nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion Deutschlands, sondern zu einem Flickenteppich von Regionen mit prekärem Status und Gebieten mit Zukunftschancen geworden. Zugleich bilden sich vergleichbar prekäre Regionen im Westen heraus. Das nördliche Ruhrgebiet etwa, der Raum Bremen/Bremerhaven, Teile Schleswig-Holsteins, das bayerisch-tschechische Grenzgebiet, das Saarland und Teile von Rheinland-Pfalz sind davon bedroht. Differenzen wie etwa das Einkommensgefälle von durchschnittlich 20 Prozent, die bisher als Ausweis der Ost-West-Differenz galten, finden sich mittlerweile in dieser Größenordnung auch zwischen dem Norden und dem Süden Westdeutschlands. Einen vergleichbaren Einkommensunterschied gibt es in Ost und West, Nord und Süd auch zwischen Männern und Frauen. Das macht die Sache nicht besser, aber es macht deutlich: Wichtige soziale Differenzen sind nicht mehr allein vor dem Ost-West-Hintergrund zu erfassen und zu bearbeiten.

Diese Probleme liegen durchaus offen zu Tage und werden auch politisch angesprochen – sei es von Bürgermeistern im Ruhrgebiet, vom neuen niedersächsischen Ministerpräsidenten Weil im zurückliegenden Landtagswahlkampf, sogar von der Bundeskanzlerin. Nicht nur durch die 2008 offen ausgebrochene Weltfinanzkrise ist das neoliberale Paradigma angeschlagen. Der britisch-amerikanische Historiker Tony Judt hat der Rückbesinnung auf einen starken, handlungsfähigen demokratischen Staat in den Ländern des Westens mit seinem literarischen Vermächtnis eine starke Stimme gegeben. Die politische Debatte beginnt inzwischen, sich auf die Vorteile egalitärer Gesellschaften zu besinnen. Soziale Ungleichheit wird zunehmend als gesellschaftliche Entwicklungsblockade mit hohen sozialen und ökonomischen Kosten erkannt.

DIE LINKE hat das Wissen um all diese Dinge nicht exklusiv. Was sie aber hat, ist ein Erfahrungs- und Kompetenzvorsprung im Umgang mit sozialen und regionalen Ungleichheiten. Man weiß das von uns. Die Entwicklung einer neuen Partei – auch unserer – verläuft nicht frei von Fehlern, Rückschlägen und auch Phasen der Stagnation. Erfolge können Selbstzufriedenheit nähren, innerparteiliche Emanzipationsprozesse und programmatische Impulse stoßen auf Unsicherheiten. Sie wecken Furcht vor dem Verlust von Erkennbarkeit und vor dem Misserfolg des noch nicht Erprobten. Doch eine Partei in Stagnation und inneren Abwehrkämpfen verliert an äußerer Zustimmung. Die Stagnation mündet in Niederlagen. Niederlagen führen zu der Neigung,

sich auf vertrautes Terrain und auf frühere Erfolgskonzepte zu besinnen. Selbstvergewisserung ist notwendig. Doch die Antworten auf die Herausforderungen von heute liegen vor uns, nicht hinter uns. Weder die PDS der 1990er Jahre noch die Linkspartei.PDS des Jahres 2005 taugen als Blaupause für DIE LINKE, wie sie für dieses Jahrzehnt und für die Zukunft gebraucht wird.

Unsere neue soziale Idee gewinnt Konturen. Sie zielt auf Sicherheit in einem Zeitalter der Unsicherheiten – auf die Sicherheit, dass Umbrüche im Leben nicht in dauerhaften Abstürzen enden. Niemand soll dazu verurteilt sein, sein Leben auf der Ebene niedrigster sozialer Alimentierung zu verbringen. Niemand soll dazu verurteilt sein, wegen seines Geburts- oder Lebensortes von Teilhabe, Wohlstand und Selbstverwirklichung ausgeschlossen zu sein. Weder Menschen noch Regionen dürfen dauerhaft abgehängt und aufgegeben werden. Dazu braucht es Ressourcen, dazu braucht es Geld. Doch insbesondere die Erfahrungen Ostdeutschlands zeigen: Auch viel Geld allein reicht nicht. Nötig ist vor allem eine tatkräftige Politik, die Chancen eröffnet, die Perspektiven schafft.

In und mit Ostdeutschland haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Probleme prekärer Regionen gerade nicht durch Sonderrecht, durch sanktionierte Benachteiligung, durch die Schaffung von Sündenböcken u. ä. zu lösen sind. So etwas darf es für Regionen, die jetzt Gefahr laufen, prekär zu werden, nicht geben – und für Ostdeutschland müssen diese Regelungen aufgehoben beziehungsweise so weit als möglich zurückgefahren werden. Das betrifft vor allem die Angleichung der Ost- an die West-Renten. Mitnehmen – nicht ausgrenzen! Das muss der erste Anspruch einer sozial verantwortlichen Politik für prekäre Regionen sein.

Aus sozialer Verantwortung sagen wir auch: Wer sich jetzt, wie der thüringische Wirtschaftsminister Machnig, mit der Forderung nach zusätzlich 1000 Mrd. € für den Osten bis zum Jahr 2030 ins Gespräch bringt, der versteckt die Herausforderungen der ost- und westdeutschen Krisenregionen mehr, als dass er zu ihrer Bewältigung beiträgt. Heutzutage sind statt dem Ruf nach der hohen Zahl viel eher differenzierte Vorstellungen für Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik etc. auf Landes- und Bundesebene gefragt. Es mag dabei um auch kleinteilige und behutsame Ansätze gehen – und doch braucht die damit verbundene Politik Richtung und Strategie: den sozial-ökologischen Umbau.

Wir wollen auf eine nachhaltige, sozial und ökologisch geprägte gesellschaftliche Entwicklung einschwenken. Diese Perspektive braucht eine andere ökonomische Basis als die Dominanz der Finanzwirtschaft. Deutschland ist in der Krise auch deswegen nicht ganz so massiv erschüttert worden, weil hier der Industrie-Besatz deutlich stärker ist als in anderen entwickelten westlichen Ländern. Das ist eine wichtige Lehre. Realwirtschaftliche Wertschöpfung muss funktionieren – sie ist auch die entscheidende Voraussetzung für eine sozial gerechtere Verteilung. Allerdings wurde die diesbezügliche Politik hierzulande in den vergangenen 15 bis 20 Jahren nicht so ausgerichtet, wie es nötig gewesen wäre. Gravierende Veränderungen in Technologie und Arbeitswelt sind aufzuarbeiten. Es werden Korrekturen vorzunehmen sein, Blockaden sind zu lösen und neue Entwicklungen müssen eingeleitet werden.

II. Schritte für eine sozial-ökologische Strukturentwicklungspolitik der Regionen

Wir als ostdeutsche LINKE, als sozialistisch-ökologische Partei, unsere Repräsentanten und Mitglieder, haben in den zurückliegenden Jahren in verschiedenen gesellschaftlichen und parlamentarischen Konstellationen an vielen Einstiegsprojekten in die sozial-ökologische und demokratische Modernisierung der Gesellschaft mitgewirkt. Die Mitglieder der Partei sind hier den schwierigen Weg gegangen – ausgehend von der politischen Vision über klare Konzepte hin zu Fallbeispielen des Lebensalltags. Natürlich hat nicht alles funktioniert, denn auch wir sind Suchende. Doch haben wir viele wertvolle Erfahrungen in politischen Auseinandersetzungen gesammelt, von denen wir überzeugt sind, dass sie Referenzprojekte auch für andere Regionen im Wandel in Deutschland und Europa aufzeigen. Unserer Ansicht nach geht es in den vor uns liegenden zehn Jahren um folgende zentrale Schritte:

1. Sozial-ökologische Innovation fördern, nachhaltige Wirtschaftspolitik gestalten

Die Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, Anreize und Rahmenbedingungen für eine ressourceneffiziente Produktionsweise, für den Aufbau einer neuen (und den zukunftsorientierten Umbau der noch vorhandenen) Industrie zu setzen. Die Orientierung auf Ressourcen- und Energieeffizienz ermöglicht den technologischen Umbau bestehender wie auch den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten. Schlüsselemente dafür sind Forschung, Entwicklung, Technologietransfer, Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft. Nachhaltige Strukturentwicklung orientiert nicht auf die Finanzierung „verlängerter Werkbänke“ in strukturschwachen Regionen, sondern auf die Etablierung von Forschung und Entwicklung und der Implementierung sozial-ökologischer Innovation als industrieller Basis der Regionalentwicklung. In klar definierten Bereichen sollte Forschung besonders gefördert werden – nicht nur durch Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen, sondern bis hin zur Steuerbefreiung. Der Brandenburgische Plan ProIndustrie ist hier ein LINKE-Referenzprojekt, das – ähnlich wie der Berliner Industriedialog 2001-2011 – auf die Verbindung von Forschung, Entwicklung und Produktion in eigenständigen Wertschöpfungsketten angelegt ist.

Für den Einsatz öffentlicher Mittel bilden sich neue Maßstäbe heraus. Neben engen betriebswirtschaftlichen Effekten und der Entwicklung industrieller Potenziale rücken soziale und Innovationskriterien immer stärker in den Fokus. Schon jetzt wird der Einsatz öffentlicher Mittel in Politik und Öffentlichkeit mit einer anderen Sensibilität als vor zehn Jahren debattiert. In einigen Ländern – u.a. in Brandenburg – hat dieser Umbau bereits begonnen. Auch in Berlin wurde unter Rot-Rot auf die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei Förderpolitik und Auftragsvergabe gesetzt. Die Brandenburgische Innovationsstrategie, der Umbau der Förderarchitektur und die Entwicklung und Förderung einer industriellen Basis in der Region stehen im Mittelpunkt der rot-roten Wirtschaftspolitik in Potsdam.

Schwerpunkte sind dabei nicht nur ein Wachstumsprogramm für Kleinunternehmen sowie die Förderung strukturbestimmender Unternehmen, sondern gleichermaßen

die Steigerung von Effizienz und der sparsame Umgang mit Ressourcen sowie die Schaffung neuer, guter, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze. Fördermittel werden an Tarifbindung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekoppelt. Leiharbeit wird bekämpft: Bei einem Beschäftigten-Anteil von mehr als zehn Prozent gibt es nur noch beschränkte Investitionsförderung, bei einer Quote von mehr als 30 Prozent fällt die Förderung komplett weg. Zudem geht es um Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit und zur Einbindung von Kreativität und Engagement der Mitarbeiter/innen.

Die kleinen und mittelständischen Betriebe (KMU) gelten in Deutschland zu Recht als Rückgrat der Wirtschaftskraft, von Beschäftigung und Wertschöpfung. Doch ihnen fehlt nicht nur allgemein Kapital für Investitionen. Wegen ihrer Kapitalchwäche erfüllen sie auch nicht die geltenden Vorbedingungen für die Fördermittelvergabe. Das Problem wird sich mit Basel III sogar noch verschärfen. Ein sozial-ökologischer Umbau aber kommt so nicht in Gang. Unumgänglich sind öffentliche Programme, mit deren Hilfe die Eigenkapitalbasis der KMU auf die Höhe der Herausforderungen gebracht werden kann. Als LINKE-Referenzprojekt kann hier auf die Programme zur Eigenkapitalstärkung in Brandenburg verwiesen werden.

2. Sozial gerechte Energiewende

DIE LINKE verpflichtet sich mit ihrer Strategie des sozial-ökologischen Umbaus auf die Umsetzung einer Energiewende, die vor allem sozial ausgestaltet und mit einem Zugewinn an Gerechtigkeit und Demokratie umgesetzt wird. Die soziale Dimension dieser Energiewende bleibt unser Markenzeichen. Hiermit verbindet sich der Schritt zu einer sozial-ökologischen Transformation.

Die Energiewende kann gesellschaftlicher und technologischer Innovationstreiber sein. Sie wird es aber nur dann sein können, wenn klar ist, dass der Umbau der Energieträgerstruktur mit dem Umbau der Gesellschaft und ihrer Wertestruktur einhergehen muss. Was es bedeutet und was es voraussetzt, jederzeit beliebig viel Energie zur Verfügung zu haben, rückt erst allmählich ins Bewusstsein. Der Umbau muss sich von politischen Kriterien wie Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Akzeptanz und Beteiligung leiten lassen. Es geht darum, die fossilen und nuklearen Energieträger überflüssig zu machen, die Systemintegration der Erneuerbaren Energien zu erreichen und das Versorgungssystem umzubauen. Die Brandenburger Energiestrategie 2030 verfolgt dieses Ziel genauso wie die „Berliner Linie“ des damaligen LINKE-Wirtschaftssenators in Berlin 2010, die allerdings inzwischen vom rot-schwarzen Senat aufgegeben wurde. Mit der Beförderung, Unterstützung und parlamentarischen Flankierung des gegenwärtig in der 2. Stufe befindlichen Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“ betreibt DIE LINKE. Berlin dieses Engagement jetzt aus der Opposition heraus weiter. Es geht darum, die Erzeugungs- und Versorgungsinfrastruktur auf die Herausforderungen der Zukunft – dezentrale, regenerative Erzeugung und Nutzung von Energie – umzustellen, wozu die Energiekonzerne als Dinosaurier der Großerzeugung und -verteilung nicht in der Lage sind.

Die Energiewende muss sozial verträglich organisiert werden. Wir plädieren hier für die Abschaffung der Stromsteuer, für verbindliche Sozialtarife, für eine bundesweit einheitliche Umlage der Netzausbaukosten und für den Abbau der Privilegierung großer Unternehmen bei Strompreisbestandteilen. Im nächsten Schritt wird es nicht nur um die Versorgung von Haushalten und Wirtschaft mit Elektroenergie aus der Steckdose, sondern um die Konvergenz von Wärme und Strom, um eine andere energetische Basis auch für Mobilität gehen.

Energiewende wie sozial-ökologischer Umbau insgesamt schaffen eine andere Lebenswirklichkeit. Ohne Akzeptanz und Beteiligung wird die Gesellschaft, werden die Betroffenen diesen Weg nicht gehen, das zeigen alle Erfahrungen mit derartigen Umbauprojekten. Wir stehen vor ganz neuen Herausforderungen an die Demokratie und die politische Kommunikation, an das Planungsrecht und den Rechtsstaat, an Eigentumsformen und ökonomische Erfolgskriterien. Dezentrale Energieerzeugung und -nutzung können, in Abkehr von multinationalen Oligopolen der Erzeugung und Verteilung, „von unten“ organisiert werden – in Genossenschaften, mit neuen unmittelbaren Beteiligungsformen, angekoppelt an lokale Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungskonzepte. Sie ermöglichen lokale Wertschöpfung und die Entfaltung endogener Potenziale, gerade auch im ländlichen Raum.

3. Dezentralität schafft Potenziale für die Regionalentwicklung

Der vorgeschlagene Umbau bringt die spezifischen Stärken und Potenziale von Regionen in den Blick. Regionale Vielfalt ist gesamtgesellschaftlich in einem kooperativen, solidarischen Miteinander möglich. Energiewende und dezentrale Wertschöpfung stehen in einem inneren Zusammenhang, der nun zur Geltung gebracht werden kann und muss.

Zur politischen Verantwortung gehört es, dafür die Voraussetzungen in der Infrastruktur – von der Verkehrsanbindung bis zum schnellen Internet, von der öffentlichen Daseinsvorsorge bis zu einem attraktiven Lebensumfeld – zu schaffen. Ohne eine physische und virtuelle Vernetzung in der Breite gibt es keine Chance, der „Prekarisierung von Regionen“ entgegenzuwirken. Die Entwicklung solcherart abgehängter Landstriche gleicht einer Abwärtsspirale: Menschen und Investitionskapital „flüchten“, zurück bleibt die Kumulation von Entwicklungshindernissen strukturschwacher Regionen, die wiederum den Abstieg beschleunigt und die Probleme weiter verschärft. Das gilt es zu verhindern.

Politik kann dafür sorgen, dass Räume für Innovationen vorgehalten werden – alle Akteure gemeinsam müssen dafür sorgen, dass daraus auch tatsächlich innovative Räume werden. Komplexe Investitionsstrategien in Kombination harter und weicher Faktoren, in Kombination von öffentlichen Mitteln, privatwirtschaftlichem und bürgerschaftlichem/genossenschaftlichem Engagement werden künftig unausweichlich werden. Klassische Förderung – die quantitativ nicht ausreichen wird – muss ergänzt werden durch eine Strategie, die über rein monetäre Lockmittel und Steuerungsinstrumente hinausgeht. Es geht um einen stimmigen Mix von Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaft und soziokulturellen Faktoren, der Regionen sowohl für wirtschaftliche Vorhaben als auch für die Menschen als Standort und Lebensort attraktiv macht und Potenziale vor Ort freisetzt.

Starke Städte haben Zukunft, starke Städte sichern Zukunft. Als zentrale Orte werden sie mit ihrer sozialen Infrastruktur immer wichtiger. Städte übernehmen Versorgungsfunktionen für das Umland und müssen dementsprechend auch vom Umland unterstützt werden. Für einen solchen Ausbau der interkommunalen Kooperation sind aber auch die notwendigen administrativen und landesplanerischen Voraussetzungen zu schaffen. Umgekehrt müssen Instrumente der horizontalen Solidarität entwickelt und ausgebaut werden, wie das beispielsweise in Brandenburg mit dem Demografie- und Sozialausgleichsfaktor heute schon geschieht.

Zugleich müssen die Kommunen insgesamt gestärkt werden. Auch hier geht es um Dezentralisierung, um Aufgabenverlagerung nach unten. Die kommunale Gemeinschaftsarbeit muss entwickelt und gestützt werden. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu ermöglichen und auszubauen. Rekommunalisierung ist der Weg in die Zukunft, Stadtwerke haben Perspektive. Schon jetzt übernehmen Kommunen wichtige Daseinsvorsorgedienstleistungen zurück in Eigenregie. Gemeinden werden Gesellschafter von Energieunternehmen – wie z. B. bei der WEMAG in Westmecklenburg, bei der Thüga in Thüringen – und Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen. Kommunale Unternehmen werden wieder als wichtige Instrumente regionaler Gestaltungs politik erkannt und genutzt. Das alles setzt voraus, dass in den Ländern keine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Kommunen erfolgt und dass es auf Bundesebene endlich zu einer Reform der kommunalen Finanzausstattung kommt. Vielmehr muss Unterstützung organisiert werden, die auch kleineren Kommunen das Know-How für solche Entwicklungsprojekte verschafft und sie in deren Umsetzung begleitet. Allein sind sie auf sich zurückgeworfen, mit solidarischer Hilfe können sie ihre Potenziale wirklich ausschöpfen.

Verwaltungsstrukturen müssen den Problemlösungen angemessen sein, sie dürfen nicht selber zum Problem werden. Verwaltungs- und Kommunalstrukturen werden der regionalen Differenzierung folgen. Wie sich das vollzieht, kann nicht von oben oktroyiert und schematisch nach Zahlen entschieden werden – es wird auf natürliche Weise wachsen und an Dynamik gewinnen, wenn Politik diesen Prozess nicht behindert, sondern ermöglicht und fördert. In immer dünner besiedelten Räumen wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse künftig nur noch dann gewährleistet werden können, wenn für die Verwaltung, Versorgung und sozialen Dienstleistungen neue Strukturen und Verfahren gefunden werden. Mobile Dienste und digitale Kommunikation sind dafür wichtige Instrumente, verbunden mit der Schaffung von sozialen Ankerpunkten im ländlichen Raum. Sie sollen nicht nur Anlaufpunkte für mobile, soziale und digitale Dienstleistungen sein, sondern auch kommunikative Zentren werden.

Soziale Ankerpunkte brauchen kundiges, oft sicher auch ehrenamtliches Bodenpersonal und engagierte Lotsen vor Ort. Sie sollen keine kalten Verwaltungsstuben sein, sondern Anlaufpunkte für Fürsorge und Unterstützung, für moderne Kommunikation nach außen und traditionelle Kommunikation miteinander. Kultur, Service, Selbstorganisation, Behörden-Guides, eGovernment-Schalter, Rechtsberatung durch Vereine oder Gewerkschaften, mobile Bibliotheken, Hilfe bei der Gesundheitsvorsorge und anderes – das alles kann nicht von einem Landesamt oder einer neuen Abteilung der Kreisverwaltung allein organisiert werden. Andererseits braucht solches Engagement auch Begleitung und Ressourcen.

Soziale Ankerpunkte z.B. könnten über ESF-Mittel gefördert werden.

Von Prekarisierung bedrohte oder schon betroffene Regionen können nicht isoliert gedacht und behandelt werden. Keine Region in Mitteleuropa ist wirklich „Peripherie“ – diese Erkenntnis greift bereits Raum, in den Metropolen wie in den anliegenden Regionen. Räumliche Entwicklungsachsen müssen erkannt und bewusst als Chance genutzt werden. Das stellt neue, hohe Anforderungen an die regionale und interkommunale Kooperation, an die Zusammenarbeit der betroffenen Bundesländer und an die Gestaltung der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn. Auf der anderen Seite sind die Ballungsräume selbst keine Inseln der Glückseligkeit – ihre soziale und ökologische Entwicklung wird mehr und mehr zur Herausforderung. Prekarisierung und Wohlstand sind hier eng beieinander. In den Innenstädten muss der Gentrifizierung entgegengewirkt werden, in den Außenbezirken einer wild wachsenden Zersiedelung, die die infrastrukturelle Versorgung ebenfalls erheblich erschwert und die Abhängigkeit vom Auto unverantwortlich vergrößert.

An Stelle der unsozialen Mietrechtsänderung der schwarz-gelben Koalition muss ein soziales und klimagerechtes Mietrecht Möglichkeiten für Mieterhöhungen deutlich beschränken. Eine Mieterhöhung allein wegen Neuvermietung ist unzulässig. Die Erhöhung der Miete nach Modernisierungen setzt einen Nutzen für die Mieterinnen und Mieter, zum Beispiel Energieeinsparungen, voraus und ist nur für den Abschreibungszeitraum zulässig.

Der Bund muss auch weiterhin Mittel für die (soziale) Wohnraumförderung bereitstellen, und die Länder haben ihren Anteil zu leisten. Beim Wohngeld sind die Heizkosten wieder zu berücksichtigen. Ein guter energetischer Zustand muss ein Kriterium für die Angemessenheit einer Wohnung sein. Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung über die KfW-Bankengruppe sind deutlich aufzustocken und aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen.

Dezentrale Energiewirtschaft, virtuelle Netzwerke, Bildung und Wissenschaft als zunehmend bedeutenderer Innovationsfaktor, der Zusammenhang von Industrieproduktion und Dienstleistungssektor – urbane Zusammenhänge und Ballungsräume sind Zentren wirtschaftlicher und auch sozialer Innovationen mit einer wichtigen Funktion für die sie umgebenden Regionen. Es geht darum, unterschiedliche Regionen mit ihren Schwächen und Stärken, Problemen und endogenen Potenzialen zum Ausgangspunkt politischer Konzeptentwicklung zu machen, statt einem abstrakten und zweifelhaften ökonomischen Wachstumsparadigma hinterherzuirrlichtern. Keine Region kann sich abgekoppelt von anderen und ausgekoppelt aus dem globalen Entwicklungskontext eigene Perspektiven erarbeiten. Es bedarf einer aktiven und gemeinsamen Rollen- und Funktionsbestimmung für die jeweils eigene Region im Gefüge regionaler Netzwerkbeziehungen, Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe, Leitbilder und Kooperationsformen. Miteinander und Kooperation zwischen Regionen mit unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken bedürfen der gesellschaftlichen Verständigung und Aushandlung über Möglichkeiten fruchtbarer Zusammenarbeit und eines solidarischen Interessenausgleichs.

Schließlich ist auf den Stellenwert und das Potenzial einer

qualifizierten Bildungslandschaft zu verweisen. Das deutsche Bildungssystem grenzt sozial aus und ist den Herausforderungen einer modernen Gesellschaftsentwicklung immer weniger gewachsen. Die Abiturquote liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt, gesellschaftliche Problemlösungskompetenzen bleiben unterentwickelt. Auf der anderen Seite droht der Mangel an Fachkräften und ausreichend qualifiziertem Nachwuchs. Die Stärkung und der Erhalt einer vielschichtigen Forschung und Lehre, die Sicherung einer attraktiven Hochschullandschaft sorgen für „Magneten“, die der Abwanderung junger Menschen entgegenwirken, neue Potenziale in die Region holen und damit den regionalen Zusammenhalt stärken können. Mit dem Ausbau von Kitas, Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und einem Netzwerk von Hochschulen fördern wir endogene Entwicklungspotenziale und schaffen soziale Perspektiven für viele Menschen, indem wir der Ausgrenzung im Bildungssystem einen inklusiven Ansatz entgegenstellen. Hochschulen sind außerdem eine wichtige Säule im Rahmen eines innovativen sozioökonomischen Strukturentwicklungsprozesses für die Regionen.

4. Öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglichen, Ausgrenzung durch Armut beenden

Sozial-ökologische Entwicklung und vielfältige Innovationen erschließen neue Beschäftigungsmöglichkeiten, reduzieren Erwerbslosigkeit. „Gute Arbeit“, die Ankererkennung sehr unterschiedlicher Tätigkeitsformen und soziale Teilhabe durch ein progressives Grundeinkommen sind wichtige Ziele. Dennoch bleiben zunächst die strukturellen Defizite im Arbeitsplatzangebot gerade in den von Prekarisierung bedrohten oder betroffenen Regionen. Das erfordert neue, teilweise oder vollständig öffentlich finanzierte, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse. Solche Beschäftigungsmöglichkeiten fördern die Stärken jedes Menschen, statt Druck in Richtung eines prekären Sektors der Lohnarbeit aufzumachen. Sie sind zudem geeignet, durch zusätzliche Leistungen und Angebote im gemeinnützigen Bereich die Lebensqualität in den Städten, Gemeinden und Regionen zu erhöhen. DIE LINKE hat mit ihren Programmen für öffentlich geförderte Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin in Regierungsverantwortung bewiesen, dass solche Programme sinnvoll sind und einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert erzeugen – aber auch den Menschen selbst eine individuelle Entwicklungsperspektive und Existenzsicherung jenseits von Transferleistungen ermöglichen.

Das alles bedarf der langfristig gesicherten Finanzierung durch den Bund – aber eben auch des spürbaren Beitrages aus den Ländern. Die arbeitsmarktpolitischen Weichenstellungen der schwarz-gelben Bundesregierung im Rahmen der „Instrumentenreform“ haben allerdings diesen Weg blockiert – sie gehören rückgängig gemacht. Zugleich plädieren wir für eine stärkere und konsequentere Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und für einen gezielt strukturpolitischen Ansatz zugunsten der nachhaltigen Entwicklung von benachteiligten Regionen und des ländlichen Raums.

Es bestehen ganz offenkundig erhebliche Zugangsbarrieren für Ältere, Langzeiterwerbslose und Schwerbehinderte zum Ersten Arbeitsmarkt. Diese Menschen brauchen besondere Unterstützung. Das Europäische Parlament hat im Herbst 2011 einen Entschließungsantrag zur europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020

angenommen und dabei das Problem des Arbeitsmarktes in den Mittelpunkt gestellt. Bis 2020 sollen mit verschiedenen Programmen mehr Menschen mit Behinderungen in reguläre Beschäftigung kommen. Dieser Weg ist richtig.

Auch die verbreitete Armut ist nicht mit einem Federstrich wegzuwischen. Für die Betroffenen geht es um Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Armut darf nicht in Ausgrenzung münden. Deswegen setzen wir uns für Familienpässe und Kulturtickets ein. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine Grundvoraussetzung für die Integration in der Arbeitswelt, für den Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überhaupt. Deswegen setzen wir uns für Sozialtickets ein. Die Forderung der LINKEN nach einer armutsfesten Grundsicherung für Kinder bleibt aktuell. Nachteile für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien müssen durch staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden – durch eine entsprechende Regelung bei der Schülerbeförderung, durch kostenloses Mittagessen in den Bildungseinrichtungen, durch finanzielle Zuschüsse mit geringen Zugangshürden. Kinderarmut ist aber kein Phänomen, das isoliert bekämpft werden kann. Was hier getan wird, kann höchste Not lindern. Notwendig allerdings sind Konzepte und Maßnahmen, die den Familien insgesamt zugutekommen.

Eine neue Sozialpolitik zielt auf den Abbau sozialer Verwundbarkeit, die Sicherung und den Ausbau von sowie den uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Leistungen, die Entwicklung eines zukunftsfähigen sozialen Gemeinwesens. Nachdem die Entwicklung des modernen Sozialstaats aus der karitativen Armutsfürsorge heraus entstanden und hin zu einem sozialen Recht auf Existenzsicherung verlaufen ist, wird seit den Schröder-Müntefering'schen „Reformen“ wieder auf eine Zurücknahme anspruchsbasierter Sozialleistungen gesetzt und die „Selbstverantwortung“, also das individuelle Risikomanagement, priorisiert. DIE LINKE setzt auf eine sanktionsfreie Mindestabsicherung für alle, die aus gemeinschaftlicher Solidarität resultiert und nicht auf die Privatisierung sozialer Rechte setzt. Dazu gehört ein Eckregelsatz zur Gewährung einer Grundversorgung für alle Menschen, der über der relativen Armutsgrenze liegt und die Möglichkeit einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zum Maßstab macht. Schließlich bedarf es eines guten Netzes an Beratungsstellen und Hilfsangeboten für die eigenverantwortliche Lebensgestaltung von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind.

5. Gesundheitliche Versorgung sichern

Gesundheitspolitik ist eine zentrale Komponente für sozialen Ausgleich, Integration, Chancengleichheit, gesundheitliche Förderung bzw. Vorsorge und medizinische Versorgung. Es ist notwendig, dafür die Anstrengungen aller Akteure zu bündeln und auch neue Wege zu beschreiten.

Krankenhausstandorte müssen gesichert werden, um künftig die haus- und fachärztliche Versorgung in allen Regionen zu gewährleisten. Zugleich brauchen die Krankenhäuser mehr Planungssicherheit – etwa bei der Abrechnung und Vergütung von erbrachten Leistungen. Die Landespolitik hat da Möglichkeiten, aber es müssen dafür auch die bundesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Einen Lösungsansatz zur Stabilisierung der gesundheitlichen Versorgung insbesondere in den strukturschwächeren Räumen bietet die Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren. Die PDS bzw. DIE LINKE hat sich dafür immer stark gemacht. Seit 2004 sind sie nun bundesweit zugelassen; es können also jetzt auch neue Versorgungszentren entstehen. Gesellschafter eines Medizinischen Versorgungszentrums können zugelassene Leistungserbringer sein – also auch Krankenhäuser, die ansonsten nur sehr eingeschränkt und zu ungünstigeren finanziellen Bedingungen als niedergelassene Ärzte ambulante Versorgung betreiben dürfen.

Die Möglichkeiten der Telemedizin werden immer stärker für eine bessere Betreuung und für mehr Lebensqualität von Patientinnen und Patienten genutzt. Gemeindeschwestern als besonders qualifizierte Versorgungsassistenten können im Interesse einer guten hausärztlichen Betreuung eingesetzt werden und die Ärzte entlasten.

Wir setzen uns weiterhin für einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst ein. Eine qualifizierte Gesundheitsberichterstattung ist die notwendige Grundlage für wirksame gesundheitsplanerische Reaktionen. Regionale und soziale Ungleichheiten sollen dabei ausgeglichen werden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss eng mit den anderen Akteuren im Gesundheitswesen kooperieren. Schließlich sind die Planungen entsprechend auszurichten – sowohl im Krankenhausbereich als auch in der ambulanten Versorgung, ergänzt um unterstützende Angebote. Bundesweit einmalig ist beispielsweise das Brandenburgische LINKE-Referenzprojekt „Agnis 2“ für eine Infrastruktur von Gemeindeschwestern.

6. Bildung ist Zukunft

Ein demokratisches Bildungs- und Lernprojekt – offene und breite Zugänge für alle, Transparenz, Vernetzung verschiedener Wissensformen und Lerninstitutionen – ist Kern des gesellschaftlichen Umbaus. Der erste große Schritt ist der Durchbruch zur Gemeinschaftsschule – gerade in den von Prekarisierung bedrohten oder betroffenen Regionen. Die Grundvoraussetzung ist ein ausgeprägtes Netz der Kita-Versorgung mit einem frühkindlichen Bildungs- und Förderungsprogramm und die nachhaltige Stärkung der öffentlichen Schulen.

Die Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 12/13 ist eine leistungsfähige, inklusive, geschlechtergerechte und demokratische Schule, die das Bildungsniveau aller Schüler/innen hebt und die Begabungsförderung ebenso wie den Nachteilsausgleich gewährleistet. Sie stärkt die schulischen wie auch sozialen Kompetenzen aller. Sie verringert die soziale Auslese und erhöht die Bildungschancen aller dadurch, dass sie nicht sozial ausgrenzt. Sie ermöglicht allen den Erwerb des Abiturs.

Die Schaffung der Gemeinschaftsschule erschöpft sich nicht in einer Änderung der Schulstruktur. Die Strukturveränderung ist eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit. Sie muss verbunden werden mit einer neuen Unterrichtskultur und einer Schulkultur, die auf Chancengleichheit, Individualität und demokratische Teilhabe der Schüler/innen ausgerichtet ist.

Die Einführung der inklusiven Gemeinschaftsschule ist ein langfristiger Prozess, der weit über eine Legislaturperiode hinausgeht. Um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten, bedarf es eines Umdenkens und eines breiten Dialogs in der gesamten Gesellschaft. Es gilt, die Lehrerausbildung zu reformieren, die Lehrkräfte zu qualifizieren, mit heterogenen Gruppen umzugehen und Kinder individuell zu fördern. Sowohl Eltern als auch Schulträger müssen davon überzeugt werden, dass alle davon profitieren, wenn alle Kinder lange gemeinsam in einer inklusiven Schule lernen. In Berlin hat DIE LINKE in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD 2006 das Modellprojekt „Gemeinschaftsschule“ durchgesetzt und damit den Keim für eine innovative, inzwischen stark nachgefragte Schulinfrastruktur jenseits des überkommenen gegliederten Systems gelegt. Die mit diesem LINKE-Referenzprojekt gesammelten und evaluierten Erfahrungen erlauben ein positives Fazit. Es käme darauf an, diesen Prozess kontinuierlich weiter zu verfolgen und zu gestalten.

Die regionalen Diskrepanzen erfordern unterschiedliche, flexible Konzepte für unterschiedliche Bedingungen, von verdichteten Bildungsangeboten in den Ballungsräumen bis zu Kleinstschulen und dezentralen Schulformen in ländlichen Gebieten. In jedem Fall gilt es, die schulische Grundversorgung zu sichern und dies im ganzen Land. Zumindest für die ersten Jahre sollte ein möglichst engmaschiges Netz an Angeboten erhalten bleiben. Zugleich muss sich Schule auf neue Formen und Herausforderungen des gesellschaftlichen Lebens einstellen. Wenn digitale Kommunikation auch in der öffentlichen Daseinsvorsorge und Verwaltung zunehmend eine Rolle spielt, brauchen Menschen aller Generationen dafür mehr Kenntnisse als sie sich beim learning-by-doing oder der allein hobbymäßigen Nutzung von Computern, Internet und sozialen Netzwerken erlernen und einüben lassen. Medienkompetenz als Bildungsziel muss um Internet-Kompetenz erweitert werden.

7. Die alte Männergesellschaft wird die Herausforderungen nicht bewältigen

Der demografische Wandel ist gerade in den gefährdeten Regionen voll im Gange und beginnt, seine absehbar dramatischen Folgen zu zeitigen. Der Anteil der über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung nimmt zu, die Zahl der Schulabgänger/innen sinkt deutlich. Zugleich kommt weiterhin der höchste Anteil derjenigen, die gefährdete Regionen verlassen, aus der Altersgruppe der 18- bis 27-Jährigen. Immer wieder ist der Anteil junger Frauen an den Abwandernden sowie bei Berufspendler überdurchschnittlich hoch.

Es heißt aus guten Gründen: *die Zukunft*. Überall ist in dieser Hinsicht viel aufzuholen. In Regierungsverantwortung sind wir darangegangen, gemeinsam mit frauenpolitischen Interessenvertretungen Schritte zu gehen mit dem Ziel, die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen.

Nicht alle Missstände können sofort oder nur landes- bzw. regionspezifisch kompensiert werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Gebot des Anstands, eine gute Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur Notwendigkeit für die gesamte Gesellschaft – nicht ein besonderes Geschenk an die Frauen. Eine Frauenquote für wirtschaftliche Führungspositionen ist überfällig. Es bleibt die Aufgabe,

ein soziokulturelles Umfeld zu schaffen, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

8. Die Finanzierungsströme in der Gesellschaft neu organisieren

Einerseits kommt nichts zum Nulltarif, andererseits verlagern sich durch den sozial-ökologischen Umbau und durch die Energiewende die Kosten: Durch die Entwicklung der Energiepreise steigen nicht nur die Belastungen für die privaten Haushalte, sondern auch in Kommunen die Kosten der Unterkunft, der Mittelstand bekommt Wettbewerbsprobleme, die Preisbildung im Energiesektor wird immer unübersichtlicher. Wir halten für die Finanzierung der Energiewende den Übergang zu einem steuerfinanzierten System für angemessen, in dem Lasten und Vorteile gerechter als bisher verteilt werden. Die derzeitige Stromsteuer eignet sich dafür nicht als Ausgangspunkt – sie muss abgeschafft werden. Wir brauchen ein neues, zukunftsweisendes Gesamtfinanzierungskonzept für die Energiewende.

Struktur- und Förderprogramme sowie Beteiligungsgeschäfte müssen konzentriert und von spekulativen und Anlagegeschäften befreit werden. Struktur- und Förderbanken verstehen wir als geeignete Instrumente, mit denen strukturelle Ansätze über Förderung und über bewusst konditionierte Kredite umgesetzt werden können – an Stelle der bisherigen Landesbanken. Die Organisation der ILB in Brandenburg zeigt, dass das umsetzbar ist, wenn es hierzu den politischen Willen gibt.

Innerhalb des von uns hier vorgestellten Ansatzes kann man die Probleme in den ostdeutschen Ländern aussteuern – aber nicht nur die. Dieser Ansatz funktioniert mit den begrenzten Ressourcen der Landespolitik, aber er ist auch bundespolitisch anzupacken. Landespolitisch ist unser Ansatz schon deswegen zunehmend von Interesse auch für gefährdete Regionen im Westen unseres Landes, weil er nicht mehr vorrangig auf eine Solidarfinanzierung Ost bauen kann. Die Schuldenbremse gilt ab 2020 für alle Länder. Der Solidarpakt II läuft 2019 aus, die Ziel-1-Förderung der EU gibt es so ebenfalls nicht mehr. Dass Ostdeutschland nicht mehr zu den am meisten gefährdeten Regionen Europas gehört, ist auch ein Erfolg vielfältiger politischer Anstrengungen, an denen DIE LINKE in unterschiedlicher Weise beteiligt war.

Haushaltspolitisch beruht unsere Strategie für die Länder darauf, Prioritäten zu setzen und Finanzierungsmodi zu finden, die im Ergebnis Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern. Das rot-rot regierte Land Brandenburg zeigt, dass das auch unter den sich wandelnden Bedingungen möglich ist. Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor erhielten Erwerbslose hier wie auch in Berlin zu rot-roten Koalitionszeiten wieder einen existenzsichernden Job und einen Teil ihrer Würde zurück. Abiturienten aus einkommensschwachen Familien erhalten in Brandenburg ein Schüler-Bafög. Öffentliche Aufträge wurden in Berlin und werden in Brandenburg an einen existenzsichernden Mindestlohn gekoppelt. Mit der Neueinstellung von Lehrern und Erzieher/innen finden junge Menschen Arbeit und Lebensperspektiven in Brandenburg – zugleich kommt ihre Tätigkeit anderen zugute, die durch bessere Bildungsmöglichkeiten größere Lebenschancen gewinnen.

Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine fiskalische Erleichterung auf Landesebene zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und Sachkostenzuweisungen ist unter Rot-Rot stetig gestiegen, absolut wie prozentual. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im Ländervergleich eine enorme Leistung. Bildung, Soziales, Wissenschaft sind die deutlichen Prioritäten der Landesentwicklung. Jeder Euro in diese Sektoren fließt als Investition in Gegenwart und Zukunft. Der Preis für diese Prioritätensetzung ist die Absenkung der vergleichsweise hohen brandenburgischen Investitionsquote auf den bundesdeutschen Durchschnitt. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite hat mit dem Umbau der Wirtschaftsförderinstrumente zu tun. Klügerer und effizienterer Mitteleinsatz, Konzentration auf verstärkten Einsatz rückzahlbarer Darlehen anstelle von Zuschüssen vermag die Wirksamkeit jedes ausgegebenen Euros zu erhöhen. Andere Spielräume wird es unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht geben.

Die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand ist aber kein ehernes, unausweichliches Gesetz. Um die Situation der öffentlichen Haushalte zu entlasten und damit auch wieder Spielräume für eine gestaltende und zukunftsweisende Politik zu eröffnen, braucht es eine andere Steuerpolitik des Bundes. Im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte sind hohe Einkommen und Vermögen steuerlich entlastet worden. Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind deutlich gestiegen, während die Lohneinkommen weit weniger starke Zuwächse aufwiesen. Gleichzeitig hat die Konzentration der Vermögensverteilung stark zugenommen. LINKE Finanzpolitik setzt hier an und fordert konkret:

- Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Er lag noch 1998 bei 53 Prozent – jetzt liegt er rund 10 Prozent darunter. Selbst im

internationalen Vergleich fiel ein deutlich höherer Spitzensteuersatz keineswegs aus dem Rahmen.

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einer verkehrswertnahen – und damit verfassungskonformen – Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz.
- Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer. Es ist an der Zeit, insbesondere höhere Erbschaften stärker zur Finanzierung der Gesellschaft heranzuziehen. Es ist zutiefst ungerecht, dass die tägliche Erwerbsarbeit ganz selbstverständlich höher besteuert wird als ein Erbe.
- Eine Millionärssteuer, die die großen Vermögen zur Mitfinanzierung des Gemeinwesens heranzieht.
- Die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mittlerweile hat sich auch in der EU der Gedanke durchgesetzt, dass eine solche Steuer auf Wertpapier-, Derivate- und Devisenumsätze auch ein geeignetes Präventionsinstrument gegen maßlose Spekulation an den Finanzmärkten darstellt.
- Schließlich geht es darum, den solidarischen Länderfinanzausgleich gegen die immer wiederkehrenden Attacken vor allem der unionsgeführten Geberländer zu verteidigen. Oberste Zielsetzung des bundesstaatlichen Ausgleichssystems muss die Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bleiben. Auch nach 2019 ist es notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung abzusichern.

III. Veränderung wächst von unten

Dass wir über die notwendigen Kompetenzen verfügen, zu einem solchen sozial-ökologischen Umbau mit eigenen Ideen und Konzepten beizutragen, haben wir in den verschiedenen Bundesländern und Kommunen über die Jahre hinweg bewiesen. Vieles muss nicht neu erfunden, sondern gemeinsam mit vielen Engagierten auf die richtige Spur gesetzt werden. In zahlreichen programmatischen und konzeptionellen Materialien hat sich DIE LINKE in den vergangenen Jahren zu Elementen einer neuen Idee für regional- und strukturpolitische Entwicklungsperspektiven geäußert. Das lässt sich an einer Reihe von Beispielen illustrieren, zahlreiche weitere könnten hinzugefügt werden:

„Wirtschaftsdemokratie ist kein einfacher Gegensatz zur Marktwirtschaft, sondern stellt eine Symbiose aus planerischer Gestaltung, regulativen Ebenen und marktwirtschaftlichen Bestandteilen dar. Sie erfordert das Zusammenwirken verschiedener Elemente. Im makroökonomischen Bereich sind die gesamtwirtschaftlichen Aspekte im Rahmen der Haushalts-, Geld- und Sozialpolitik unter Einbeziehung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu koordinieren. Marktsteuerung umfasst die Fragen der Wettbewerbs-, Kartellrechts- und Tarifpolitik sowie des Verbraucherschutzes. Dazu gehört eine gezielte Regionalpolitik als Bestandteil der Landesentwicklung. Im einzelwirtschaftlichen Bereich geht

es um die Sicherung und Erweiterung vielfältiger Formen von Mitbestimmung bei betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungsprozessen.“

(Wulf Gallert, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Halbzeitbilanz, 2008)

„Die finanzielle Förderung von Energie-Sanierungen im Kommunalen Wohnungsbau ist sozial gerecht, weil es durch Energiesparmaßnahmen hilft, Kosten zu sparen. Hier sind u.a. folgende Maßnahmen möglich: Solardächer, Wärmedämmung, Brauch- und Regenwassernutzung, energiesparende Heizungsanlagen sowie kommunaler Verbrauch von Ökostrom (...). Zudem soll ein Anreizsystem eingeführt werden, welches ökologisch verträgliches Handeln finanziell belohnt, ökologische Schäden verursachendes Handeln dagegen deutlich belastet. Ziel muss es auch sein, eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und Energie zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen. Mit Hilfe eines Abfallkonzeptes sollen Abfallvermeidung und Wiederverwertung begünstigt werden.“

(DIE LINKE. Thüringen)

„Ins Zentrum der künftigen Öffentlichen Daseinsvorsorge hat DIE LINKE die zunehmend als bedroht empfundene Bereitstellung von Gütern bzw. den Zugang zu Dienstleistungen

gestellt, das betrifft insbesondere Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswesen und öffentlichen Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie moderne Telekommunikation. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel muss entschieden werden, inwieweit staatliche Subventionierungen möglich und sinnvoll sind, um die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die Zielstellung der Angleichung der Lebensverhältnisse hat nicht nur eine räumliche Dimension, sie muss vor allem der sozialen Differenzierung in der Gesellschaft Rechnung tragen!“

(DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Halbzeitbilanz 2008)

„Mit der Pilotphase der Gemeinschaftsschule, an der sich bereits 16 Schulen in elf Projekten beteiligen, haben wir die Tür für eine soziale gerechte Bildungspolitik aufgestoßen und streiten in der öffentlichen Debatte um eine gesellschaftliche Mehrheit für die ‚Schule für alle‘. Nur so lassen sich aus unserer Sicht unsere Bildungsziele verwirklichen: den Schulabschluss für alle zu ermöglichen, den Anteil von Abiturienten deutlich zu erhöhen und die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft zu reduzieren.“

(Landesparteitag DIE LINKE. Berlin, Dezember 2008)

„Die Land- und Ernährungswirtschaft wird auch zukünftig ein wirtschaftlicher Grundpfeiler in Mecklenburg-Vorpommern sein. Sie ist flächendeckend nachhaltig sowie multifunktional auszurichten. Vielfältige Eigentumsformen vor allem am Boden in unterschiedlichen Betriebsgrößen und Organisationsformen bleiben die Grundlage für die erfolgreiche Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die energetische und stoffliche Verwertung. Wir unterstützen Unternehmen, die sich für die nachhaltige Entwicklung der Region einsetzen. Reserven, die in einem höheren Grad der Veredelung und Verarbeitung der Rohstoffe und in regionalen und energetischen Stoffkreisläufen liegen, sind zu erschließen. Möglichkeiten der Direktvermarktung sind deutlich auszubauen. (...) Die Landwirtschaft muss tier-, umwelt- und klimagerecht sein und frei von Grüner Gentechnik produzieren. Wir wollen eine moderne Agrarwirtschaft, die ökologisch orientiert ist und soziale Funktionen in den ländlichen Räumen wieder stärker wahrnimmt.“

(DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Leitbild MV 2020+ Ideen für unser Land, Januar 2011)

Aus der Synthese unserer regionalen Kompetenz und der Erarbeitung einer für die Gesellschaft leitenden neuen sozialen Idee sind aber auch ganz konkrete Projekte entstanden. Dabei ist zu beachten: Nur manche dieser Beispiele wurden von Mitgliedern der LINKEN initiiert, andere von Bürgerinnen und Bürgern, die der LINKEN nicht nahe stehen. Manche erfahren und erfuhren unmittelbare politische Unterstützung durch Landesregierungen, an denen die LINKE beteiligt war und ist, wieder andere gehen völlig ohne bisherige Beteiligung der LINKEN ihren Weg. Doch weisen sie alle in Richtung der sozial-ökologischen und demokratischen Modernisierung Ostdeutschlands. Alle beteiligten Akteure sind somit (potentielle) Partner unseres politischen Handelns. Diese Ansätze zeigen, was schon jetzt möglich ist, wenn Projektarbeit auf einen sozial-ökologischen Entwicklungspfad gemeinsam von Politik, Zivilgesellschaft und lokaler Ökonomie in Angriff genommen wird, und was auch in anderen Regionen bewerkstelligt werden könnte:

Stadtwerke Neustrelitz

Die Stadtwerke Neustrelitz setzen seit etwa zehn Jahren erfolgreich auf erneuerbare Energien. Die Stadt wird als eine der

ersten ihren Strombedarf vollständig und ihren Wärmebedarf überwiegend aus erneuerbaren Energien decken. Die Stadt definiert sich selbst über soziale und ökologische Nachhaltigkeit, als Stadt der erneuerbaren Energien. Die zentrale Rolle dafür liegt bei den Stadtwerken, die zu 100 % im kommunalen Eigentum sind. Die kombinierte Strategie, Energieeffizienz zu steigern und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu betreiben, wird systematisch verfolgt: Erdgastankstelle, Biogasanlage, Photovoltaikpark; unterstützt wird ein Bürger-Solarverein, der drei kleine Solaranlagen betreibt. Der wirtschaftliche Erfolg ist beträchtlich und gesichert, mittlerweile sind auch große Investitionen möglich, finden sie die Zustimmung der Stadtvertreter. Das Beispiel dieses Stadtwerkes zeigt viele Hürden und Schwierigkeiten, denen sich dezentrale und lokale Innovationen ausgesetzt sehen. Sie reichen von der normalen Bürokratie bis zur konkreten Machtpolitik der großen Stromkonzerne. Deutlich wird die zentrale Rolle der Netzeigentümerschaft. Das Stadtwerk hilft sich durch ein eigenes regionales Netz. Die Bundesbürokratie unterstützt bisher einseitig die Monopolisten. Die Stadtwerke Neustrelitz gehen bewusst über rein wirtschaftliche oder energetische Orientierungen hinaus. Die Teilhabe der Beschäftigten wie der Bürger der Stadt ist die unverzichtbare Kehrseite einer erfolgreichen Umstellung auf erneuerbare Energien. Dazu gehören beispielsweise geregelte Tariflöhne, Ausbildungsplätze, Qualifizierung oder aber die günstigen Energiepreise, Beratung und unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen für Kunden. Hauseigentümern wird für Photovoltaik-Anlagen längerfristig ein Solarbonus gezahlt.

Bioenergiedorf Feldheim

In Ostdeutschland hat jüngst die Gemeinde Feldheim in Brandenburg Aufmerksamkeit erregt. 2010 hat sich der Ortsteil mit seinen 140 Einwohnern vom Energienetz abgekoppelt. Seitdem wird der Strom von den Windanlagen, einer Biogasanlage bezogen und steht eine Holzhackschnitzel-Heizung in Reserve. Ausschlaggebend war die Gemeinsamkeit von Ökostromanbieter und Bevölkerung, wesentlicher Schlüssel die finanziellen Anreize. Strom und Wärme sind deutlich günstiger, zugleich sind die Einwohner direkt finanziell beteiligt. Eigentümer/innen haben sich in einer Erzeugergemeinschaft zusammengeschlossen. Der energieautarke Ort hat Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren geschaffen, erschließt Chancen für die Jugend des Ortes, baut Bildung- und Ausbildung auf.

Energiespargemeinde Zschadraß

Die Gemeinde Zschadraß nennt sich aufgrund eines ihr verliehenen Prädikats „Energiespargemeinde“. Mit den unterschiedlichen energetischen Sanierungen und Energieanlagen im Bereich regenerativer Energien – Photovoltaik-Anlagen, Windräder, Holzhackschnitzelheizung – erzeugt die Gemeinde schon seit einigen Jahren mehr Energie als sie verbraucht. Die Nutzung ist ausgedehnt auf das im Ortsteil gelegene Fachkrankenhaus, ein kommunaler Kleinbus wird mit Bioethanol betrieben. Die wirtschaftliche Umsetzung ist beachtlich, vor allem mit der sinnvollen Verbindung der unterschiedlichen Energieprojekte. In Zschadraß hat eine glückliche Fügung die „richtigen“ engagierten Akteure zusammengebracht. Letztlich war wichtig, dass die Kommune sich durch Stiftung und Bürgerverein eine ausreichende demokratische Legitimation für ihre Finanzsicherungen geschaffen hat. Waren zunächst klare finanzielle Engpässe Anlass zum Handeln, so ist daraus ein breiter sozialer Anspruch geworden. Der Strom füllt die Kassen von Stiftung

und Bürgerverein, finanziert wird ein Kleinbus, den auch Vereine des Dorfes nutzen, unterstützt wird das Schulesen. Künftig soll es kostenlose Kitaplätze geben – bezahlt durch Windkraft. Weiter ausgebaut wird Bürgerbeteiligung, etwa mit Testanlagen für Photovoltaik. Gewinn von Erfahrungen, Ausräumen von Vorurteilen. Bürger und Kommune haben ihren Handlungsspielraum beträchtlich erweitert, sie sind nicht mehr Bittsteller um Zuschüsse, sie haben eigene Ressourcen. Die Verbindung von Ökologischem und Sozialem wird zum Modell selbstbestimmter kommunaler Entwicklung.

Kooperationsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern

Gestützt auf längerfristigen Vorlauf in einzelnen Bioenergie-dörfern vollzieht sich in Mecklenburg-Vorpommern die dynamische Entwicklung eines breiten Kooperationsnetzes von Bioenergie-dörfern. Antworten auf den Klimawandel, regionale Wertschöpfung und Teilhabe der lokalen Bevölkerung sollen direkt miteinander verbunden, erneuerbare Energien zum Antrieb für erweiterte Handlungsspielräume der Kommunen werden. Bioenergie ist auf ökologisch vernünftige Weise zu gewinnen, nicht durch Maiswüsten, Monokultur oder Belästigung der Bevölkerung. Es geht um Einkommen, Lebensqualität und lokalen Umweltschutz. Bewusst wurde über die Einzelgemeinden hinausgegangen. Zunächst waren es etwa 15 unterschiedliche Kooperationspartner, mit Stand März 2011 insgesamt 68 Gemeinden. In zehn Jahren sollen 500 Bioenergie-dörfer zum Kooperationsverbund gehören. Gemeinsame Strategie, kollektive Interessenvertretung, die Implementierung übergreifender Unterstützungsstrukturen sind wichtige Punkte. Jedes Dorf soll die Zielkriterien (100 % Strom aus erneuerbaren Energien, 75 % der Wärmeversorgung) erreichen, und neben dem Energieexport soll in sparsame Mobilitätsprojekte investiert werden – Umstellung der Lebensweise. Es gibt praktische Erfolge, Hindernisse, Konflikte und Enttäuschungen bleiben jedoch nicht aus. Sichtbar und wirksam ist die mobilisierende Wirkung dieser einzigartigen Kooperationsbewegung. Stabil im „Boot“ sind Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

Bürgerhaushalt Lichtenberg

Der 2005 im Stadtbezirk Lichtenberg begonnene Bürgerhaushalt gilt als einer der erfolgreichsten in Deutschland. Er wird in diesem Jahr zum siebenten Mal in Folge durchgeführt. Eine aktive Beteiligung von jährlich über 2 % der Einwohner mag eine eher geringe Zahl sein, sie ist dennoch bedeutsam und weist steigende Tendenz auf. Im Bürgerhaushalt können Vorschläge in einem finanziellen Umfang von etwa 35 Mio. EUR gemacht werden (bei einem Gesamtbudget von ca. 550 Mio. EUR). Von den etwa 1.700 Vorschlägen wurden mehr als 90 % durch die Abgeordneten in die Haushaltsplanung aufgenommen und zum Großteil auch bereits umgesetzt. Mit seinen sehr breiten Beteiligungsmöglichkeiten (vom Internet bis zur direkten Veranstaltung) sieht sich der Stadtbezirk auf dem Weg zur Bürgerkommune – die vielfältigen Kompetenzen der Bürger sollen genutzt und

gestärkt, Partizipationsräume erhalten und erweitert werden. In diesem Jahr können die Bürger erstmals Vorschläge machen, deren Umsetzung nicht beim Bezirk, sondern beim Senat liegen würde. Eine solche Abstimmung zwischen Verwaltung und Bürgern könnte aber den Vorschlägen größeren Nachdruck geben. Das kann weiteres Engagement befördern. Problematisch ist in diesem Zusammenhang der immer knapper werdende Rahmen frei verfügbarer Posten im Finanzbudget, das dem Bezirk von der Landesebene zugewiesen wird.

Energiegenossenschaft Viernau

Ziel der Energiegenossenschaft ist es, zur dezentralen Energie-wende beizutragen, die alternative Stromerzeugung in der Region voranzutreiben, regionale Wertschöpfung zu generieren, die Erwirtschaftung von Renditen, Stärkung der Gemeindefinanzen. Die Gründung der Energiegenossenschaft Viernau wurde von einem Mitglied der LINKEN initiiert; Mitglieder der Partei vor Ort und aus der Landtagsfraktion gehören zu jenen, die Genossenschaftsanteile zeichneten, sie sind im Aufsichtsrat und Vorstand der Energiegenossenschaft vertreten. Die Energiegenossenschaft Viernau steht zweitens objektiv und zumindest partiell subjektiv in einem Funktions- und Wirkungszusammenhang mit dem Konzept der LINKEN in Thüringen („Energie-revolution statt grüner Kapitalismus...“) und belegt drittens die oben skizzierte entschiedene Wertschätzung der LINKEN für das Genossenschaftsmodell.

Rekommunalisierung der Energienetze Thüringens

Wie in anderen Bundesländern (siehe Hamburg, Berlin) ist und bleibt die Rekommunalisierung der Energienetze und der Wasserversorgung für DIE LINKE ein überaus wichtiges Kampfziel. Das gilt selbst dann, wenn man in Erwägung zieht, dass die Netzzugänge mittlerweile erheblich liberalisiert sind und die jeweiligen Eigner andere Anbieter zulassen müssen. Der größte Energieversorger Thüringens (E.ON) ist bereit, seine Anteile an die Thüringer Kommunen zu veräußern, die bereits fast die Hälfte der Anteile halten. Die LINKE tritt aktiv mit entsprechenden Anträgen im Landtag für die Übernahme der E.ON-Anteile ein und fordert die Landesregierung dazu auf, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und gegebenenfalls Bürgschaften in Aussicht zu stellen sowie rechtsaufsichtliche Genehmigungen für die Aufnahme von Darlehen zu erteilen. Mittlerweile erfolgreich. Denn die Rekommunalisierung nimmt 2013 Gestalt an. „Das hätte ich vor einem Jahr noch nicht einmal zu träumen gewagt“, so Bodo Ramelow über die Rekommunalisierung der Energienetze Thüringens: „Damit würden wir das größte Gemeindegewerk Deutschlands errichten und hätten die Chance zum Bundesland Nr. 1 der regenerativen Energien zu werden.“ Gelingt die Rekommunalisierung, so wäre die Tür geöffnet für eine aktive Kommunalwirtschaft und eine endgültige „Abkehr vom jahrzehntelangen Privatisierungskult“ (Ramelow).

IV. Eine neue gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung bewältigen

Wir haben – unbeschadet aller Kritik, überzogener Versprechen und falscher Weichenstellungen – in und mit Ostdeutschland die Erfahrung gemacht, dass eine gesamtstaatliche Kraftanstrengung bei einer großen Herausforderung möglich ist und dass eine solche Kraftanstrengung auch etwas bringt. Wie gehen wir mit dieser Erfahrung um? Was leiten wir daraus ab?

Der Solidarpakt II, der allein auf Ostdeutschland gerichtet war, läuft 2019 aus. Mit ihrer Klage gegen den Länderfinanzausgleich bestreiten Hessen und Bayern gegenwärtig die Berechtigung eines solidarischen Ausgleichssystems zwischen den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland und setzen erneut auf einen stärkeren „Wettbewerbsföderalismus“.

Neue, große Herausforderungen sind mittlerweile zu bewältigen – von der Finanzkrise bis zur Energiewende. Dazu gehört aber auch die Herausforderung, das Abhängen von Regionen (in Ost und West) zu verhindern, Regionen und ihre Menschen wieder anzukoppeln, das Leben dort neu zu organisieren und so auch den sozialen Gefahren zu begegnen. Innerhalb des hier beschriebenen Ansatzes lassen sich die Probleme in den von Prekarisierung betroffenen bzw. bedrohten Regionen wirksam anpacken. Dieser Ansatz ist möglich mit den begrenzten Ressourcen der Landespolitik. Er ist aber zugleich bundespolitisch anzupacken – und er ist auch auf die Strukturförderpolitik der Europäischen Union erweiterbar.

Wir fordern daher eine Verständigung zwischen den politischen Parteien und in der deutschen Öffentlichkeit darüber ein, ob zur Bewältigung der Probleme von Prekarisierung

bedrohter und betroffener Regionen eine neue gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung, ein „Solidarpakt III für Krisenregionen in West und Ost“ oder die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ im Grundgesetz möglich und durchsetzbar ist. Die inhaltlichen Konturen einer solchen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung – den sozial-ökologischen Umbau – haben wir hier beschrieben. Im Mittelpunkt eines solchen Projekts steht die nachhaltige Strukturentwicklung, die nicht mit dem Ziel verfolgt wird, dauerhafte Transferabhängigkeit und Alimentierung „abhängiger Regionen“ zu vertiefen, sondern soziale und ökologische Modernisierung mit demokratischer Modernisierung und ökonomisch selbsttragender Entwicklung zu verbinden. Davon profitiert letztlich das ganze Land.

Voraussetzung für die Umsetzung dieses Entwicklungs- und Gestaltungskonzepts ist ein politischer Richtungswechsel in Ländern und Bund. Ein solches Zukunftskonzept braucht deshalb breite Unterstützung. Dafür besteht im Wahljahr 2013 die Chance. Sie wahrzunehmen, setzt nicht nur einen entsprechenden Willen der Wählerinnen und Wähler voraus. Es braucht auch die Bereitschaft aller auf einen Wechsel hinarbeitenden politischen Kräfte, die Anstrengungen zu bündeln und auf Ausgrenzungs- und Verdrängungswahlkämpfe zu verzichten. DIE LINKE ist stark genug, dies zu überstehen – aber unser Land braucht politische Lösungen, nicht parteipolitische Eitelkeiten.

**Sonntag; 24.3.2013. Veranstaltung mit der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung
Thema: Der kurdische Konflikt und die aktuelle europäische Nahost-Politik (Syrien/Türkei)**

Der türkisch-kurdische Konflikt

Von Rudolf Bürgel

Der Beitrag behandelt thesenartig die derzeitige politische Entwicklung in der Türkei und den türkisch-kurdischen Konflikt. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die türkischen Interessen in Bezug auf Syrien behandelt. Die Kurdenfrage ist seit Jahren die wichtigste innenpolitische Herausforderung der türkische Politik und hat durch die Auflösungserscheinungen der bisherigen staatlichen Ordnungen im Nahen und Mittleren Osten eine neue außenpolitische Dimension für die Türkei gewonnen.

Nicht behandelt werden dabei die komplexe Situation in Nah- und Mittelost, bspw. das Verhältnis Iran – Israel oder den durch die Entwicklung in Syrien drohenden Zusammenbruch der Achse Iran – Syrien – Hisbollah oder die Entstehung einer neuen Allianz Iran – Irak, gegen die sich die Regimes auf der arabischen Halbinsel stemmen.

Newroz – das kurdische Neujahrsfest

Die Wochen vor dem 21. März standen unter dem Eindruck der Verhandlungen über die Beilegung des türkisch-

kurdischen Konflikts und der Einleitung eines Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan.

Das diesjährige Newroz-Fest in der Türkei war dann einer der Höhepunkte der Mobilisierung der kurdischen Bewegung. In der ganzen Türkei fanden zwei Wochen zuvor Veranstaltungen der kurdischen Parlamentspartei BDP statt, an denen Hunderttausende teilnahmen. Den Höhepunkt bildete die Veranstaltung in Diyarbakir. Vor mehr als zwei Millionen Menschen wurde in Diyarbakir auf dem Newroz-Fest der Friedensaufruf von Abdullah Öcalan von Parlamentsabgeordneten der BDP auf Türkisch und Kurdisch verlesen. Die PKK-Führung erklärte einen Waffenstillstand.

Die Bühne und der Festplatz waren mit Fahnen und Bildern der Gründer der PKK geschmückt. Neben vielen ausländischen Gästen waren die Abgeordneten der BDP, die kurdischen Bürgermeister und die Familien getöteter PKK-Gründer und von Abdullah Öcalan auf der Bühne.



Eine ältere Newroz-Ansprache von Abdullah Öcalan wurde eingespielt, Familienangehörige von Abdullah Öcalan, Kemal Pir, Mazlum Dogan und Sakine Cansiz sprachen. Grußworte wurden von Vertretern der irakisch-kurdischen KDP und der syrisch-kurdischen PYD vorgetragen. Osman Baydemir, der Oberbürgermeister der kurdischen Hauptstadt Diyarbakir, leitete zum Höhepunkt der Veranstaltung über: Dem Friedensaufruf Öcalans. Das staatliche türkische TV und zahlreiche private Sender übertrugen live die Reden.

Monatelang hatten der inhaftierte Öcalan und Vertreter der türkischen Regierung über eine jetzt mögliche Beendigung des Krieges im türkischen Teil Kurdistans verhandelt. Dreimal besuchten BDP-Abgeordnete Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Sie stellten den Kontakt zu der PKK-Führung im Nordirak und dem Kurdischen Nationalkongress in Europa her, die ihre Zustimmung zu dem Friedensplan gaben, der den Rückzug der bewaffneten kurdischen Kräfte in diesem Jahr vorsieht.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan begrüßte den Friedensaufruf, bedauerte aber, dass auf den Newroz-Feiern keine türkische Fahnen zu sehen waren. Erdogan sicherte der kurdischen Guerilla freien Abzug zu, sollten sie unbewaffnet die Türkei verlassen. Die an der Grenze stationierten Gendarmereieinheiten würden durch türkische Soldaten ausgetauscht werden. Bei dem letzten Rückzug der Guerilla 1999 wurden etwa 500 Kämpfer bei Gefechten getötet.

Die PKK und die BDP sprechen von mehreren Stufen im Friedensprozess: Als erstes steht der Rückzug der bewaffneten Kräfte an, wofür juristische und gesetzliche Regelungen von der türkischen Regierung und dem türkischen Parlament beschlossen werden müssen. Als zweites sollen mit Verfassungsänderungen die Rechte der Kurden und anderer Minderheiten anerkannt und regionale Selbstverwaltung verwirklicht werden. In der dritten Phase wird die PKK die Waffen niederlegen, wofür eine Amnestieregelung nötig ist. Für einen erfolgreichen Verlauf wird die Freilassung der rund zehntausend politischen kurdischen

Gefangenen sowie Änderungen des Antiterrorgesetzes Und ähnlicher Paragrafen vorausgesetzt.

Die politische Entwicklung der Türkei Die Prämissen der Außenpolitik der Türkei bis zur AKP-Regierung

Bis zur Regierung der AKP dominierten in der Türkei seit Gründung der Republik in den 20er Jahren d.I.J. das Militär und die kemalistische Bürokratie die türkische Außenpolitik. In der Türkei herrschte unumwunden das Militär und die Bürokratie, beide eng verflochten mit von staatlichen Aufträgen abhängigen Industriellen und Großgrundbesitzern. Etwaige Bedrohungen dieser Herrschaft wurden regelmäßig vom Militär weggeputscht. Die Außenpolitik war also nicht Sache des Staates und seiner Regierung.

Die Außenpolitik wurde im Wesentlichen von folgenden Gesichtspunkten bestimmt:

- Die Staaten im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika und auf dem Balkan, die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches entstanden, sind instabil und stagnieren. Dies ist für die Existenz der Türkei tendenziell beunruhigend.
- Die Nähe der Sowjetunion ist bedrohend.
- Die Entwicklung nach dem Ende des Osmanischen Reiches ist geprägt durch Separatismus und Territorialverlust – besonders schmerzhaft an der direkten Peripherie, den kurdischen Provinzen.

Aus diesem Bedrohungsszenario entwickelte die Türkei ihre Beziehungen zur USA und der EU, trat früh in die Nato ein und entwickelte die assoziierte EU-Partnerschaft. Aus dieser Logik ergab sich auch die Notwendigkeit des Aufbaus der zweitgrößten Armee der Nato. Die USA, EU und Nato bauten wiederum die Türkei zu ihrem Vorposten in dieser Region aus.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion in Einzelstaaten und dem Ende des „Kalten Krieges“ sah sich die Türkei einer ganz neuen Situation gegenüber. Neue Staaten entstanden, ▶

- ▶ auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR tobten Territorialkriege, eine ganz neue Ordnung von Staaten entstand.

Zwei Kriege der USA gegen den Irak führten zu der Etablierung eines kurdischen Staates im Nordirak, der gleichzeitig ein sicheres Rückzugsgebiet für die kurdische Guerilla aus der Türkei wurde. Das führte zu einem tiefen Zwist zwischen der Türkei und der USA. Die USA durften zwar die Nato-Stützpunkte in der Türkei für ihre Luftwaffe und den Nachschub nutzen – aber eine zweite Front gegen den Irak ließ die Türkei nicht zu. Zudem hat der zweite Irakkrieg ein Ergebnis: Die Destabilisierung der Region.

Die Prämissen der türkischen Innenpolitik bis zur AKP

Weite Bereiche der Innenpolitik standen ebenfalls unter der Vorherrschaft der „Sicherheitselite“. Das Militär putschte drei Mal und verhinderte mit gnadenloser Härte eine demokratische und gleichberechtigte Entwicklung.

Nach dem letzten Putsch installierte das Militär den „Nationalen Sicherheitsrat“, der im Wesentlichen aus den Generälen von Militär und Jandarma sowie dem Ministerpräsidenten und einigen Ministern bestand. Dieser bestimmte die Politik, legte die Richtlinien für die Regierungsarbeit fest.

In dem „Nationalen Sicherheitsdokument“ von 2006 wird festgehalten, dass die innere Bedrohung vom „separatistischen Terrorismus“ und der „religiösen Reaktion“ ausgeht. Gemeint sind also die Kurden und die konservative Landbevölkerung Anatoliens. Der Nationale Sicherheitsrat verstieg sich soweit, dass er die letztere unter dem Einfluss des Irans vermutete.

Dieses Szenario der „inneren Gefährdung“ dokumentiert zwei zentrale Inhalte des Kemalismus: Die Kurden und die konservative Landbevölkerung Anatoliens – also die zwei großen gesellschaftlichen Gruppen in der Türkei – stellen die wesentliche Bedrohung von Innen dar für eine Türkei als einen Staat einer rein türkischen und westlich orientierten Nation. Minderheitenrechte kamen in dieser Politik nicht vor. Vielmehr wurden alle politischen und sozialen

Regungen in den Provinzen mit aller Macht unterdrückt. Gewerkschaftsrechte wurden mit allen Mitteln bekämpft, Streiks wurden auch mit Militäreinsatz zerschlagen.

Die Folge dieser Politik war, dass ein industrieller Speckgürtel und Entwicklung im Tourismus in fünf Provinzen am Mittelmeer und rund um Istanbul und Bursa sowie in Ankara und Kayseri entstand. Die ländlichen Regionen – also der größte Teil des Landes fiel hinten runter, eine nennenswerte industrielle Entwicklung gab es nicht, die Landbevölkerung wurde von der der Entwicklung abgehängt, die gesellschaftliche und soziale Schere zwischen dem westlich geprägten Industrieregionen und den übrigen Provinzen der Türkei ging immer weiter auf.

Die Militärputsche fanden immer in den Zeiten großer Wirtschaftskrisen statt, in den 50er, den 60er und den 70er Jahren.

Die Entstehung der kurdischen Befreiungsbewegung ist eine Folge dieser Politik. Die PKK verknüpfte den Kampf für eine kulturelle Anerkennung, für autonome Selbstbestimmung und für ein Zusammenleben der verschiedenen Ethnien in der Türkei mit den Forderungen nach Beseitigung der sozialen Ungleichheiten und gegen die Unterentwicklung der kurdischen Regionen. Sie schuf neben dem Guerillakampf gegen die türkische Armee gleichzeitig den Raum für die Entwicklung von legalen kurdischen Organisationen, Wirtschaftsverbänden und Parteien. Die Wahlergebnisse der kurdischen BDP (ihre Vorläufer waren die HEP, DEP, DEHAB usw.) zeigen, dass diese Politik von der überwiegenden Mehrheit der kurdischen Bevölkerung in der Türkei unterstützt wird.

Für die Militärführung und die kemalistischen Parteien war das nur ein weiterer Beleg für die Bedrohung der Türkei und ihrer Stabilität. Hinter der Ablehnung der kurdischen Forderungen und dem unerbittlichen Kampf gegen die kurdische Bewegung stand die Befürchtung einer Abspaltung eines kurdischen Staates, der auch Teile Iraks, Syriens und Irans umfassen könnte. Das Ergebnis ist der seit 40 Jahren andauernde Krieg in den kurdischen Gebieten.

Die AKP kommt an die Macht

Die Basis der AKP befindet sich nicht in den Zentren son-

Dokumentiert: Türkei/Nordkurdistan: Abzug der Guerillakräfte beginnt am 8. Mai

Auszüge der Presseerklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), die vom Exekutivratsvorsitzenden der KCK Murat Karayilan am 25.04.2013 während einer Pressekonferenz in den Kandil-Bergen verlesen worden ist:

„Unser Vorsitzender [Anm.: Abdullah Öcalan] hat die Ergebnisse der Gespräche und Verhandlungen mit dem Staat sowie seine Gedanken hierzu sowohl durch die BDP-Delegationen als auch mit zwei an den Vorstand unserer Bewegung gerichteten Briefen übermittelt. Als KCK-Vorstand sowie jegliche zugehörige Organe haben wir die notwendigen Bewertungen gemacht, die Briefe schriftlich beantwortet und auf diesem Weg die Gedanken und Vorschläge unserer Bewegung an unseren Vorsitzenden übermittelt. Auf Grundlage der diesem Meinungsaustausch und konkreter Entwicklungen folgenden Konkretisierung und der erreichten Ergebnisse hat unser Vorsitzender Apo uns mit einem auf den 14. April datierten dritten Brief dazu aufgerufen, unsere Guerillaeinheiten rückzuziehen. Der Vorstand unserer Bewegung hat diesen Ausruf als bindende Perspektive und Befehl erörtert und ist entschlossen, der ihr zukommenden Verantwortung gerecht zu werden.“

Sechs Punkte, die für den Rückzug wichtig sind:

1. Unsere Guerillakräfte werden auf Eigeninitiative und ohne

den Raum für Gefechte zu bieten den Rückzug auf den von ihr davor genutzten Wegen durchführen. (...)

2. Der Rückzug wird mit dem 8. Mai 2013 beginnen. Der Rückzug wird gruppenweise auf Grundlage der Praxis der Guerilla erfolgen. (...)

3. Bei dem Rückzugsraum unserer Kräfte handelt es sich um Südkurdistan (Kurdistan-Irak). Wir erwarten von den betreffenden Kräften, allen voran der Regierung des Föderativen Kurdistans, dass unseren sich zurückziehenden Guerillakräften Verständnis entgegengebracht wird.

4. Während des Rückzuges haben die Kräfte der türkischen Armee mit Sensibilität und Ernsthaftigkeit zu agieren. Sollte es zu Angriffen, Operationen oder Bombardierungen jeglicher Art auf unsere sich zurückziehenden Guerillakräfte kommen, wird der Rückzug umgehend gestoppt und unsere Kräfte werden auf der Basis der legitimen Selbstverteidigung von ihrem Recht auf Vergeltung gebraucht machen.

5. Während des Rückzuges der Guerillakräfte haben die Kräfte des türkischen Staates keinerlei Absichten zu unternehmen, die zu militärischen Aktivitäten und Gefechten führen könnten und keinen Platz für eigennützige Vorgehensweisen bieten. Es ist von besonderer Wichtigkeit, auf die Punkte, die wir in den Briefen an unseren Vorsitzenden geäußert haben, und von denen

den sie stützt sich auf die kleinen und mittleren Unternehmer. In den unterentwickelten Provinzen hat sich eine breite Schicht kleinerer und mittlerer Unternehmen entwickelt in einer konservativ und religiös geprägten auf traditionellen Familien- und Clanabhängigkeiten basierenden Gesellschaft. Mit der AKP haben diese Schichten erstmals eine Partei, die ihre Interessen in den Parlamentsstrukturen vertritt. Die Wahlergebnisse der AKP machen die Hälfte der türkischen Bevölkerung aus und sind mittlerweile in mehreren Wahlen bestätigt worden.

In den kurdischen Provinzen konnte trotz aller Anstrengungen die AKP nicht diese Erfolge erringen. Hier steht ihr die kurdische BDP als direkter Konkurrent in der Erriingung der Mehrheit unter der Landbevölkerung gegenüber.

Rund um die AKP entstanden Wirtschaftsverbände für kleine und mittlere Firmen und sog. Denkfabriken, meist unterstützt und finanziert von der Gülenbewegung. Ihre Politik der Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe in den ländlichen Provinzen zeigte Erfolge. Dies kann am Besten an folgenden Beispielen festgemacht werden.

Hier ein Beispiel für die Entwicklung innerhalb der türkischen Wirtschaft: „Im Jahr 2000 waren ca. 25 000 türkische Firmen im Export tätig, nur vier der 81 Provinzen des Landes führten jährliche Waren im Werte von über einer Milliarde US-Dollar aus, und nur 3.055 türkische Firmen exportierten Waren im Werte von mindestens einer Million US-Dollar pro Jahr. 2009 lag diese Zahl der türkischen Exportfirmen bei ca. 45 000, 11 Provinzen konnten eine Ausfuhr im Wert von über einer Milliarde US-Dollar verzeichnen, und die Anzahl der Firmen, die jährlich Waren im Werte von mindestens einer Million exportierten, belief sich nun auf 88.817. Im selben Jahr trugen kleine und mittlere Betriebe mit einem Anteil von 58,8 Prozent die Hauptlast des türkischen Exports.“ (Günter Seufert, Außenpolitik und Selbstverständnis, Die gesellschaftliche Fundierung von Strategiewechseln in der Türkei, SWP-Studie, Juni 2012)

Die Richtung der Exporte der Türkei haben sich grundlegend geändert: „So betrug der Anteil der OECD-Staaten am der Außenhandel der Türkei 1999 noch 71 Prozent. 2010 war auf 50 Prozent gefallen. Für den EU-Markt ergibt sich ein weniger krasses, aber in der Tendenz ähnliches



Bild. Im Jahr 2000 lieferte die Türkei 56,4 Prozent ihrer Ausfuhren in Mitgliedsstaaten der Union. 2009 waren es nur noch 46 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Quote afrikanischer Länder am türkischen Export von 5 auf 10 Prozent, die der asiatischen Länder von 14 auf 25,4 Prozent und die der nahöstlichen Länder von 9,3 auf 18,8 Prozent. ... 2000 entfielen 12,9 Prozent des türkischen Exportes auf OIC-Mitglieder (Organisation der Islami- ▶

auch der Staat weiß, besondere Achtung zu schenken, damit die Rückzugsphase positiv und erfolgreich verläuft.

6. Unabhängige Delegationen, die diese Phase überwachen und fehlerhafte Verhaltensweisen beider Seiten überprüfen, werden dazu beitragen, dass die Phase eine positive Entwicklung nimmt.

Drei Etappen zur Lösung

In der KCK-Erklärung heißt es, die Phase der demokratischen Lösung bestünde aus drei Etappen: „Neben dem andauernden Waffenstillstand bedeutet ein erfolgreicher Rückzug unserer Guerillaeinheiten das Ende der ersten und den Beginn der zweiten Etappe.“ Bei der zweiten Etappe handelt es sich um die Stufe, in der vordergründig der Staat und die Regierung ihren Pflichten für die langfristige Lösung des Problems nachkommen: „Mit Reformen im Rahmen einer Verfassungsrechtlichen Lösung werden die Bedingungen für die wahre Demokratisierung der Türkei und der Lösung der kurdischen Frage entstehen. Notwendig sein wird die Aufhebung jeglicher Spezialkriegsstrukturen, wie beispielsweise das Dorfschützersystem, Spezialeinheiten und die Schaffung einer der Geisteshaltung der demokratischen Zivilgesellschaft entsprechenden Atmosphäre.“

Die dritte Etappe wird folgendermaßen definiert: „Bei der dritten Etappe handelt es sich um eine Normalisierungsphase. Dies ist die Phase des nachhaltigen Friedens, der gesellschaftlichen Versöhnung, Freiheiten und Gleichheit. In dieser Phase, in der

jeder, unser Vorsitzender Apo mit eingeschlossen, seine Freiheit wiedererlangen wird, wird die vollständige Beendigung des bewaffneten Kampfes und die Entwaffnung der Guerilla auf die Tagesordnung kommen.“

Unterstützung internationaler Kräfte

„Bei der kurdischen Frage handelt es sich nicht nur um ein regionales, sondern um ein internationales Problem. Internationale Kräfte haben eine große Rolle bei der Voranbringung der Kurden leugnenden Politik, welche zu Genozid, Massakern und großen Tragödien in Kurdistan geführt hat, gespielt. Um diese Ungerechtigkeiten zu überwinden und das Problem zu lösen kommt auch diesen internationalen Kräften eine wichtige Rolle zu. Aus diesem Grund rufen wir die internationalen Kräfte, allen voran die USA, die EU und Russland dazu auf, diesen Weg für die Lösung der kurdischen Frage zu unterstützen.“

Konferenzen auch in Europa

Die KCK rief in seiner Erklärung zur Abhaltung von Konferenzen in Amed (Diyarbakir), Hewler (Erbil), der Türkei und Europa auf. Diese von politischen Parteien und NGOs zu veranstaltende Konferenzen sollen der Lösung dienen.

Quelle: ANF 25.04.2013, ISKU

► schen Konferenz), 2009 waren es bereits 28 Prozent. ... Mit dem Iran erhöhte sich der Warenausch der Türkei zwischen 2000 und 2010 von 1,2 auf 5,4 Milliarden Dollar, mit Russland von 5,1 auf 22,7 Milliarden US-Dollar, mit Syrien von 773 Millionen auf 1,8 Milliarden Dollar und mit den Staaten Lateinamerikas von 735 Millionen auf 4 Milliarden US-Dollar. Seit 2009 gehören die USA nicht mehr zu den fünf größten Exportzielen der Türkei, der Irak zählt jetzt dazu. Die Finanzkrise hat diesen Trend noch verschärft. Vor der Krise entfielen 60 Prozent des Wachstums im türkischen Export auf die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas. Während der Krise schrumpften primär die europäischen Märkte, danach waren der Nahe Osten und Asien diejenigen Regionen, die als Exportmärkte am stärksten zur Erholung der türkischen Wirtschaft beitrugen.“ (ebenda)

Diese Entwicklung führte zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in den bisher vernachlässigten Provinzen. Auch kurdische Provinzen sind darunter, gerade an den Grenzen zu Syrien, dem Irak und dem Iran.

Das führte zu den Wahlsiegen der AKP, die sich auf die kleinen und mittleren Unternehmen und die Bevölkerung in den zuvor von einer wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Provinzen stützt. Dass sie diese Erfolge aber nicht in den kurdischen Gebieten ausbauen konnten, macht auch ihre Feindschaft zur BDP und ihren bisher noch nicht gebrochenen Verfolgungswillen ihrer Funktionäre aus.

Jedwede Bestrebungen nach kurdischer Autonomie oder nach Minderheitenrechte wurden abgelehnt und weiterhin militärisch bekämpft. Etwa 10 000 kurdische Funktionäre stehen vor Gericht oder erwarten ihre Prozesse, Tausende wurden inhaftiert.

Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses hat die AKP-Regierung es verstanden, die Macht des Militärs zurückzudrängen. In einem beispiellosen Machtkampf zwischen der Regierung und den bisher herrschenden Cliquen und das Militär hat die AKP Oberhand gewonnen. Der gesamte Generalstab und die oberste Führungsschicht im Militär wurden ausgetauscht, teilweise inhaftiert und angeklagt.

Der Wandel in der Außenpolitik

Diese wirtschaftliche und politische Entwicklung hat zu einem Wandel in der Außenpolitik geführt. Die Deutungsmacht in der Außenpolitik geht nicht mehr allein von den großen Industrien aus. Vielmehr haben sich die Klein- und Mittelindustrien über die AKP machtvoll in die Außenpolitik gedrängt.

Die AKP stützt sich in der Außenpolitik auf mehrere Denkfabriken. Eine wesentliche ist die Gülen-Bewegung. Diese hat die neue Außenpolitik der Türkei unter Führung AKP neu definiert.

Ging die türkische Außenpolitik bisher von einer ständigen Bedrohung durch Separatismus, Territorialverlust und Instabilität aus, was ihre Politik zur USA und der EU bestimmte, wandelte sich jetzt das Bild. Die AKP propagiert eine neue Außenpolitik der Partnerschaft im Raum des ehemaligen Osmanischen Reiches, besonders im Nahen und Mittleren Osten und den afrikanischen Staaten des dem Mittelmeerraums. Manchen Kommentatoren in der Türkei sprechen deshalb auch von einer neuen osmanischen Politik.

Dem Beitrittsprozess zur EU steht die AKP-Regierung skeptisch gegenüber. Die jahrelange Hinhaltetaktik und die ablehnende Politik der deutschen Merkel-Regierung und Frankreichs haben dazu geführt, dass sich die Türkei nicht als gleichberechtigter Verhandlungspartner sieht. Die türkische Regierung sprach davon, dass sie sich auch ein „norwegisches Modell“ vorstellen könnten. Die Haltung der EU in diesem Beitrittsprozess beschleunigte den

Wandel der türkischen Außenpolitik und die Wendung zu ihren traditionellen Wurzeln in Nah- und Mittelost.

Ein wesentliches Ziel ist es, die Türkei zur führenden Regionalmacht auszubauen. Hatte die Türkei diese Rolle schon in dem Kaukasusraum nach dem Zerfall der Sowjetunion einzunehmen versucht, stützt sie sich jetzt auf die alten gemeinsamen Traditionen und Verbindungen des Osmanischen Reiches. Die Türkei versucht, sich in dem politischen Umbruch im Vorderen und Mittleren Osten als politisches Vorbildmodell und Stabilitätsfaktor zu etablieren und ihre Einflusszonen auszuweiten. Erfolgreich expandierte die Türkei in den letzten Jahren wirtschaftlich in diesen Raum, in der Regel in die Staaten, die im politischen Umbruch sind wie Irak, Ägypten oder Tunesien. Auf der anderen Seite floss viel Investitionskapital aus Saudi-Arabien, Kuwait und Emiraten in die Türkei.

Diese Politik ist von den politischen Umbrüchen bedroht.

Die Außenpolitik der Partnerschaft musste schon nach kurzer Zeit wegen der politischen Entwicklungen im Irak, in Syrien und dem „arabischen Frühling“ einem Paradigmenwechsel unterzogen werden.

Während des „arabischen Frühlings“ verfolgte die Türkei ein Politik „Wir reden mit jeder Seite“. Sie lehnte bspw. eine militärische Intervention in Libyen ab und versuchte zwischen dem Gaddafi-Regime und den Aufständischen zu vermitteln. Gleichzeitig erlaubte die Türkei der Opposition, sich in der Türkei zu treffen und zu formieren. Ähnlich geht sie in Syrien vor. Auch hier auf der einen Seite Vermittlungsversuche, Rücktrittsaufforderungen und andererseits wird syrischen Oppositionsparteien in der Türkei der Raum für ihre Organisierung geboten. Die Unterstützung sunnitischer Oppositionsparteien und der sunnitischen Muslimbruderschaften, die in Tunesien, Libyen und Ägypten in den Wahlen als Sieger hervorgingen, ist ein weiteres Element der neuen türkischen Außenpolitik.

Der Irak entwickelte sich nach Rückzug der USA zu einem unkontrollierten Gebilde. Im Irak jongliert die Türkei zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Regierung im Nordirak. Die politischen Verhältnisse sind im Irak äußerst fragil, verschiedentlich wird von bevorstehendem Bürgerkrieg gesprochen. Hier stoßen die Interessen des öl- und gasreichen kurdischen Nordens mit denen der Zentralregierung zusammen. Das hat dazu geführt, dass die Türkei mit der politisch stabilen kurdischen Regierung unter Barsani offizielle diplomatische Verbindungen aufgenommen hat. Damit ist erstmals von ihrer Position abgewichen, dass sie keinen kurdischen Teilstaat oder Staat tolerieren wird.

Im Iran und in Syrien sieht sich die Türkei in ihrem Grenzgebiet ebenfalls mit kurdischen Autonomiebestrebungen konfrontiert.

Besonders in Syrien ist in der jetzigen Situation vollkommen ungewiss, wie der Bürgerkrieg ausgeht. Die syrische Opposition ist politisch tief gespalten zwischen demokratischen, nationalistischen und religiösen Gruppierungen. Teilweise sind Warlord-ähnliche Verhältnisse wie in Afghanistan anzutreffen.

Die kurdische Region in Nordsyrien entlang der türkischen Grenze ist zu mehr als 50 % unter Kontrolle der PKK-nahen PYD (Demokratischen Kurdischen Union). Zu ihren Anhängern soll etwa die Hälfte der kurdisch-syrischen Bevölkerung zählen. Nach anfänglichen Auseinandersetzungen unter den kurdischen Gruppen haben diese sich unter Vermittlung der nordirakischen kurdischen Regierung unter Barzani zu einem Hohen Kurdischen Rat zusammengeschlossen. Ihm gehören sowohl Vertreter des PYD-geführten Volksrats von Westkurdistan als auch der Kurdische Nationalrat Syriens mit über einem Dutzend Kleinparteien an. Während Barzani über

die vom Nordirak finanzierten Satellitenparteien den Einfluss auf Syrisch-Kurdistan ausdehnen will, hofft die PYD so auf diplomatische und internationale Anerkennung.

Zu den immer mehr von sunnitischen Islamisten dominierten Oppositionsgruppen, die von der AKP unterstützt werden, sind die kurdischen Organisationen auf Distanz gegangen, sie fürchten, dass ihre Autonomiebestrebungen unterdrückt werden. Die jahrzehntelange Ethnisierung des Konflikts durch das Assad-Regime trägt auch hier Früchte.

Die Kurden machen rund zehn Prozent der Bevölkerung Syriens aus. Den seit März 2011 anhaltenden Aufstand gegen das Assad-Regime nutzen sie, eine Selbstverwaltung in ihren Gebieten aufzubauen. Dazu wurden eigene Polizeikräfte und Milizen geschaffen, eigene Schulen und Kulturzentren wurden errichtet.

Eine grenzüberschreitende Verbindung zwischen den kurdischen Strukturen in der Türkei und in Syrien und dann vielleicht noch im Irak ist für Regierung und Militär in der Türkei ein Albtraum. Als Konsequenz unterstützt die regierende AKP islamistische Gruppierungen. Sie liefert ihnen Waffen, bildet sie militärisch aus, leistet Logistik. Die türkische Regierung und das türkische Militär wollen verhindern, dass in Syrien die Kurden einen offiziellen Status erhalten und eine autonome Region gründen, was einer Ermutigung für den kurdischen Aufstand im eigenen Land wäre und eine Vormachtstellung der Türkei in diesem Raum in Frage stellen würde.

Deshalb droht die türkische Regierung unablässig, dass sie in den Konflikt in Syrien eingreifen wird, einmal unter dem Motto Wahrung der Menschenrechte, das andere Mal offen gegen eine kurdische Autonomie.

Die Verhandlungen zwischen der PKK und der Regierung: Der neue „Friedensprozess“

Die politischen Entwicklungen im Irak und in Syrien führen dazu, dass die kurdischen Autonomiebestrebungen innerhalb der Türkei gestärkt werden und Fragen über neue Strukturen im Nahen und Mittleren Osten aufgeworfen werden. Die AKP-Regierung sieht dadurch den Bestand der Türkei bedroht. Ist schon die Ausstrahlung des kurdischen Teilstaates im Nordirak eine Bedrohung an sich, entwickelt sich ein ebensolcher in Syrien. Die Beziehungen der Kurden in der Türkei zu den Kurden in Syrien sind traditionell noch viel enger als zu denen im Irak. Dies kommt aus der Geschichte der Grenzziehung zwischen der Türkei und Syrien nach Ende des Osmanischen Reiches und dem endgültigen Friedensabkommen von Lausanne. Die Grenze in den kurdischen Gebieten nahm keine Rücksicht auf Sippenstrukturen, Familien, Weidegrund und bebautes Ackerland. Das spiegelt sich auch in der Struktur der PKK wieder, die in Syrien unter den Kurden einen großen Rückhalt besitzt. Der von Abdullah Öcalan propagierte Gedanke einer gleichberechtigten föderativen Struktur in diesem Raum könnte sich zu einer Lösung von vielen Konflikten beitragen.

Es scheint, dass die AKP-Regierung zu der Auffassung gekommen ist, dass der Krieg gegen die kurdische Bewegung in der Türkei nicht zu gewinnen ist und ein weiterer Jahre andauernder Krieg die Position der AKP bedroht.

Im nächsten Jahr finden in der Türkei Kommunalwahlen und danach die Parlaments- und Präsidentenwahlen statt. Ministerpräsident Erdogan kann laut der Verfassung nicht für noch eine Amtszeit kandidieren. Er will in das Amt des Präsidenten wechseln. Das Amt des Präsidenten soll mit ähnlichen Machtbefugnissen wie das französische Präsidentenamt ausgestattet werden. Die AKP will so ihre Macht in der Türkei festigen und ausbauen. Dazu muss die Verfassung geändert werden und dafür benötigt die AKP die Stimmen der kurdischen BDP. Die BDP steht einer

demokratischen Präsidialdemokratie dann nicht ablehnend gegenüber, wenn die Gewaltenteilung in einer neuen Verfassung wirksam sichergestellt wird.

Soll die Ausstrahlung der irakischen und syrischen kurdischen Autonomie nicht weiter auf die Kurden der Türkei wirken, muss die AKP nach Lösungen innerhalb der Türkei suchen. Es scheint derzeit, dass die Ausarbeitung der neuen Verfassung auf einen gemeinsamen Entwurf der AKP und BDP hinausläuft, der dann in einem Volksreferendum zur Abstimmung gestellt wird.

Die Orientierung auf die Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens und möglicher Strukturen in diesem Raum bildet eine politische Schnittmenge für Gespräche und Verhandlungen zwischen der AKP und der PKK. Gerade die Nichtorientierung der politischen Entwicklung in Anlehnung an den Westen sondern an die Geschichte und die Traditionen in diesem Raum unterscheidet ihre Politik von der der Kemalisten.

Ebenso bildet die politische und gesellschaftliche Basis der AKP und der kurdischen Bewegung (gemeint sind hiermit die PKK und die BDP) unter der ländlichen oft konservativen Bevölkerung mit ihren Traditionen gemeinsame Ansatzpunkte.

Für den Friedensprozess und den Rückzug der Guerilla der PKK wird eine ganze Reihe von Forderungen erfüllt werden müssen:

- Die Anerkennung der kurdischen Sprache in allen Lebensbereichen der Türkei wurde mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen im letzten Jahr durchgesetzt.

- Mit einer Anerkennung der Kurden und anderer Minoritäten in der Türkei muss der Staatsbürgerbegriff geändert werden. Eine neue Verfassung wird eine ethnisch neutrale Bestimmung des Staatsvolks enthalten müssen. Die kulturellen Rechte müssen in der Verfassung verankert werden.

- Die Struktur der Türkei wird sich verändern: Die kurdischen Provinzen wollen Selbstverwaltungsrechte in autonomer bzw. föderativer Form. Dazu muss das Gouverneurswesen abgeschafft werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist derzeit äußerst eingeschränkt. Die BDP fordert eine demokratische Verfassung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Ausweitung der kommunalen Selbstverwaltung stellt mit der Forderung nach einer eindeutigen Regelung der Gewaltenteilung die Grundvoraussetzung einer Zustimmung der BDP zu einer Präsidialdemokratie dar.

- Die Antiterrorgesetze, nach denen die kurdischen Funktionäre, Journalisten, Gewerkschafter usw. angeklagt werden, müssen geändert werden.

- Die politischen Prozesse müssen eingestellt, die politischen Gefangenen freigelassen werden.

- Eine Amnestieregelung muss ausgearbeitet werden, damit die Guerillakämpfer und die Funktionäre der PKK wieder in das zivile Leben eingegliedert werden können. Nicht zuletzt stellt sich die Frage einer Freilassung Öcalans aus dem Gefängnis auf Imrali.

- Damit die türkische und die kurdische Gesellschaft sich annähern, schlagen PKK und BDP angelehnt an Südafrika Wahrheitskommissionen vor, damit die 40 Jahre Krieg auch gesellschaftlich aufgearbeitet werden können.

Ein solcher Friedensprozess ist komplex, zieht sich über viele Jahre, ist fragil und wird jederzeit von der einen oder anderen Seite bedroht werden. Die AKP sieht sich derzeit wohl in der Lage, das türkische Lager für die Verhandlungen mit der PKK und der BDP zu gewinnen. Von kurdischer Seite ist die Verhandlungsbereitschaft deutlich an Newroz demonstriert worden. Beide Verhandlungsseiten haben sicherlich unterschiedliche Vorstellungen über die Struktur im Nahen und Mittleren Osten. Das dokumentiert die Rede Öcalans deutlich. Aber eine Alternative zu ▶

► diesem Friedensprozess innerhalb der Türkei gibt es nicht. Der Beginn des Rückzugs der bewaffneten Kräfte der PKK steht unmittelbar bevor. Auch dieser Vorgang ist schwierig und komplex und jederzeit bedroht.

Aus Europa und aus Deutschland kann dieser Friedensprozess durchaus unterstützt werden. Erste Schritte wären die Streichung der PKK von der europäischen Terrorliste

und die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland. Sicherlich wären das Aufgaben linker Abgeordneter in den Parlamenten.

Nützlich wäre auch, wenn eine Verständigung auf kommunaler Ebene mit und zwischen den Verbänden und Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten gefördert wird.

Aufhebung des PKK-Verbotes steht auf der Tagesordnung – Noch wenig Bewegung in Parteien- und Regierungspolitik.

Aus Parteiverlautbarungen und Presse

Dass mit Öcalans historischer Erklärung zu Newroz 2013 und den de facto Verhandlungen zwischen türkischer Regierung und PKK jetzt in Deutschland die Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Verbotes aktuell und unausweichlich auf der Tagesordnung steht, wird offensichtlich nur als Ergebnis politischer Auseinandersetzung in das Feld der aktuellen Parteien und Regierungspolitik vordringen. Jedenfalls ist bisher – soweit ersichtlich – noch in keiner Parteien- oder Regierungserklärung zur Unterstützung der von Özalan erklärten Waffenruhe, zu den Gesprächen zwischen PKK und türkischer Regierung und zu einem neuen Friedensprozess in der Türkei auch nur andeutungsweise der Zusammenhang zur Änderung deutscher Politik formuliert. Weder der zur notwendigen Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland, noch der zur notwendigen Änderung von Merkels Regierungspolitik zu einem EU-Beitritt der Türkei.

Westerwelle 21.3.2013: Berlin (dpa) – Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat den Aufruf des kurdischen Rebellenführers Abdullah Öcalan zu einer Waffenruhe in der Türkei als „großen Schritt hin zu mehr gegenseitigem Vertrauen“ gewürdigt. „Nun kommt es darauf an, dass den Ankündigungen konkrete Schritte folgen und die Waffen tatsächlich schweigen“, erklärte Westerwelle am Donnerstag in Berlin. „Das würde den Raum für politische Vereinbarungen schaffen, mit denen dauerhaft ein Ende von Konfrontation und Gewalt erreicht werden kann und auch Vorstellungen der kurdischstämmigen Bürger der Türkei auf legitime Weise im Rahmen des türkischen Staates abgebildet würden.“

SPD, Pressemitteilung 21.3.2013: „Zur heute von Kurdenführer Abdullah Öcalan verkündeten Waffenruhe im Kurdenkonflikt erklärt die stellvertretende außenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Uta Zapf:

Wir begrüßen, dass Kurdenführer Abdullah Öcalan heute, am Tag des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ die Waffenruhe im Kurdenkonflikt ausgerufen hat.

Gleichzeitig appellieren wir an alle Seiten, den Prozess der Aussöhnung intensiv voran zu treiben und die politischen Gefangenen frei zu lassen. Wichtig ist es auch die Gesetzgebung insbesondere im Hinblick auf die Meinungsfreiheit und die Gewährleistung der Bürgerrechte weiter zu reformieren. Insbesondere die Abschaffung des sogenannten „Terrorparagrafen“ gehört auf die Tagesordnung. Die Kurden in der Türkei müssen endlich ihre politischen und kulturellen Rechte erhalten.

Ein langer Prozess der Demokratisierung – den wir kritisch begleitet haben – macht es möglich, dass ein Ende des Kurdenkonfliktes in Sicht ist. Es ist zu wünschen, dass die Ernsthaftigkeit beider Seiten zu dessen endgültiger Beilegung führt.“

Roth, Die Grünen, „In Deutschland begrüßte am Donnerstag Grünen-Chefin Claudia Roth den Friedensprozess. Roth, die sich seit langem für die Rechte der Kurden

und für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei einsetzt, sagte der Frankfurter Rundschau: „Der Aufruf von Öcalan und der PKK-Führung für eine Waffenruhe und den Abzug kurdischer Kämpfer aus der Türkei gibt Hoffnung, dass die diesjährigen Newroz-Feiern nicht nur den Frühlingsbeginn einläuten, sondern auch endlich Frieden bringen können. Nach nun über 30 Jahren Krieg und über 40 000 Toten ist das eine historische Chance, die von der türkischen Regierung wie von der PKK nicht verspielt werden darf.“ (FR 22.3.2013)

DIE LINKE, Pressemitteilung 21.3.2013, Bundesregierung muss Friedensprozess in der Türkei aktiv unterstützen. „Die Ankündigung eines Waffenstillstands durch Abdullah Öcalan ist sehr zu begrüßen. Die Türkei braucht Frieden. Kurdinnen und Kurden dürfen nicht weiter diskriminiert werden. Jetzt ist die AKP-Regierung gefordert, endlich den Weg freizumachen für eine politische Lösung des Konflikts“, erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen und Vizepräsidentin der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe im Bundestag, zum Aufruf Abdullah Öcalans für einen Waffenstillstand in der Türkei. Dagdelen weiter:

„Ausdrücklich zu unterstützen ist auch die Initiative von Abdullah Öcalan für eine Demokratisierung in der gesamten Türkei. Der Weg in einen islamistischen Unterdrückungsstaat, wie ihn die AKP seit Jahren mit der politischen Verfolgung Andersdenkender beschreitet, muss beendet werden. Die AKP ist gefordert, die ausgestreckte Hand jetzt nicht zurückzuweisen. Es ist höchste Zeit für ein Signal von Seiten der türkischen Regierung, dass es ihr ernst ist mit wirklichen Verhandlungen und einer Demokratisierung der gesamten Türkei. Die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei wäre ein solches Signal. Die Bundesregierung ist gefordert, den innenpolitischen Friedensprozess zu unterstützen. Dazu muss sie ihre Beziehungen zu den türkischen Staats- und Justizorganen grundlegend revidieren. Angesichts der tausenden von politisch Verfolgten in der Türkei, angefangen von Journalisten über Gewerkschaftern und kurdischen Politikerinnen und Politikern, ist die Bundesregierung gefordert, jede Kooperation mit den türkischen Sicherheits- und Justizbehörden einzufrieren bis die Verfolgung politisch Andersdenkender und Oppositioneller in der Türkei beendet wird.“

Einer der wenigen öffentlichen Hinweise auf notwendige innenpolitische Änderungen in Deutschland und Europa findet sich in einem Kommentar der Frankfurter Rundschau vom 22.3.2013 von Thorsten Knuf. Äußerst vorsichtig – aber immerhin – schreibt er:

Frankfurter Rundschau vom 22.3.2013. „...Womöglich erleben wir gerade den Anfang vom Ende eines Konflikts, der seit fast 30 Jahren die türkische Innenpolitik

lähmt, der die Annäherung des Landes an Europa bremst, Zehntausende Tote forderte und Millionen von Menschen aus Südostanatolien in die westtürkischen Großstädte trieb. Militärisch war dieser Konflikt nicht zu gewinnen. Das haben Öcalan und die türkische Regierung gleichermaßen erkannt.

Dafür verdienen beide Seiten Unterstützung. Sollte der Friedensprozess tatsächlich Form annehmen, gibt es noch einen Grund weniger, die Annäherung der Türkei an die EU zu verzögern. Früher oder später wird sich den Europäern auch die Frage stellen, ob sie die PKK dauerhaft als terroristische Organisation betrachten sollen.“

Nur, die Frage stellt sich nicht früher oder später, sondern jetzt. Und die Beantwortung der Frage jetzt oder „später“, also „erstmal nicht“, ist dann auch der Beitrag in Deutschland und aus Deutschland zum Fortschritt des Friedensprozesses oder der seines – immer auch möglichen – Scheiterns. Die kurdische Bevölkerung lebt nicht nur in der Türkei im Nahen-Osten in mehreren Ländern, sie lebt auch in Europa über mehrere Länder verstreut. Die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden (rd. 1. Million Menschen) sind auch Teil des Friedensprozesses. Eine Regierungspolitik, die einerseits der türkischen Regierung gute Ratschläge zum Frieden mit der PKK gibt, gleichzeitig aber – wie Merkel und Innenminister Friedrich bei ihren Türkei-Besuchen – sich als verlässliches PKK-Verfolgungsorgan andient, handelt im kurdisch/türkischen Konflikt als Aktivreserve der türkischen Regierungspolitik und damit alles andere als friedensvermittelnd.

Über Innenminister Friedrichs Türkei-Besuch im Februar 2013 war zu lesen:

Der Tagesspiegel, 6.2.2013, „Sind Deutschland und Frankreich in Sachen Terrorbekämpfung zu lasch? Diesen Vorwurf des türkischen Ministerpräsidenten wollte Innenminister Hans-Peter Friedrich nicht auf sich sitzen lassen und reagierte bei einem Türkei-Besuch nun ungewöhnlich scharf Nach Erdogans scharfer Kritik an den angeblich nachlässigen Europäern und ähnlichen Beschwerden aus der türkischen Regierung und der Presse herrschte auf deutscher Seite der Eindruck, dass den aus Berliner Sicht reichlich unberechtigten Beschwerden etwas entgegengesetzt werden müsse. Deshalb ging Friedrich schon auf der ersten Station seiner Türkei-Reise in Istanbul in die Vollen.“

Natürlich unternehme Deutschland alles, um die verbotene kurdische Rebellengruppe PKK und andere Radikale zu bekämpfen, sagte Friedrich. „Wir können allerdings nicht wahllos Leute festnehmen.“

Und zu Merkels Türkei-Besuch ebenfalls im Februar diesen Jahres schreibt der Tages-Anzeiger:

Tages Anzeiger 25.2.2013: „Merkel sicherte der Türkei zudem die Unterstützung Deutschlands bei der Verfolgung von Mitgliedern der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu. Sie forderte die Türkei aber auch auf, die Rechte von Religionsgemeinschaften und Journalisten zu achten.“

Über SPD-Chef Gabriel, kurz nach Merkel in der Türkei, berichtet die Welt (23.3.2013) unter der Überschrift: „Türkei: Gabriel verspricht Doppelpass und rügt Kurden-Politik“:

Die Welt, 23.3.2013. „Bei Erdogan geht es wieder ruhiger zu. Der Premier möchte die Kanzlerin in Deutschland nicht verärgern mit zu viel Aufwartung für den SPD-Vorsitzenden. Gabriel kennt die Probleme der Türkei in den Bereichen Kultur und Religionsfreiheit – und besonders der kurdischen Minderheit. Mehrfach spricht der SPD-Vorsitzende in dem anderhalbstündigen Gespräch – länger

als geplant – diese Themen bei Erdogan an. „Es war eine gute und freundschaftliche Begegnung“, sagt er später.“

Man darf gespannt sein, welche Vorschläge die SPD als Oppositionspartei im deutschen Bundestag zur Politik gegenüber den Kurdinnen und Kurden in Deutschland macht.

Aber, alle Parteien sind gefordert, sowohl Regierung wie Opposition, getroffene Entscheidungen im Licht der aktuellen und weitreichenden Entwicklungen neu zu bewerten und neu zu entscheiden. Das gebietet schon das Normalmaß politischer Umsicht.

Eine gerade erst im letzten Herbst erfolgte Fehlentscheidung prangt auf der Website des Deutschen Bundestages (Dokument http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41003455_kw42_pa_petitionen_kurden/index.html) mit Datum vom 15.10.2012. Es ist die Abschmetterung einer Petition der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (Yek-Kom), die von 53.657 Menschen unterzeichnet wurde. (Unter der Seitenadresse auch Download der Petition, eingereicht am 12.9.2011.)

Website des Deutschen Bundestages, 15.10.2012: „Kurdische Arbeiterpartei PKK bleibt in Deutschland verboten“ – Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bleibt in Deutschland verboten. Das stellte Dr. Christoph Bergner (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI), am Montag, 15. Oktober 2012, vor dem Petitionsausschuss unter Vorsitz von Kersten Steinke (Die Linke) klar. „Die PKK unterminiert das friedliche Zusammenleben von Kurden und Türken in Deutschland und ist ein destruktiver Faktor für die hiesige Sicherheit“, sagte Bergner. Seit drei Jahrzehnten werde versucht, den in der Türkei mit terroristischen Mitteln geführten Konflikt zeitgleich in Europa präsent zu halten. Derzeit sei eine wachsende Zahl militanter Aktionen auch in Deutschland zu verzeichnen, so der BMI-Staatssekretär.“

Petition der Föderation kurdischer Vereine

Damit stellte sich Bergner in der von Kersten Steinke (Die Linke) geleiteten Sitzung gegen eine der zwölf Forderungen aus einer öffentlichen Petition der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (Yek-Kom), die von 53.657 Personen mitgezeichnet wurde. Vor dem Ausschuss sagte der Yek-Kom-Vorsitzende Yüksel Koc, eine Aufhebung des PKK-Verbotes könne dazu führen, dass Kurden und Türken gelassener miteinander umgehen können, weil das „Damoklesschwert der Kriminalisierung“ sie nicht mehr blockiere. „Der Integrationsprozess der Kurden könnte so erleichtert und beschleunigt werden“, sagte Koc. Er forderte die Bundesregierung zudem auf, sich verstärkt für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einzusetzen. Gerade zu Zeiten des Arabischen Frühlings böte sich die Chance, den Konflikt zu lösen. Um Missverständnissen vorzubeugen machte der Petent klar, dass die Kurden keinen Minderheitenstatus in Deutschland forderten, wie teilweise berichtet worden sei. Es gehe lediglich darum, als eigenständige Immigrationsgruppe anerkannt zu werden, sagte Koc. „Wir sind keine Türken, keine Araber und keine Perser“, führte er aus.

Regierungsvertreter: Unklar beschriebene Forderung

Für Staatssekretär Bergner eine „unklar beschriebene Forderung“. Es gebe kein Verfahren für eine hoheitliche Anerkennung bestimmter Immigrationsgruppen, sagte er. Was die Kurdenfrage angeht, so setze sich die Bundesregierung für eine politische Lösung des Konflikts ein. Insofern begrüße man die von der Türkei erklärte demokratische Öffnung, die zur Stärkung der kulturellen Rechte der Kur-

► den geführt habe, betonte Bergner unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes. Zur Kritik des Kurden-Vertreters am Vorgehen deutscher Standesbeamter, die es kurdischen Eltern verweigert hätten, ihren Kindern kurdische Vornamen zu geben, da diese „nicht auf einer Namensliste des türkischen Konsulates“ gestanden hätten, verwies Bergner auf die türkische Rechtslage, die hier zur Anwendung komme. Die Aussage des türkischen Konsulates habe aber für den deutschen Standesbeamten nur den Wert einer gutachterlichen Stellungnahme, so dass es in der Regel möglich sein müsse, kurdische Vornamen zu vergeben.

Yek-Kom verweist auf „Vorbildrolle des Bundes“

Auf den Einwand der Abgeordneten, viele der Forderungen der Yek-Kom, wie etwa jene nach kurdischem Schulunterricht oder der Pflege kurdischer Kultur seien „Ländersache“, verwies Koc auf die „Vorbildrolle des Bundes“. Es sei gut, wenn der Petitionsausschuss auf Bundesebene ein politisches Signal an die Länder senden könnte, sagte Koc. Er habe die Erfahrung gemacht, dass viele Länder nicht weiter gingen als es der Bund vormache. (hau/15.10.2012)“

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Regierungsvertreters im Petitionsverfahren, der die Forderung nach gesonderten Hoheitsrechten unterstellte, begründet der Petitionsantrag gerade den lebenspraktischen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Lebensverhältnissen und – Umständen der kurdischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland und der Repression durch das PKK Verbot. Forderung 2 des Antrages begründet die Notwendigkeit der Aufhebung des PKK-Verbotes im Gesamtkontext der Petition sowohl innenpolitische als auch als Beitrag zur Lösung der „Kurdischen Frage in der Türkei“, auf die aktuelle Entwicklung bezogen also als Beitrag zum kurdisch/türkischen Friedensprozess. „2. Um sowohl die Integration der Kurden in die deutsche Gesellschaft zu fördern als auch die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei zu unterstützen, sind die Aufhebung des PKK-Verbots und damit zusammenhängende Berätigungsverbote kurdischer Organisationen sowie die Beendigung der Repressionsmaßnahmen unerlässlich.“

Wenn die Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots nicht nur neue und neueste Aktualität erhält, wenn sie vielmehr auch neue Argumente jetzt als Teil des kurdisch/türkischen Friedensprozesses aufnehmen und vermitteln muss und damit neu Unterstützung gewinnen kann, und wenn sie schließlich jetzt auch im europäischen Kontext neu zu formulieren ist, dann ist natürlich die Frage von Belang: welche Rolle spielt der kurdisch/türkische Konflikt überhaupt im europäischen Parlament.

Dazu abschließend Auszüge aus einem Beitrag von Jürgen Klute (MdEP, DIE LINKE), der heute leider nicht als Referent an dieser Diskussion teilnehmen kann wegen seiner Teilnahme am Newroz-Fest in Diyarbakir.

<http://www.juergen-klute.eu/de/topic/14.themen.html?tag=Kurden>. **Aus: Das Schweigen ist gebrochen: EU-Abgeordnete entdecken die Kurdenfrage neu.**

HINTERGRUNDBEITRAG von J. KLUTE / H.

PENZER, 15.2.2013: Wenig hat man in den vergangenen Jahren von den EU-Institutionen gehört, wenn es um die Lage der Kurden in der Türkei ging. Wenig Kritik angesichts der andauernden Versuche der türkischen Behörden, die kurdische Opposition im eigenen Land über Verhaftungen, Einschüchterungen und drakonisch bis lächerliche Gerichtsurteile mundtot zu machen. Die Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union gingen ihren Gang, auch wenn greifbare Fortschritte ausblieben. Die EU-Kommission zeigte guten

Willen und präsentierte ihren Plan zur ‚positiven Agenda‘, über die Zusammenarbeit zwischen Kommissions- und türkischen Beamten intensiviert werden sollte.

Allzu verständlich, dass kurdische Vertreter wie Leyla Zana immer wieder das Schweigen Europas gegenüber der politischen und kulturellen Unterdrückung der Kurden in der Türkei beklagten!

Umso überraschender kam für viele die Ankündigung des Europäischen Parlaments, Anfang Februar eine ausführliche Debatte über die Lage der Kurden in der Türkei – genauer: über den aktuellen Stand der Friedensgespräche zwischen Abdullah Öcalan und der türkischen Regierung – zu führen. Nach Jahren, in denen die Menschenrechtslage der Kurden im Beitrittsland Türkei nur wenig Beachtung im Europäischen Parlament gefunden hat, haben die Abgeordneten am 6. Februar zum ersten Mal in dieser Form den Kurdenkonflikt thematisiert.

Das EU-Parlament und die Kurden – was bisher geschah:

Doch das Eintreten des EU-Parlaments für die Rechte der Kurden hat durchaus Geschichte – auch wenn diese bereits einige Jahre zurückliegt. Das sichtbarste und dauerhafteste Zeichen, dass die Abgeordneten bisher gesetzt haben, war ohne Zweifel die Verleihung des Sacharov-Preises für gedankliche Freiheit 1995 an Leyla Zana. Die Abgeordneten zeigten so ihre Empörung angesichts der Verurteilung Zanas zu 15 Jahren Haft für einen kurzen, auf kurdisch gesprochenen Satz im Anschluss an ihre Vereidigung zur Abgeordneten im türkischen Parlament: „Es lebe die türkisch-kurdische Brüderschaft!“. Eine Friedensbotschaft, für die der zuständige Staatsanwalt drei Jahre später die Verhängung der Todesstrafe forderte.

Menschenrechtspolitik der Konservativen: Partner werden reingewaschen

Einer engagierteren oder wenigstens konstruktiveren Rolle des Europaparlaments in der Kurdenfrage standen zuletzt eine ganze Reihe von Hindernissen im Wege. Das vielleicht wichtigste Hindernis liegt in einem Wandel der politischen Kräfteverhältnisse in der EU. Über zwanzig Jahre lang, von 1979 bis 1999 stellten Sozialdemokraten die größte Fraktion im Europäischen Parlament. In den vergangenen zehn Jahren haben sich Europas Kräfteverhältnisse nach Rechts verschoben – ein Wandel, der durch die Aufnahme elf mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU 2004/07 zementiert wurde.Neuerdings scheint das Engagement der BDP als Assoziierungsmitglied der ‚Partei der Europäischen Sozialisten‘ (PES) wertvolle Früchte zu tragen.

Mit Erweiterungskommissar Stefano Füle und dem 2012 zum Präsidenten des Europaparlaments gewählten Martin Schulz besetzen aktuell zwei sozialdemokratische Politiker Schlüsselfunktionen in der EU für die Beziehungen zur Türkei. Und tatsächlich sind die Fortschritte seit dem Beginn der Amtszeit des neuen Parlamentspräsidenten spürbar. Die schnelle Freilassung der ehemaligen Abgeordneten Feleknas Uca ging im Wesentlichen auf seine Intervention bei den türkischen Behörden zurück. Auch im Plenum hat er mehrmals mit deutlichen Worten interveniert, etwa zum Hungerstreik in der Türkei oder zur Ermordung von Fidan Dogan, Sakine Cansiz und Leyla Söylemez in Paris.

Findet das Parlament unter Martin Schulz zurück zu einer glaubwürdigen Rolle?

So war es auch die schreckliche Bluttat von Paris, die letztlich den Anstoß zur Debatte um den Friedensprozess von Imrali gegeben hat...

Der bemerkenswerten Aussage von Ria Oomen-Ruijten, nach der man die Gespräche über eine politische Lösung der Kurdenfrage lieber der türkischen Regierung überlassen solle, widersprach der FDP-Abgeordnete Alexander

Graf Lambsdorff vehement: „Das ist keine Sache, die man hinter verschlossenen Türen und in aller Stille bearbeiten kann. Ja, die Situation, was Sprache, Schulen, Gerichte angeht, hat sich für die Kurden verbessert. Wir sehen gleichzeitig aber eine massive Repressionskampagne gegen die KCK, also gegen Leute, die im Südosten der Türkei hauptsächlich kommunalpolitisch aktiv sind. Ich glaube, dass deswegen die öffentliche Debatte mit dieser Debatte heute hier im Europäischen Parlament vielleicht beginnen kann, dass sie Fahrt aufnehmen kann, dass das Kurdenproblem nicht mehr im Windschatten unserer Aufmerksamkeit liegt, sondern dass wir es öffentlich debattieren.“

Die Plenardebatte zur Kurdenfrage war ein wichtiger Erfolg für alle, die sich einen konstruktiveren Einsatz der EU für die Rechte der Kurden wünschen. Dass die Debatte einen dauerhaften Bewusstseinswandel in Gang setzen könnte, dazu hat im Wesentlichen der Parlamentsbesuch einer durch Selahattin Demirtas angeführten BDP-Delegation beigetragen. In seinen Treffen mit zentralen Ent-

scheidungsträgern ist es Demirtas gelungen, Zweifel am überzeugten Engagement der BDP für Frieden und Stabilität in der Region auszuräumen und sich als Verbündeter für Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei anzubieten.

In seinem Abschluss-Statement stellte Kommissar Füle heraus, dass er sich in den Gesprächen mit der BDP-Delegation von der positiven Haltung und dem entschiedenen Bestreben der Kurden überzeugen konnte, die Friedensgesprächen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.“

Am 13.3.2013 hat DIE LINKE eine kleine Anfrage im Bundestag unter dem Titel „Maßnahmen gegen die Betätigung der Arbeiterpartei Kurdistans“ gestellt. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/127/1712775.pdf>) In 30 Punkten und weiteren Unterpunkten wird die Situation zum PKK-Verbot abgefragt. Die Beantwortung der Anfrage wird zusätzlichen weiteren Stoff für die aktuelle Begründung der Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots liefern.

Christoph Cornides



Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013

Ich gratuliere zum Newrozfest der Freiheit für die Unterdrückten.

Ich grüße die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens, die Newroz, den Tag des Erwachens und des neuen Lebens, gemeinsam und in großer Zahl feiern.

Gegrüßt seien die Geschwistervölker, die Newroz, das Licht und den Beginn einer neuen Ära, mit Begeisterung und in demokratischer Toleranz feiern.

Gegrüßt seien alle, denen demokratische Rechte, Freiheit und Gleichheit auf ihrer langen Reise den Weg weisen. Euch grüßen von den Hängen von Zagros und Taurus, aus den Tälern von Euphrat und Tigris die Kurden, eines der ältesten der antiken Völker, das in Anatolien und Mesopotamien die Landwirtschaft, die dörfliche und die städtische Zivilisation hervorgebracht hat.

Die Kurden haben mit Angehörigen anderer Völker, Religionen und Konfessionen Tausende von Jahren freundschaftlich und geschwisterlich zusammen in diesen Zivilisationen gelebt und sie gestaltet. Für sie sind die Flüsse Euphrat und Tigris die Geschwister von Sakarya und Mariza, die Berge Ararat und Dschudi sind die Freunde von Pontus und Erciyes. Die Tänze Halay und Delilo sind die Verwandten von Horon und Zeybek.

Diese großen Zivilisationen, diese verschwisterten Gemeinschaften wurden durch politischen Druck, Interventionen von außen und Partikularinteressen gegeneinander ausgespielt. Ordnungen wurden errichtet, die nicht auf Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit aufgebaut waren. Die Eroberungskriege der letzten 200 Jahre, die imperialistischen Interventionen des Westens und repressives und ignoranten Denken hatten zum Ziel, arabische, türkische, persische und kurdische Gemeinschaften durch Mikro-Nationalstaaten, künstliche Grenzen und künstliche Probleme zu ersticken.

Die Zeit der Kolonialregime, des repressiven und ignoranten Denkens ist abgelaufen. Die Völker des Mittleren Ostens und Zentralasiens wachen endlich auf. Sie wenden sich einander und ihren Wurzeln zu. Sie wollen nicht mehr verblendet und in Kriegen aufeinander gehetzt werden.

Die Menschen, vom Feuer von Newroz ergriffen, füllen zu Hunderttausenden und Millionen die Plätze und wollen endlich Frieden, Geschwisterlichkeit und eine Lösung.

Durch diesen Kampf, der mit meinem individuellen Aufstand gegen die Ausweglosigkeit, in die ich geboren wurde, gegen Ignoranz und Knechtschaft begann, wollte ich ein Bewusstsein, ein Denken, einen Geist gegen jede Art von

Zwang schaffen. Heute sehe ich, wie weit dieser Aufschrei geführt hat.

Unser Kampf war niemals gegen ein Volk, eine Religion, eine Konfession oder Gruppe gerichtet, das könnte niemals der Fall sein. Unser Kampf richtete sich gegen Unterdrückung, Unwissen, Ungerechtigkeit und erzwungene Rückständigkeit, gegen alle Formen von Repression und Knechtschaft.

Heute wachen wir in einer neuen Türkei, einem neuen Mittleren Osten auf und sehen in eine neue Zukunft.

Jugend, die meinem Ruf folgen will; Frauen, die meine Botschaft in ihr Herz lassen; Freunde, die meine Worte respektieren; Menschen, die mich anhören wollen:

Heute beginnt eine neue Ära.

Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik.

Es beginnt eine Ära, die sich vorwiegend um Politik, Soziales und Wirtschaft dreht; es entwickelt sich ein Denken, das auf demokratischen Rechten, Freiheit und Gleichheit beruht.

Wir haben Jahrzehnte unseres Lebens für dieses Volk geopfert und einen großen Preis gezahlt. Keines dieser Opfer, keiner dieser Kämpfe war umsonst. Die Kurden haben zu sich selbst zurückgefunden und ihre Identität zurückgewonnen.

Wir sind an dem Punkt zu sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen. Das Paradigma der Moderne von Ignoranz, Verleugnung und Ausgrenzung ist zerschlagen. Ob Türken, Kurden, Lasen oder Tscherkessen – die Menschen bluten und mit ihnen blutet das Land.

Vor Millionen von Zeugen, die diesen Aufruf hören, sage ich: Endlich beginnt eine neue Ära, nicht die Waffen, sondern die demokratische Politik wird im Vordergrund stehen. Die Zeit ist gekommen, unsere bewaffneten Kräfte hinter die Grenze zurückzuziehen.

Ich bin der Überzeugung, dass alle, die an unsere Sache glauben und mir vertrauen, in höchstem Maße auf den sensiblen Charakter dieses Prozesses Rücksicht nehmen werden.

Dies ist kein Ende, sondern ein Neubeginn. Der Kampf ist nicht zu Ende, sondern ein neuer, anderer Kampf beginnt.

Ethnisch reine und mono-nationale Gebiete zu schaffen, ist eine unmenschliche Praxis der Moderne, die unseren Wurzeln und unserer Identität widerspricht.

Um ein Land zu schaffen, das der Geschichte Kurdistans und Anatoliens würdig ist und das allen Völkern einschließlich der Kurden Gleichheit, Freiheit und Demokratie bietet, kommt allen eine große Verantwortung zu. Ich rufe anlässlich dieses Newrozfestes genauso wie die Kur-

den auch die Armenier, Turkmenen, Aramäer, Araber und alle anderen Völker dazu auf, das Licht der Freiheit und Gleichheit, das aus den heute angezündeten Feuern leuchtet, auch als ihre eigenes Licht der Freiheit und Gleichheit zu betrachten.

Verehrtes Volk der Türkei,

das türkische Volk, das in der Türkei, dem antiken Anatolien, lebt, soll wissen, dass das beinahe tausendjährige Zusammenleben mit den Türken unter der Flagge des Islam auf dem Gesetz von Geschwisterlichkeit und Solidarität beruht. In diesem Gesetz der Geschwisterlichkeit in seiner wahren Bedeutung ist kein Platz und darf kein Platz sein für Eroberung, Verleugnung, Zurückweisung, Zwangsassimilation und Vernichtung.

Die Politik des letzten Jahrhunderts basierte auf Repression, Vernichtung und Assimilation und stützte sich auf die kapitalistische Moderne. Sie stellte das Bestreben einer kleinen Machtelite dar, welche die Geschichte und das Gesetz der Geschwisterlichkeit in ihrer Gänze leugnete, aber nicht den Willen des Volkes repräsentierte. Heute ist offensichtlich, dass dieses Joch der Tyrannei der Geschichte und der Geschwisterlichkeit widerspricht. Um es gemeinsam abzuwerfen, rufe ich uns alle als die beiden grundlegenden strategischen Mächte des Mittleren Ostens dazu auf, die demokratische Moderne in einer Weise aufzubauen, die unseren Kulturen und Zivilisationen gerecht wird.

Die Zeit des Streits, der Konflikte und der gegenseitigen Verachtung ist vorbei, die Zeit ist reif für Einheit, Gemeinsamkeit, Umarmung und Vergebung.

Türken und Kurden sind gemeinsam bei Çanakkale gefallen, sie haben den Befreiungskrieg zusammen geführt, 1920 das Parlament gemeinsam eröffnet.

Die Tatsache unserer gemeinsamen Vergangenheit legt uns nahe, auch unsere gemeinsame Zukunft zusammen aufzubauen. Der Gründungsgeist der Nationalversammlung der Türkei erleuchtet auch die neue Ära, die heute beginnt.

Ich rufe alle Vertreter der unterdrückten Völker, Klassen und Kulturen, die Frauen als älteste Kolonie und unterdrückte Klasse, die Angehörigen unterdrückter Konfessionen, Glaubensrichtungen und anderer kulturellen Gruppen, die Repräsentanten der Arbeiterklasse und alle vom System Ausgegrenzten auf: Das System der Demokratischen Moderne ist die neue Option des Wegs aus der Unterdrückung. Nehmt Euren Platz darin ein und eignet Euch seine Mentalität und Form an.

Der Mittlere Osten und Zentralasien sind auf der Suche einer zeitgemäßen Moderne und einem demokratischen Konzept, das ihrer eigenen Geschichte entspricht. Die Suche nach einem Modell, welches das freie und geschwisterliche Zusammenleben aller zulässt, ist zu einem so dringlichen Bedürfnis wie Brot und Wasser geworden.

Es ist unvermeidlich, dass wieder Anatolien und Mesopotamien, die dortige Kultur und Zeit, Vorreiter bei seinem Aufbau sein werden.

Es ist, als erlebten wir eine aktualisierte, kompliziertere und verschärfte Version des Befreiungskriegs, der sich in der jüngeren Geschichte im Rahmen des Nationalpaktes [1920] unter Führung der Türken und Kurden entwickelte.

Wir arbeiten daran, ein neues Modell aufzubauen, welches trotz aller Fehler und Defizite der letzten neunzig Jahre von Neuem alle Betroffenen, alle Völker die schlimmes Leid erlitten haben, alle Klassen und Kulturen einbezieht. Ich rufe alle diese Gruppen dazu auf, sich auf egalitäre, freie und demokratische Weise zu organisieren.

Kurden, Turkmenen, Aramäer und Araber, die in Verletzung des Nationalpaktes geteilt wurden und heute in Syrien und der Arabischen Republik Irak schweren Konflikten



und Problemen ausgesetzt sind, rufe ich auf, gemeinsam auf, in einer „Nationalen Solidaritäts- und Friedenskonferenz“ ihre Situation zu diskutieren, ein Bewusstsein zu schaffen und Beschlüsse zu fassen.

In der Geschichte dieser Gegend der Welt spielt der Begriff „Wir“ eine wichtige Rolle. Dieser breite und umfassende Begriff wurde von elitären Machtcliquen auf ein „Einzig“ reduziert. Die Zeit ist reif, dem Begriff des „Wir“ seine frühere Seele und Praxis zu verleihen.

Wir werden uns zusammenschließen gegen diejenigen, die uns spalten und aufeinander hetzen wollen. Wir werden uns vereinen gegen diejenigen, die uns teilen wollen.

Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wandert auf den Müllhaufen der Geschichte. Wer sich gegen den Strom des Wassers stellt, wird auf den Abgrund zugetrieben.

Die Völker der Region werden Zeugen einer neuen Morgendämmerung. Die Völker des Mittleren Ostens sind der Kriege, der Konflikte und der Spaltungen müde und wollen endlich auf ihren eigenen Wurzeln neu erblühen, Schulter an Schulter aufstehen.

Dieses Newroz ist für uns alle eine frohe Botschaft.

Die Wahrheiten in den Botschaften von Moses, Jesus und

Mohammed werden heute mit neuen frohen Botschaften lebendig. Die Menschen versuchen, das Verlorene zurückzugewinnen.

Wir leugnen nicht komplett die gegenwärtigen zivilisatorischen Werte des Westens.

Wir nehmen ihre Werte von Aufklärung, Freiheit, Gleichheit und Demokratie und führen sie in eine lebendige Synthese mit unseren eigenen Werten und universellen Formen des Lebens.

Die Basis des neuen Kampfes sind Gedanken, Ideologie, demokratische Politik und der Beginn einer großen demokratischen Offensive.

Gegrüßt seien alle, die diesen Prozess und eine demokratische und friedliche Lösung unterstützen!

Gegrüßt seien alle, die Verantwortung übernehmen für Gleichheit, die Geschwisterlichkeit der Völker und demokratische Freiheit!

Es lebe Newroz, es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!

Gefängnis Imrali, 21. März 2013

Abdullah Öcalan

Übersetzung aus dem Türkischen: Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., www.civaka-azad.org // info@civaka-azad.org, Bornheimer Landstraße 48, 60316 Frankfurt

VEREINSNACHRICHTEN

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2012 und Haushaltsplan 2013

(Alle Angaben in Euro)

	Ist 2011	Plan 2012	Ist 31.12.12	Plan 2013
Beiträge	27.817,48	28.500,00	30.974,55	29.000,00
Ausgaben				
Politische Berichte	24.464,72	25.104,00	26.236,34	21.800,00
Aufwandentschädigungen	360,00	360,00	320,00	320,00
Reise- Raumkosten Vorstand	1.498,80	1.200,00	1.931,10	1.400,00
Reise- und Raumkosten Verein	4.734,85	3.000,00	4.101,45	3.600,00
Kosten Geldverkehr	77,55	78,00	124,29	130,00
Porto, Ergebnisheft	361,63	360,00	439,17	400,00
Gesamte Ausgaben	31.497,23	30.102,00	33.152,35	27.650,00
SALDO	./3.679,75	./1.602,00	./2.177,80	+ 1.350,00

Kassenbestand per 31.12.12: 507,59 Euro

Kontobestand per 31.12.12: 2.092,80 Euro

Zur Erläuterung:

Der Anstieg der Beitragseinnahmen in 2012 erklärt sich zum größten Teil durch Nachzahlungen von Beiträgen für 2011, die nach Abschluss der Jahresbuchhaltung für 2011 bemerkt worden waren und nach Erinnerung dieser Mitglieder auch nachgezahlt wurden. Nur zu einem geringen Teil gab es tatsächliche Beitragserhöhungen. Für 2013 ist deshalb ein geringeres Beitragsaufkommen erwartet, wobei auch dieses Aufkommen nur erreicht werden kann, wenn einige Mitglieder ihre Beitragszahlung etwas anheben. Auf der Jahresversammlung sollte deshalb ausdrücklich darüber gesprochen werden.

Bei den Ausgaben gab es leider ebenfalls erhebliche Überschreitungen. Bei den Ausgaben für die Politischen Berichte erklären sich die Mehrkosten durch die Anlaufkosten

für das Internet-Archiv, die bei der Aufstellung des Haushalts zwar erwartet und auf der Jahrestagung auch berichtet worden waren, aber noch nicht konkret veranschlagt waren, weil nicht absehbar war, wie hoch sie ausfallen würden, und durch bei drei Ausgaben entstandenen Mehrkosten wegen Überschreitung der Seitenzahl.

Die Mehrkosten bei den Vorstandssitzungen und der Jahrestagung gehen zurück auf unerfreulich steigende Reisekosten bei der Bahn und eine erfreulich größere Beteiligung an der Jahrestagung und an den Vorstandssitzungen als im Jahr davor.

Auch die Bankgebühren sind deutlich gestiegen.

Die Planung für 2013 geht deshalb davon aus, dass wir die Zahl der Vorstandssitzungen auf zwei Sitzungen im Jahr reduzieren. Bei den Politischen Berichten hat der Ver-

ein in den Vorjahren zum Jahreswechsel mehrfach Vorauszahlungen für kommende Ausgaben geleistet. Diese Praxis wird in 2013 beendet, so dass einmalig nur Druck-, Layout- und Vertriebskosten für zehn Ausgaben kalkuliert sind, obwohl wie bisher 12 Ausgaben erscheinen werden. Das bedeutet auch: 2014 werden die Ausgaben für die Politischen Berichte um 20% höher ausfallen. Auf der Jahres-

versammlung sollte über die Möglichkeit von Beitragsanhebungen gesprochen werden. Sonst wird es 2014 eng.

Antrag des Vorstands:

Der Vorstand beantragt die Billigung des Haushaltsberichts 2012 und die Zustimmung zum Haushaltsplan 2013, wie oben dargelegt.

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation – Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2012

1. Die Kassenprüfung wurde von dem Kassenprüfer Harald Gindra am 8. März 2012 in Berlin durchgeführt – Michael Ohse war verhindert.

2. Die Belege der Einnahmen und Ausgaben vom 1.1.2012 bis 31.12.2012 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor.

3. Das Vermögen bei Eröffnung am 1.1.2012 betrug

4.778,16 €. Am 31.12.2012 beträgt der Barkassenbestand 507,59 € und der Kontobestand 2.092,80 €. Im Berichtsjahr betrug der Negativsaldo 2.177,77 €. Somit beträgt das Vereinsvermögen zum 31.12.2012 noch 2.600,39 €.

4. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 10. März 2013

Harald Gindra / Michael Ohse

Jahrestagung 2103 am 23. und 24. März in Frankfurt am Main – Protokoll:

Top Vereinsangelegenheiten:

a) Berichte des Vorstandes

– Martin Fochler berichtet über die Arbeit der Redaktion Politische Berichte und den Fortgang der Arbeit am Internet-Archiv.

– Rüdiger Lötzer erläutert den vorliegenden Haushaltsbericht 2012 und Haushaltplan 2013. Der Bericht über die Kassenprüfung liegt vor. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstandes.

Das geschieht einstimmig.

Der Haushaltsplan für 2013 wird einstimmig gebilligt.

b) Wahl des Vorstandes:

Als Sprecherin und Sprecher werden Brigitte Wolf und Christoph Cornides einstimmig gewählt.

Als Verantwortlicher für Finanzen wird Rüdiger Lötzer einstimmig gewählt.

In den erweiterten Vorstand werden als Block einstimmig gewählt:

Christiane Schneider, Thorsten Jannoff, Alfred Küstler, Jörg Detjen, Martin, Edith, Bergmann Helmut Lechner.

c) Als zusätzliche Mitglieder des Präsidiums werden Barbara Burkhardt und Claus Udo Monica einstimmig gewählt.

d) Als Kassenprüfer werden Harald Gindra und Michael Ohse wiedergewählt.

TOP Themenschwerpunkt: Elemente einer neuen Regional- und Strukturpolitik:

Das Linke-Struktorentwicklungsprogramm einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklungsperspektive der Regionen

Folgende Referate lagen vor / wurden vorgetragen und diskutiert:

– Region Rhein-Neckar: In der Schnittlinie von drei Bundesländern, im zunehmenden Verbund zu einem Großraum Rhein-Main-Neckar, Verbindungsglied zwi-

schen den Metropolregionen Rhein-Main und Stuttgart – Einige Aspekte und Stichpunkte für die Diskussion (Christoph Cornides)

– Mannheim: „Gutes und bezahlbares Wohnen für alle!“ (Thomas Trüper)

– Regionalparlament Stuttgart – Lösungsversuch für interkommunale Planungen (Alfred Küstler)

– Nordrhein-Westfalen: Regionalisierte Strukturpolitik (Thorsten Jannoff)

– Köln: Leitbilddiskussion muss neu entwickelt werden (Jörg Detjen)

– Bayern/München: Die Wachstumslokomotive zieht nicht mehr (Brigitte Wolf)

– Warum Wirtschaftsgeografie? Warum mit Systemtheorie? (Martin Fochler)–

„Elemente einer neuen Regional- und Strukturpolitik“ (kürzlich vorgestellter Entwurf der LINKEN), vorgestellt und diskutiert von Thomas Falkner, Referent des Fraktionsvorstands im Landtag Brandenburg

Alle diese Vorträge und Beiträge sollen in den Materialien veröffentlicht werden.

Es wurde folgender Arbeitsauftrag an den Vorstand beschlossen: Der Vorstand soll einen Vorschlag machen, wie die Diskussion mit Teilnehmern aus den alten und aus den neuen Bundesländern fortgesetzt werden soll.

24. März Veranstaltung der Linke Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung:

„Der kurdische Konflikt und die aktuelle europäische Nahost-Politik (Syrien/Türkei)“

Es lagen vor:

– Eine Sammlung aus Parteiverlautbarungen und Presse: „Aufhebung des PKK-Verbotes steht auf der Tagesordnung. Noch wenig Bewegung in Parteien- und Regierungspolitik.“

– „Öcalans historische Erklärung zu Newroz 2013“

– Rudolf Bürgel hielt das Referat zum Thema.

Alle Unterlagen sollen veröffentlicht werden. Rudolf Bürgel fasst sein Referat schriftlich, sodass auch dieses veröffentlicht wird.

Protokoll: Claus Udo Monica

Termine und Projekteankündigungen

im Arbeitszusammenhang des Vereins für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation im Internet: www.linkekritik.de/termine.

Impressum: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., c/o GNN Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgegeben vom Vorstand: Christoph Cornides und Brigitte Wolf.